

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 1,10 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. incl. Postgebühren. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Versandliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Anzeigen oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichte und Verhandlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehtgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellengänge und Schloßstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 10. März 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Unerträglich!

Am Freitag wird die zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage beginnen. Die Regierungsvorlage hat gewaltige Veränderungen erlitten; daß sie aber wesentlich besser geworden sei, kann auch der rosigste Optimist nicht behaupten. Die einzige Verbesserung ist die geheime Stimmabgabe, für die aber die von der Regierung angebotene direkte Abstimmung preisgegeben worden ist. Dadurch ist auch die geheime Stimmabgabe für Millionen von proletarischen Wählern illusorisch gemacht worden, denn das geheime Wahlrecht verliert für die arbeitenden Schichten auf dem platten Lande jeden Wert durch die Verbehaftung der Wahlmännerwahlen. Wenn keine unabhängigen Wahlmänner aus den Wahlbezirken selbst ernannt werden! Auch ist dem Zentrum ja gar nicht eingefallen, das Versprechen des Herrn Giesberts einzulösen, nämlich eine Bestimmung einzufügen, wodurch auch auf dem Lande für die Auswahl der Wahlmänner ein freierer Spielraum gelassen wurde. In den ländlichen Wahlbezirken müssen vielmehr nach wie vor die Wahlmänner aus den Wahlbezirken selbst entnommen werden! Damit ist für alle nichtbesitzenden Wähler des platten Landes trotz der geheimen Stimmabgabe die alte Rechtslosigkeit verewigt! — Ganz bedeutungslos ist die Erhöhung des Betrages, der jedem zur Staatseinkommensteuer nicht veranlagten Wähler an Stelle dieser Steuer anzurechnen ist, von drei auf vier Mark.

Völlig aufrechterhalten dagegen bleibt die unerträgliche Schmach der Dreiklassenwahl! Und unangefastet bleiben soll auch die ungeheuerliche Infamie der Wahlkreiseinteilung, durch die die von dem Agrarierum beherrschten, nach wie vor jedem behördlichen und agrarischen Terror preisgegebenen ländlichen Wahlbezirke mit ihrer ungleich schwächeren Bevölkerung die volkreichen großstädtischen und industriellen Wahlbezirke vollständig zu majorisieren vermögen!

Das Wahlrecht, mit dem der schwarz-blaue Block der Steuer- und Wahlrechtsräuber das preussische Volk zu beglücken gedenkt, ist nicht nur das rückständigste Wahlrecht in ganz Deutschland, sondern auch, von dem einzigen Auslande abgesehen, das elendeste Wahlrecht, das in allen europäischen und außereuropäischen Staaten anzutreffen ist! Der von der Kommission erstattete Bericht enthält auch eine Uebersicht über diese deutschen und außerdeutschen Wahlrechte, die es besonders ungeheuerlich erscheinen läßt, wie man dem Volke eines Staates, das an der Spitze der wirtschaftlichen und geistigen Kultur zu marschieren vorgibt und, von dem junckerlich-bureaucratischen Verwaltungssystem abgesehen, auch wirklich marschiert, ein solch nichtswürdiges Wahlrecht zu bieten sich erdreisten kann!

Die Uebersicht über die Wahlrechte in den wichtigsten deutschen und sonstigen Staaten ist geradezu ein Dokument preussischer Schande! Ergibt sich doch aus dieser Uebersicht, daß drei große süddeutsche Staaten, Bayern, Württemberg und Baden, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht besitzen, und sämtliche weiteren Staaten in Nord- und Süddeutschland immerhin Wahlrechte, die sich von dem von der Kommission vorgelegten Entwurfe geradezu wie Tag und Nacht unterscheiden. Selbst Sachsen mit seinem „Wahlrecht der vier Infamien“ gibt den Bevorzugten doch höchstens ein vierfaches Wahlrecht, während in Preußen die Wähler der ersten Klasse im Durchschnitt ein mehr als zwanzigfaches Wahlrecht besitzen, das durch die Wahlkreisgeometrie für eine ganze Reihe ländlicher Wahlkreise bis zu einem 100- bis 200fachen Wahlrecht gesteigert wird!

Aber nicht nur in Deutschland marschiert Preußen an allerletzter Stelle, sondern auch in der ganzen Welt! Nach der Uebersicht des Kommissionsberichtes haben Oesterreich, Frankreich, Groß-Britannien und die Vereinigten Staaten das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, das nur in Groß-Britannien gewisse, aber verhältnismäßig geringfügige Einschränkungen erleidet. Von den kleineren Staaten besitzt die Schweiz im vollen Umfange das allgemeine und gleiche Wahlrecht. Ein annähernd gleiches Wahlrecht mit geheimer Abstimmung besitzen auch Italien, die Niederlande, Norwegen, Schweden, Portugal und Spanien. Ja, selbst Staaten, die in der Entwicklung hinter Preußen unendlich zurückgeblieben sind, wie Griechenland und die Türkei, sind bereits zum allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht übergegangen. Das einzige Land, das ein Wahlrecht besitzt, das sich an Niedertierlichkeit und brutaler Volkverhöhnung mit dem von der Wahlrechtskommission vorge schlagenen Wahlrecht messen kann, ist Rußland. Aber selbst in diesem rückständigen Staate besitzt Finnland das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht nicht nur für alle Männer, sondern auch für die Frauen!

Es ist also eine Schmach ohnegleichen, die der schwarz-blaue Wahlrechtsblock der entrechteten Masse des preussischen Volkes zu bieten wagt! Vier Fünftel des Volkes sollen auch künftig der Willkür des einen privilegierten Fünftels wehrlos preisgegeben sein! Während Süddeutschland die Volksrechte erweitert, will Preußen die Herrschaft der Junker und Schlobarone ungehindert aufrechterhalten, damit in ganz Deutschland alle volkstümlichen Regungen daniedergehalten werden können! Und das Zentrum, das in Süddeutschland gelegentlich nicht genug auf das volksfeindliche Preußen ränzen kann, ist gerade der Hauptschuldige an der Vereitelung jeder

wirklichen Wahlreform, ist selbst der Schirmherr preussischer Junkermacht!

Wie die Presse zu melden weiß, ist die Regierung selbst beflissen, noch in letzter Stunde auch die Nationalliberalen zu dem blauschwarzen Antiwahlrechtsblock herüberzuziehen. Nach dem „Berliner Tageblatt“ ist es der Hauptmacher der Regierungsvorlage, der Geheime Oberregierungsrat von Falkenhayn, der die Vermittlerrolle zwischen dem Schnapsblock und den Nationalliberalen übernommen hat. Woraus zu ersehen, daß die Regierung geneigt sei, dem Kompromiß seinen Segen zu geben. Die Nationalliberalen seien bisher dem Liebeswerben gegenüber standhaft geblieben, doch sei ihnen nicht zu trauen. Offenbar würden sie sich ganz gerne zureden lassen, wenn ihnen in der einen oder anderen Weise entgegengekommen würde. Als Handelsobjekte kämen für sie die „Privilegierung“, die Wahlkreiseinteilung und allenfalls die Drittteilung nach Wahlbezirken in Betracht.

Auch das Scherblatt bestätigt die Tatsache solcher Verhandlungen. Die Regierung sei durchaus geneigt, den nationalliberalen Wünschen in bezug auf die Privilegierung akademischer und mittelständischer Kreise entgegenzukommen.

Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß ein solches Kompromiß zwischen Schnapsblock und Nationalliberalen unter dem Protektorat der Regierung doch noch zustande kommt. Unwahrscheinlich freilich ist, daß der Schnapsblock in der Frage der Drittteilung nach Wahlbezirken mit sich handeln lassen wird, handelt es sich doch hier nicht nur um die Interessen der Arbeiter, sondern um die ureigensten Vorteile der Konservativen und Zentrumsleute! Ebenjowenig geneigt werden diese beiden Parteien sein, in der Frage der Wahlkreiseinteilung Zugeständnisse zu machen. Dagegen hat ja das Zentrum bereits in der zweiten Lesung deutlich genug zu erkennen gegeben, daß es gegen die Privilegierung gewisser Elemente aus den Kreisen der „Bildung“ und des mittleren Besitzes nichts einzuwenden hat. So spottwenig dies Entgegenkommen gegenüber den nationalliberalen Wünschen bedeutet, so ist es der Partei Windfahne immerhin zuzutrauen, daß sie sich selbst durch solch kümmerliche Brocken abspießen lassen könnte. Dem im Grunde ihres Herzens sind die Nationalliberalen natürlich nicht minder abgeagte Feinde einer wirklichen Wahlreform, als die Herren vom Schnapsblock.

Die kurze Geschichte dieser Wahlreform quillt über von Schmutz und Lüge und unerträglich Schmach!

Der Wahlrechtskampf.

Eine Interpellation der Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat beschlossen, folgende Interpellation einzubringen.

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß der Polizeipräsident von Berlin für eine zum 6. März nach dem Treptower Park bei Berlin einzuberufenden öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel im Widerspruch zum § 7 des Vereinsgesetzes, der die Versagung der Genehmigung nur zuläßt, wenn Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist, die Genehmigung verweigert hat?

Welche Maßregeln gedenkt der Reichskanzler zu ergreifen, um derartigen Beeinträchtigungen des Versammlungsrechts für die Zukunft zu verhüten?

Als Redner wurden die Genossen Ledebour und Heine bestimmt.

Die Polizeiattaken vor den Berliner Stadtverordneten.

Das Vorgehen der Berliner Polizei wird in der Berliner Stadtverordnetenversammlung zur Sprache kommen aus Anlaß eines Antrages der sozialdemokratischen Fraktion und eventuell beim Polizeirat, der am Donnerstag, den 17. März verhandelt werden wird.

Er blamiert sich weiter.

Herr v. Jagow fährt fort, seine Befähigung zum Redakteur eines — unfreiwilligen — Blattes zu erweisen. Am Mittwoch verhandelte er den folgenden unbezahlbaren Beitrag an die Berliner Presse:

Das Polizeipräsidium gibt als charakteristisches Kuriosum folgenden Bericht bekannt:

Gelegentlich der wiederholten Zerstreung von demonstrierenden Zusammenrottungen durch die von mir am 6. März ergriffenen 12 Veritlenen, wurde uns gegen 1 1/2 Uhr nachmittags von verschiedenen Demonstranten in der Nähe des kleinen Sterns im Tiergarten ein Mann zugezogen, der anscheinend besinnungslos war und nach den Behauptungen der Demonstranten überritten worden sein sollte. Zugleich wurde ein berittener Schuhmann als Täter bezeichnet. Die Demonstranten wurden er sucht, den Ueberreitenden der mit der Tiergartenwache verbundenen Unfallstation zuzuführen, wonach sie ihn in eine Droschke packten und davonfuhr.

Am Pariser Platz ist später ein Herr an einen Schuhmann herangetreten und hat sich über den Vorfall wie folgt geäußert: „Die Veritlenen brauchen sich über den Vorfall im Tiergarten keine Gedanken zu machen, der Mann hat nur simuliert und, nachdem er von Genossen in eine Droschke gebracht war, ist er aufgesprungen und hat sich wie toll benommen und gerufen: „Hoch das allgemeine Wahlrecht!“ Der Schuhmann hat um den Namen des betreffenden Herrn gebeten; er ist ihm jedoch nicht

genannt worden, da der Herr mit dem Bericht nichts zu tun haben wollte. Er erklärte aber, daß, wenn es sein müßte, er die Sache dennoch zu bezeugen sich bereit finden werde.“

Der Berliner Polizeipräsident ist also schon auf den „großen Unbekannten“ gekommen! Ob er außer bei der „Freisinnigen Zeitung“, die die Räubergeschichte brühhwarm und ohne jede Bemerkung abdruckt, jedensfalls um den erzieherischen Einfluß der freisinnigen Einigung zu erweisen, Bläubige für diese erschrockliche Historie von der Roten Niedertracht und Verstellungskunst findet, wollen wir in aller Tassung dahingestellt sein lassen. Jedenfalls hat sich bei uns nach überundenem Locktrampf ein unwiderstehlicher Drang zum Dichten eingestellt, der sich schließlich in folgendem Knittelvers niederschlug:

Es ist wahrhaftig nichts zu dumme
Für's königliche Polizeipräsidium!

Der Vers ist freilich schlecht — aber für das „charakteristische Kuriosum“ noch viel zu gut!

Noch ein Aufseher des Herrn v. Jagow.

Ein reicher Spatzvogel hat sich den Scherz erlaubt, den Herrn Polizeipräsidenten bössartig zu mystifizieren. Wie gut es ihm gelungen ist, zeigt das folgende Bekenntnis des Hineingesetzten, das er am Mittwoch den Berliner Zeitungen zugehen ließ:

Dem Polizeipräsidenten ist folgendes Schreiben eines hochangesehenen Berliner Bürgers zugegangen:

„Wenngleich auch meine Gewerbebetriebe durch den gestrigen Sonntag Laubende Schaden erlitten haben, so sehe ich ein, daß das Vorgehen der Behörde gegen die rabaukuffige, un-reife Pöbelmasse unbedingt geboten war, um Eigentum und Besitz des ruhigen Bürgers zu schützen und den vernünftigen Kreisen der Arbeiter ein warnendes Beispiel zu geben.“

Ich bitte um die Erlaubnis einliegende 300 Mark zur Verteilung an die gestern, in Erfüllung ihrer schweren Pflicht, verwundeten Beamten überreichen zu dürfen.“
Der Polizeipräsident hat die Spende mit Dank für die Bedachten angenommen.

Ein englischer Nasenstüber für Herrn v. Jagow.

Kurz vor den Straßendemonstrationen des 13. Februar haben bekanntlich die Polizeioffiziere „auf höhere Weisung“ den erstaunten Berlinern erzählen müssen, daß in England gegen Straßendemonstrationen viel — preussischer vorgegangen werde als in Preußen selbst. Der blühende Unfinn ist damals von uns und anderen Blättern schon gebührend zurückgewiesen. Jetzt erhalten die Märchenerzähler und ihre Einbläser noch eine sehr kräftige Abfuhr. Der Londoner Korrespondent des „Berliner Tageblattes“ berichtet über eine Unterredung mit einem der höchsten Beamten des Londoner Polizeipräsidiums, worin dieser über die polizeiliche Behandlung von Demonstrationen in London erklärt, daß solche Kundgebungen nicht angemeldet zu werden brauchen, mit Ausnahme derer auf Trafalgar Square, eines inmitten lebhaften Verkehrs liegenden Platzes. Des weiteren heißt es in den Veröffentlichungen:

„... Beim Durchmarsch durch die Straßen können die Demonstranten „leben lassen“ und versuchen, wenn und was sie wollen. Sie dürfen nach der Begleitung der im Zuge befindlichen Kapellen politische und nicht politische Lieder oder nach Gefallen a capella singen, die Polizei läßt sie ruhig gewähren. Ein Eingreifen der Polizei, wie es in Treptow und am Reichstagsgebäude der Kreis- und Berliner Polizei stattgefunden hat, ist hier ganz undenkbar. In einer Straßendemonstration offenbart sich ein Teil des Selbstwillems, dem man, ob er berechtigt oder unberechtigt ist, mit Respekt begegnen und den man gewähren lassen muß.“

Während der Demonstrationen sich bewegt, werden die Straßenerübergänge, die der Zug benutzen muß, von der Polizei abgesperrt, und gegen das sich zu beiden Seiten der Straßen aufstellende Zuschauerpublikum wird der Raum zum freien Ausschreiten der Demonstranten freigelassen. An der Spitze des Zuges findet sich ein reitendes Polizeidetachment, und in weiten Abständen schreiten längs des Zuges auf beiden Seiten vereinzelt Postkisten.

Wie gesagt, der Gedanke des Schutzes der Demonstration und des Einwirkens auf eine möglichst schnelle und anstandslose Abwidelung ist die herrschende Tendenz der „Straßenpolitik“ der Londoner Polizei.

Erhält die hiesige Polizei Wind, daß Komplikationen möglich sind; daß durch das Auseinandergehen von Demonstrationen und Gegenemonstrationen durch Weidereien im Publikum vor den Rednertribünen handgreifliche Streitigkeiten entstehen könnten, so rüft sie sich für solche Eventualität, aber ausschließlich mit der Absicht, die reitenden Parteien zu trennen. Sobald dies aber erreicht ist, zieht sich die Polizei wieder zurück. Der Gegenstand der Manifestation interessiert die Polizei als solche nicht...“

So der hohe Londoner Polizeibeamte. Er erteilt der Berliner Polizei eine Lektion, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Leider ist eine erzieherische Wirkung nicht zu erwarten, denn der Londoner Herr redet eine Sprache, die für Berliner Polizeiohren irreführend ist. Er spricht von einem Volkswillen, den man respektieren und gewähren lassen muß — das ist für die Herren im Berliner Polizeipräsidium einfach unverständlich. Aber sie

werden auch das schließlich einmal begreifen lernen. Wenn die Berliner Arbeiterschaft in der praktischen Vorkampfabarbeit nicht locker läßt.

Ein Zeuge.

Den Räubergefahrten des Polizeipräsidenten sei das folgende Zeugnis gegenübergestellt. Der freisinnige Abgeordnete Gohle in schreibt in der „Berliner Volkszeitung“ u. a. folgendes:

„... Uebereinstimmend wird bekundet, daß die Teilnehmer an der Demonstration, die sich auf einen Spaziergang im Tiergarten, im Singen von Liedern im Freien und in Hochrufen auf das Wahlrecht beschränkte, sich durchaus gesittet und wohlstandig benommen haben.

Leider kann man das von der Polizei nicht sagen. Ich selbst habe von dem Fenster meiner Wohnung in der Hindenburgstraße beobachten müssen, wie sinnlos das Vorgehen der Schutzleute war. Die aus dem Tiergarten zurückkehrenden Menschenmengen wurden von berittenen Schutzmannschaften die Straße entlang nach der Spree zu gedrängt, daß mit den Pferden in die Menschenmengen hineingeritten wurde, daß zwei Pferde nebeneinander auf den schmalen Bürgersteig in die Menschenmassen eindrangen. Was damit bezweckt werden sollte, ist vollständig unerkennbar, denn an sich hätte die Polizei doch froh sein müssen, wenn auch durch so verkehrsarme Straßen die Leute nach ihren Behausungen zurückkehrten. Wo die Polizei nicht eingriff, was sich alles in größter Ordnung, und die Störung des Verkehrs beschränkte sich darauf, daß die Automobile und Droschken etwas langsamer fahren mußten, daß ihnen aber auf das Signal überall willig Platz gemacht wurde. Wo eine Störung des Verkehrs eintrat, hat die Polizei sie bewirkt und in einer Weise, die geeignet ist, die Menschen zu erbittern. Man muß schon ein besonders ruhiges Gemüt sein, um sich nicht zu empören, wenn einem bei dem ruhigen Benutzen der Bürgersteige die Pferdehufe auf die Füße treten, die Pferdeköpfe den Hut vom Kopfe werfen und man in der Benutzung des Weges ohne jeden Grund durch unvernünftige Maßnahmen der Polizei gehemmt wird. Ich habe sehr ruhige süddeutsche Freunde vorgestern gesprochen, die erklärten, wenn die Polizei sich in Süddeutschland so benehmen würde, so würde jede Stadtverordnetenversammlung, jeder Gemeinderat sofort die „Abschaffung“ der Polizei beschließen. Ich habe Mecklenburger gesprochen, die erklärten, schließlich seien die Zustände in dem verfassunglosen Obotritenland doch weit besser als in dem Verfassungsstaat Preußen, wo die Polizei sich derartiges erlaubt.“

Der Protest der Solinger Arbeiterschaft gegen den Polizeieinbruch.

Solingen, 9. März. (Privatdepesche des „Vortwärts“.)

Eine imposante Versammlung protestierte gestern Abend gegen die Polizeitaten vom Sonntag. Der Kaiseraal wurde um 8 Uhr abgesperrt, da er vollkommen überfüllt war. An 3000 Personen besuchte die Versammlung. Eine zweite Versammlung mußte noch nach dem Gewerkschaftshause einberufen werden. Trotzdem standen noch Tausende vor dem Kaiseraal auf dem Mühlentplatz und in den Nebenstraßen. Redner waren die Genossen Schaal und Dittmann, im Gewerkschaftshause Wendemuth. Die Massen sind entrüstet und begeistert. Eine scharfe Protestresolution wurde angenommen. Nach Schluß der Versammlung im Kaiseraal gab es eine Kundendemonstration durch die Hauptstraßen. Die unübersehbare Menge mag 15 000 Teilnehmer umfassen haben. Der Zug wälzte sich durch die Köhlerstraße am Rathaus vorbei, wo am Sonntag der Überfall geschah, unangeseht Hochrufe ausstehend und Freiheitslieder singend. Dann ging es am Neumarkt vorbei durch die Tiergartenstraße in die Kaiserstraße vor das Haus des nationalliberalen Landtagsabgeordneten Dr. Gottschalk, wo ebenfalls demonstriert wurde. Von hier aus bewegte sich der Zug durch die Birkenstraße zum Gewerkschaftshause, dann zum Landratsamt und ins Stadtimere zurück, wo sich der Zug langsam auflöste. Polizei war nur am Rathaus und Landratsamt zu sehen, blieb aber ruhig. Trotz der großen Erregung und kolossalen Beteiligung ist die Aktion ohne Zwischenfälle verlaufen, die Partei hatte eine große Anzahl Ordner gestellt. Die Demonstration hat hier einen gewaltigen Eindruck gemacht.

Freisinnige Wahlrechtskämpfe.

Aus Breslau wird uns unterm 7. März geschrieben: Die Breslauer Genossen haben beschlossen, nächsten Sonntag ein großes Massenmeeting auf der Pferdebahn im städtischen „Scheintur“ zu veranstalten. Die Demokratische Vereinigung hat ferner zur Teilnahme an dieser Kundgebung eingeladen den Wahlverein der Liberalen (Freisinnige Vereinigung), den Wahlverein der Freisinnigen Volkspartei, die freisinnigen Vereine „Franz Biegler“, „Waldeck“ und „Jungfreisinn“, den „Verein für Frauenstimmrecht“ und im übrigen alle Freunde eines freien Wahlrechts und alle Feinde unserer Junker und ihrer antiken Stallknechte. Da seit Sonntag alle die hier genannten Vereine der neugegründeten „Fortschrittlichen Volkspartei“ angehören, so wird man ja bald sehen, inwiefern man mit dem alten Namen Freiheit und Unentschlossenheit abgelegt hat oder ob auch in der neuen Firma Waschlappigkeit oberstes Prinzip ist.

Der Platz, auf dem die Kundgebung stattfinden soll, faßt mehrere Hunderttausend Personen und ist städtischer Besitz. Dadurch erhält zugleich der freisinnige Magistrat Gelegenheit, durch Vergabe oder Verweigerung des Platzes Wahlrechtsfreundschaft oder Furcht vor dem Junkerzorn zu bekunden.

Die Antwort auf die Frage, ob die neue „Fortschrittliche Volkspartei“ einen energischen Wahlrechtskampf wagen wird, ist schnell erfolgt, wie die folgende Depesche zeigt:

Breslau, 9. März.

(Privatdepesche des „Vortwärts“.)

Der freisinnige Magistrat hat die Vergabe des städtischen Rennplatzes für die Wahlrechtskundgebung verweigert. Ebenso haben die freisinnigen Vereine die Beteiligung abgelehnt!

Opfer des Wahlrechtskampfes.

Dortmund, 8. März. Sämliche Justiz wird jetzt während des Wahlrechtskampfes geübt. Am 14. Februar wurde gegen die Dortmunder „Arbeiterzeitung“ ein Strafverfahren wegen eines Artikels „Dortmund demonstriert!“ eingeleitet, am folgenden Tage erfolgte die Konfiskation, wenige Tage später die Anklage wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze und wegen Aufreizung zum Klassenhaß, heute schon war Hauptverhandlung und erfolgte der Urteilspruch.

Freilich stand es mit der „Richtigkeit“ anders als mit der „Richtigkeit“ der Anklage. Die Verhandlung ergab den völligen Zusammenbruch des Hauptteils der Anklage.

Es waren in dem Artikel hauptsächlich folgende Sätze inkriminiert worden:

„Ihr wollt den Krieg haben, ihr Herren — wofür — so sollt ihr den haben.“

„Wie werden auch fernherhin tun, was in unserer Macht steht, um Blutvergießen zu verhindern, aber auf die Straße gehen

jetzt die Massen — daran wird sie kein Gott und kein Teufel mehr hindern! Und Schutzmannsdröckung erst recht nicht!“

„Die Rechte, die man uns nicht freiwillig gibt, nehmen wir uns! Und der Arbeiter, der am Hochosen und in der Grube tagtäglich im Dienste des Ausbeutertums sein Leben aufs Spiel setzt, wird nicht zurücktreten, wenn der Schutzmannsjügel ihm sein Recht kritig machen will. Bleibt Arbeitertribut für das Kapital, so laßt es auch fliehen im Kampfe ums Recht!“

Der Anklagebetreter erblickt in diesen Sätzen, wie gesagt, Vergehen gegen die §§ 110 und 130. Vor allen Dingen sollte gegen § 130 (Aufreizung zum Klassenhaß) verstoßen sein. Aufgereizt seien die Arbeiter gegen die Schutzleute. Die Schutzleute sind nach Ansicht des Staatsanwalts eine Bevölkerungsklasse (?). Ferner bedeuere der Artikel eine Aufforderung zu weiteren Demonstrationen, auch ohne Genehmigung der Polizei. Und das sei ein Vergehen gegen den § 110. Der Staatsanwalt beantragte nicht weniger als 6 Monate Gefängnis.

Der Verteidiger des angeklagten Genossen Boher, Herr Rechtsanwalt Frank, wies in glänzenden Ausführungen die Unhaltbarkeit der Anklage nach, namentlich soweit der § 130 in Frage komme. Schutzleute seien keine besondere Bevölkerungsklasse. Es befände sich auch keine wirkliche Bevölkerungsklasse im Bezirk, die sich zum Wahlrechtsentwurf der Regierung bekeme, sondern er erfahre von allen Schichten mehr oder minder heftige Ablehnung. Freunde der Vorlage seien vielleicht nur die ostelbischen Junker. Sicherlich habe der Artikel nicht gewollt, daß die Arbeitermassen des Industriebezirks sich auf den Marsch nach dem Osten begeben sollten, um an Junkern Gewalttaten zu verüben. Aber auch eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze enthalte der Artikel in seinem einzigen Satze. Der Artikel konstatierte lediglich Tatsachen, gebe die Stimmung des Volkes wieder, sei ein Stimmungsbild über die Vorgänge am 13. Februar. Der Verteidiger beantragte die Freisprechung.

Das Gericht wies die Anklage auf Aufreizung zum Klassenhaß ab und erkannte infoweit auf Freisprechung, dagegen wegen Aufforderung zu weiteren nicht genehmigten Demonstrationen auf 500 M. Geldstrafe.

In der Begründung hieß es, daß es nicht anständig sei, die Schutzleute als eine besondere Bevölkerungsklasse hinzustellen. Selbst wenn angenommen würde, die Schutzleute seien Werkzeuge der herrschenden Klasse, könne man doch zu keiner Verurteilung kommen. Das Gericht hat ferner zugunsten des Angeklagten berücksichtigt die hocherregten politischen Zeitläufte, die Tatsache, daß es in Dortmund noch nicht zu nennenswerten Gewalttätigkeiten gekommen sei, und endlich, daß auch die Presse der bürgerlichen Parteien heftige und erregte Artikel bringe.

Ein nationalliberaler Wahlrechtsplan.

Die Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei für den Wahlkreis Bochum hatten am vergangenen Freitag eine Sitzung, in der sie sich mit der Wahlrechtsfrage beschäftigten. Es ist beschlossen worden, der nationalliberalen Landtagsfraktion zu empfehlen, für das geheime und direkte Wahlrecht einzutreten. Die Dreiklasseneinteilung sei beizubehalten, doch solle jede Abteilung für sich einen Kandidaten wählen. Die Neueinteilung der Wahlkreise solle so erfolgen, daß das Abgeordnetenhaus 450 Sitze erhalte.

Der Eindruck in Frankreich.

Paris, 7. März. (Sig. Ver.) Die Presse aller Richtungen erkennt einmütig an, daß die Sonntagsdemonstration einen großartigen Erfolg darstellt. Alle Berichte heben auch die Dlamage des Polizeipräsidenten hervor. „Die Berliner Polizei ist von den Sozialisten gefoppt worden“, schreibt der „Temps“. Die Kundgebung selbst nennt er wahrhaft grandios. Das „Journal des Débats“ sagt: „Dank der Vollkommenheit ihrer Organisation und Disziplin haben die Berliner Sozialisten die Vorkehrungen der Polizei zu vereiteln vermocht.“ Diesmal wird die Polizei auf der Höhe der Situation sein,“ sagten voll Zuversicht die konservativen Blätter. Und die Scharfmacher zählten darauf, daß die Sozialisten, wenn sie sich nicht ruhig verhielten, eine ordentliche Lektion bekommen würden. Es ist aber Herr v. Jagow, der eine Lektion in Strategie erhalten hat. Das „Echo de Paris“ schreibt: „Die Manifestation war unerhört. Von allen Punkten Berlins ergossen sich Kolonnen in den ungebundenen Park. In Ru war die Charlottenburger Chaussee und alle angrenzenden Wege schwarz von Menschen und immer weiter rückte das Menschenmeer vor. Verloren wie in einem Ozean tauchten einige Polizisten auf großen Pferden hervor und machten verzweifelte Seiten. Ich verliedere Ihnen, sie hatten heute nichts Probogierendes und man konnte neben ihnen „Hui Bethmann“ rufen, ohne daß sie etwas hören mochten. Die Menge bogogen hatte, im Bewußtsein ihrer Macht, eine stolze Haltung eingenommen, die einen gewissen guten Humor nicht ausschloß. Ich habe niemals der Berliner so eingeschlossen, so fest, so begeistert gesehen wie unter der sanften Frühlingssonne. Die Arbeitermarschkolonne, unzählige Male wiederholt, slog über die Massen hin und man hörte nicht auf, Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht auszubringen. Das Schauspiel war in seiner Größe und Macht hinreichend.“ Der Berichterstatter spricht dann über die Ansprachen, die im Angesicht der ohnmächtigen Polizei gehalten wurden und fügt hinzu: „Das Schauspiel dieser vollkommenen, eroberten Freiheit, war zugleich komisch und furchtbar. Wahrlich, das war ein Tag, der ein Datum in der Geschichte des preussischen Volkes bleibt. Zum erstenmal hat das preussische Volk den Autoritäten die Stirn geboten und es hat die Probe vollkommen siegreich bestanden. Man hat im Tiergarten seinen Jörn herauszufordern nicht gewagt. Man hat ihn nicht herausfordern wollen, nicht herausfordern können und dies trotz der drohenden, gebieterischen und aufgeregten Phrasen, die gestern aus der autoritären Feder des Polizeipräsidenten geflossen und heute zum Kinder-spott geworden sind.“

Politische Ueberblick.

Berlin, den 9. März 1910.

Kiautschou.

Aus dem Reichstag, 9. März. Als diesmal das unglücklichste Schmerzenskind der deutschen Kolonialpolitik, die Pachtung Kiautschou, zur Verhandlung kam, benahmten sich plötzlich die Redner der bürgerlichen Parteien, als ob sie die umgehliche Stimmung über die Kollspieltätigkeit dieses gefährlichen weltpolitischen Spielzeugs überwunden hätten. Sie stöhnten zwar noch etliches über den hohen Reichszuschuß, der sich nach etlichen bescheidenen Abstrichen in der Kommission noch immer auf mehr als 8 Millionen Mark beläuft. Dam

fanden sie aber doch so viel Schönes und Gutes an dem Hafenplatz Tjingtau, daß sie einige Töne auf der patriotischen Freileier ritzlierten. Ungemüßte Freude entquoll sogar dem Munde des konservativen Redners, des Herrn Dr. Dröschner aus Schmerin. Alle diese Vertreter kapitalistischer Parteien, denen ursprünglich Kiautschou als eine Goldquelle galt, sind jetzt rein ethisch geworden in der Würdigung dieses „Plages an der Sonne“. Sie wollen „moralische“ Eroberungen machen bei den Chinesen mit Kunstbauten, Aufforstungen und Unterrichtsanstalten, kurz, sie sind von so moralischer Enthaltsamkeit wie der Juds vor den hochhängenden Trauben.

Den sozialdemokratischen Standpunkt vertrat Genosse Roske, indem er gleichzeitig die Verschleierungstaktik der amtlichen Denkschrift geißelte. Ist darin doch dieses Jahr wiederum in den statistischen Angaben über den Handel Tjingtaus sorgfältig verheimlicht worden, wie stark denn der deutsche Eigenhandel daran beteiligt ist. Aus anderen Taten ist es aber bekannt, daß dieser Anteil außerordentlich dürftig ist. Auch das bemängelte Roske, daß ein so wichtiges, allerdings höchst unbequemes Ereignis wie der vorjährige Verkauf deutscher Waren durch die chinesischen Kaufleute völlig übergangen ist. Die Unterhaltung einer deutschen Hochschule für Chinesen steht aber in einem auffälligen Gegensatz zu der Tatsache, daß in Deutschland den Ausländern der Besuch deutscher Hochschulen nach Möglichkeit erschwert wird. Wie die deutsche Sozialdemokratie von Anfang an allein der tüchtigen Pachtung Kiautschous entgegengetreten sei, lehnen sie auch jetzt jede Bewilligung dafür ab.

Als der Etat für Kiautschou um 6 Uhr erledigt war, wurde noch die Beratung des Postetats begonnen und nach anderthalb Stunden auf Donnerstag vertagt.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat nun glücklich unter Zuhilfenahme einer Abendigung den Handelsetat in zweiter Lesung zu Ende beraten. Die Debatte am Dienstagabend drehte sich fast ausschließlich um das Fortbildungsschulwesen, und es ist bedauerlich, daß eine so wichtige Frage in einer Abendigung erledigt wird, wo erfahrungsgemäß von einer gründlichen Beratung nicht die Rede ist.

Am Mittwoch verlor sich die Debatte in Einzelheiten, meist lokaler Natur. Von Interesse ist einzig die Rede unseres Genossen Leinert über die Arbeitsnachweise und die Rechtsberatung Arbeitervereine. Mit Recht tadelte Leinert die lächerlich geringe Summe, die der preussische Staat für die Arbeitsvermittlung ausgibt, und mit guten Gründen legte er der Regierung die Pflege der Arbeitsvermittlung ans Herz, schon im Interesse der Verringerung der kommunalen Ausgaben für Zwecke der Armenverwaltung. Die scharfe Kritik, die er an den Wanderarbeitsstätten übte, verdient ganz besondere Beachtung. In der Tat dürften sich selbst unsere Gegner, wenn sie einmal ehrlich sind, nicht verhehlen, daß es eine Schande ist, wenn für solche Kulturaufgaben noch nicht einmal so viel Geld zur Verfügung gestellt wird, wie für die Bichtung von Spiegeln, die — wie die Vorgänge vom letzten Sonntag beweisen — für den Sündenlohn noch nicht einmal arbeitslos sind. Auch daß die Rechtsauskunftsstellen der Regierung versagen und daß man besser täte, die gewerkschaftlichen Arbeiterssekretariate finanziell zu unterstützen, anstatt das Geld für jene Zwecke zum Fenster hinauszuworfen, wies der sozialdemokratische Redner schlagend nach. Leider predigte er tauben Ohren, denn die in den Etat eingetragene Summe zur Förderung der Rechtsauskunftsstellen dient ja gerade dem ausgesprochenen Zweck, unseren Arbeiterssekretariaten Abbruch zu tun. Allerdings ein nach wie vor vergebliches Bemühen!

Sozialdemokratischer Wahlrechtsantrag.

Die sozialdemokratische Fraktion des Abgeordnetenhauses hat zur zweiten Lesung der Wahlrechtsvorlage, die am Freitag beginnt, ihren bereits in der Kommission gestellten Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts unter Zugrundelegung des Proportionalwahlrechts für alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen, sowie auf gerechte Einteilung der Wahlkreise von neuem eingebracht.

Kein nationalliberales Kompromiß!

Die nationalliberale „Nationalzeitung“ bringt an der Spitze der Abendausgabe vom Mittwoch eine Auslassung über den Stand der Wahlrechtsverhandlungen, in der es heißt: „Die Regierung will sich vorläufig noch abwarten verhalten. Ueber ihre Ansichten und Absichten wird eine Darstellung verbreitet, die einen durchaus glaubwürdigen Eindruck macht. Es heißt, die Regierung sei nicht taub und blind für die Wahlrechtsbedingungen in Berlin und im Lande. Sie wünsche vielmehr, der Stimmung im Lande dadurch gerecht zu werden, daß sie den Forderungen der gemäßigten Liberalen soweit als möglich Rechnung trägt. Sie wolle deshalb, daß die Wahlreform unter keinen Umständen gegen die Nationalliberalen zustande kommt. Im Falle der Wahlreform lägen die Dinge wesentlich anders als bei der Reichsfinanzreform. Hier ständen moralische Güter in Frage, und formell hindere die Regierung nichts, ihre Vorlage, falls sie ganz oder teilweise vom Parlament verworfen wird, zurückzugeben und eine neue Vorlage einzubringen. Es könne aber weder im Interesse der Regierung, noch in dem der bürgerlichen Parteien liegen, die jetzt schon so lebhaft erkannte Agitation im Lande weiter fortgesetzt zu sehen. Die Regierung selbst habe bereits zu verstehen gegeben, daß sie mit ihren dem Landtage vorgelegten Beratungen des bestehenden Wahlrechts nicht das letzte Wort gesprochen hat. Sie dürste sich auch voraussichtlich mit einem von der Majorität votierten Gesetz abfinden, soweit sich dieses in dem Rahmen der von der Kommission beschlossenen Änderungen bewege. Sie wünsche jedoch, daß, mit Rücksicht auf die Stimmung im Lande, wenigstens die gemäßigten Liberalen an dem Kompromiß beteiligt sind. Bestimmte Vorschläge in der Richtung dürften zwar von der Regierung kaum gemacht werden, sie überlasse es den Parteien, den Weg zu finden, auf dem eine Verständigung erfolgen kann.“

Soweit die offiziellen Auslassungen. Wir stehen diesem Optimismus der Regierung sehr skeptisch gegenüber. Die unerbittlichen Vorkämpfer, die in diesen Tagen mit den konservativen gepflogen sind, sind ergebnislos geblieben, weil die konservativen von ihren Forderungen nicht abgehen wollen. Für die nationalliberale Fraktion ist jetzt der Weg vorgezeichnet, den sie gehen muß. Sie wird in der zweiten Lesung mit aller Energie an dem geheimen und direkten Wahlrecht festhalten, ohne das jede Wahlrechtsreform wertlos ist.“

Hoffentlich fallen die Nationalliberalen nicht noch in letzter Minute um!

Es bleibt beim Wettrüsten.

Die nichtsagende Erklärung des deutschen Reichskanzlers über die Beziehungen zu England sind heute im Unterhause zur Sprache gebracht worden. Ein Londoner Telegramm berichtet:

Der Abgeordnete Hyles fragte Mac Kenna, ob die Erklärung des Reichskanzlers in der Reichstags-Sitzung am 5. März bezüglich der englisch-deutschen Beziehungen das demnächst dem Parlament vorzuliegende Flottenbudget in einschränkender Weise beeinflussen würde. Mac Kenna erwiderte: Der freundliche Ton der Rede des deutschen Reichskanzlers wird herzlich erwidert, aber ich muß darauf hinweisen, daß unsere Flottenbudgets nicht auf die Annahme basieren, daß andere Nationen beabsichtigen, uns gegenüber unfreundlich zu sein oder daß wir beabsichtigen, gegen sie unfreundlich zu sein. (Beifall.) Sie werden aufgefordert, um den Stand unserer Seemacht zu erhalten und hängen von den tatsächlichen Flottenausgaben anderer Mächte ab. Ich weiß nichts davon, daß irgendwelche öffentliche Erklärungen deutscher Minister irgend eine Absicht andeuten könnten, die gegenseitig festgelegten Ausgaben des deutschen Flottenprogramms abzuändern.

Der englische Marineminister erklärt also, daß die freundlichen Nebenwirkungen völlig bedeutungslos sind, da ihnen keine Taten entsprechen. Die Engländer werden also weiter Dreadnoughts bauen, so lange die deutsche Regierung nicht endlich vom deutschen Volke zur Vernunft gezwungen wird und ernsthaft Verhandlungen einleitet, um sich mit England über eine beiderseitige Einschränkung der Flottenrüstungen zu verständigen. Daß die englische Regierung dazu bereit ist, hat sie oft genug zu erkennen gegeben.

Die Bedeutung der Landtagswahl in Freudenstadt.

Zu dem Wahlausfall in Freudenstadt (Württemberg), den wir bereits in der Dienstagnummer mitteilten, wird uns noch aus Stuttgart geschrieben:

Die Nachwahl in Freudenstadt verdient eine kurze Würdigung. Die Wahl endete, wie vorausgesehen war, mit dem Siege des Volksparteilers Gaiser, dem die nationalliberale Partei ihre Hilfe angedeihen ließ. Unser Kandidat, Genosse Harder, der im ersten Wahlgang mit 2145 Stimmen dem Volksparteiler, der 2211 Stimmen erhielt, sehr nahe gerückt war, erhielt im zweiten Wahlgang 3001 Stimmen. Der Volksparteiler brachte es auf 3418 Stimmen. Von den 1814 nationalliberalen Stimmen sind ihm also rund 1300 zugefallen. Unser Stimmengahl hat sich seit der letzten Wahl mehr als verdoppelt.

Der moralische Eindruck der Wahl ist sehr stark. In bürgerlichen Kreisen ist man geradezu entsetzt über das rapide Anwachsen der Sozialdemokratie in diesem rein ländlichen Wahlkreis. Nun bläst die bürgerliche Presse mit vollen Waden zum Sammeln. „Alle bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie!“ ist die Losung. Wenn nur „die Preußen“ die Sammlung nicht gar so schwer machen würden. Das verräterische Kreiben des Zentrums und der Nationalliberalen Preußens in der Wahlrechtsvorlage erschüttert die Stellung dieser Parteien im Süden Deutschlands wohl noch stärker als in Norddeutschland. Der Süden hat fast durchweg das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Landtagswahlrecht. Und er befindet sich wohl dabei. Man begeißelt hier einfach den Widerstand der preussischen Regierung gegen eine zeitgemäße Reform des Wahlrechts nicht. Bei der württembergischen Verfassungsreform haben sich nicht nur die württembergischen Minister für die Modernisierung der Verfassung ins Zeug gesetzt; der König selber förderte das Werk nach Kräften unter Aufopferung monarchischer Privilegien. Die Drohung der „Kreuzzeitung“, daß unter solchen Umständen wohl preussische Rajonnetts einmal im Süden Deutschlands Ordnung schaffen müßten, beantwortete Wilhelm II. von Württemberg mit einem Dankschreiben an den Ministerpräsidenten, datiert vom 10. Juli 1906. Das Dankschreiben beginnt:

Mein lieber Präsident des Staatsministeriums,
Staatsminister Dr. v. Weilling!

Die Vollendung des Werkes der Verfassungsrevision gereicht Mir zur lebhaften Befriedigung und Genugtuung, nicht nur weil Ich in Uebereinstimmung mit Meiner Regierung die Reform für eine dringende Notwendigkeit erachtet habe, sondern auch, weil deren Durchführung einem seit Jahrzehnten gehegten Wunsch des größten Teils Meines Volkes entspricht.

Zum Schluß spricht der König auch Dank aus „der opferbereiten Hingabe der Vertreter des Landes“.

Durch die Reform wurde die Zweite Kammer, ein seitfames Zwitterding von Volksvertretung und Privilegienparlament des württembergischen Adels, zur reinen Volkskammer umgestaltet, das Wahlrecht erweitert, die Zahl der Abgeordneten erhöht, das Recht des Königs, erbliche Mitglieder der Ersten Kammer neu ernennen zu dürfen aufgehoben.

Die Vertreter des württembergischen Adels in der Zweiten Kammer waren tug genug, der Reform, durch die sie aus der Kammer ausquartiert wurden, zugestimmen. Sie fürchteten den ungeheuren Ruhen, den ein Scheitern des Reformwerks der Sozialdemokratie gebracht hätte. So traten sie freiwillig von der Bühne ab. Klüger als die norddeutschen Bettlern haben sie damit zweifellos gehandelt.

Ist die preussische Regierungspraxis, die Art, wie dort ein Königswort eingelöst werden soll, im Süden Deutschlands schon unverständlich, so bewirkt die Haltung der Nationalliberalen und des Zentrums tiefgehende Erbitterung. Daß die preussische Wahlrechtsfrage eine deutsche Frage ist, hat man im Süden nur zu gut begriffen. Die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien zur Wahlrechtsreform in Preußen wird die Zukunft dieser Parteien auch im Süden Deutschlands sehr nachhaltig beeinflussen. Freudenstadt hat ihnen die erste Quittung ausgestellt.

Der alte Kniff.

Ein neuer Schwindelzug des Zentrums beginnt in Sachen der Wahlrechtsvorlage. Auf Mittwochabend hatte das Zentrum in Eisen eine interne Sitzung der Vertrauensleute der Zentrumspartei einberufen, in welcher der Abg. Wiesberts über den Wert von Strahndemonstrationen sprach.

Danach fand wie zur Zeit der Reichsfinanzreform eine geschlossene Parteiverammlung statt. Erst wenn auf diese Weise die Funktionäre eingeseift und sonatziert sind, geht das Zentrum mit der sogenannten Rechtfertigung seiner Wahlrechtsgaunerei in die Öffentlichkeit. Höchstwahrscheinlich wird das Zentrum auch anderweitig so verfahren.

Sturm im sächsischen Landtage.

Dresden, 9. März. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer kam es bei der Beratung der Petition eines aus dem Staatsdienste entlassenen Werkstättenarbeiters auf Wiederanstellung zu einem erregten Zwischenfall. Staatsminister Dr. von Rueger wandte sich gegen die Petition und erklärte u. a., daß er eine Koalition der Eisenbahnarbeiter nicht zulassen könne. Durch wiederholte Zwischenrufe aus dem Hause unterbrochen, fuhr der Minister fort: Ich bitte, mir derartige Ungezogenheiten zu ersparen. Hierauf erhob sich auf der linken Seite des Hauses ein tosender Sturm der Entrüstung. Rufe wie „Unerschämtheit“, „Was bilden Sie sich ein!“ wurden laut. Dazwischen ertönten in dem Lärm

die Hammerschläge des Präsidenten Dr. Vogel, der sich derartige Äußerungen der Kammermitglieder verbat. Als der Minister seine Ausführungen beendet hatte, erklärte der Präsident, er besitze leider keine Handhabe, um gegen Äußerungen eines Regierungsvertreter, wie sie soeben gefallen seien, vorzugehen. Er bedauere diese Äußerungen zwar, müsse aber die Würde des Hauses wahren und könne den Abgeordneten solche Zwischenrufe, wie sie soeben laut wurden, nicht gestatten. Darauf erhob sich erneuter Lärm auf der linken Seite, der sich in erregten Ruf laut machte: „Das lassen wir uns nicht gefallen! Mag der Minister auch die Würde des Hauses wahren!“ Der sozialdemokratische Abg. Fleißner erhielt einen Ordnungsruf. Nur langsam legte sich die Erregung im Hause. Die Petition ließ das Haus schließlich nach längerer erregter Debatte zum Teil auf sich beruhen, zum Teil wurde sie für unzulässig erklärt, und die Sitzung sodann geschlossen.

Freifahrtkarten für die Landtagsabgeordneten.

Die „Kölnische Volkszeitung“ läßt sich aus Berlin telegraphieren:

Die Freifahrtkarten für die Landtagsabgeordneten vom Wohnort nach Berlin und zurück dürften nunmehr gefordert sein. Das Staatsministerium beschloß sich damit in der heutigen Sitzung und genehmigte grundsätzlich die Bewilligung der Freifahrtkarten. Die Einführung soll auf dem Verwaltungswege erfolgen, sobald einige Bedenken und formelle Schwierigkeiten beseitigt sind.

Vor wenigen Tagen noch ist behauptet worden, daß die Genehmigung von Freifahrtkarten abgelehnt worden sei.

Die linksliberale Kompromißpartei.

Wie freisinnige Blätter melden, tritt der geschäftsführende Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei am Donnerstag im Reichstag zusammen, um sich zu konstituieren. Vorsitzender der neuen Gesamtpartei wird der Abg. Stadtrat Fischbe. Die Reichstagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei hat sich bereits Dienstagabend konstituiert. Es blieb alles so, wie es in der „Fraktionsgemeinschaft“ gewesen: Abg. Dr. Wiemer ist Fraktionsvorsitzender, Abg. Dr. Müller-Reinigen, stellvertretender Vorsitzender. Weiter gehören dem Fraktionsvorstand an die Abgg. Kaempf, v. Bayer und Schrader. Ein Fraktionsstatut soll demnächst von einer sechsgliedrigen Kommission beraten werden. Die preussische Landtagsfraktion hält ebenfalls Donnerstag ihre erste Sitzung nach vollzogener Fusion ab. Auch dort handelt es sich nur um eine Formalität, und die Zusammenkunft des Vorstandes (die Abgg. Fischbe, Kindler, Junz und Pachnide) wird unverändert bleiben.

Immer deutlicher zeigt sich, daß in der neuen Partei die frühere freisinnige Volkspartei ein unbefristetes Übergewicht besitzt und alle wichtigeren Posten besetzt. Die freisinnige Vereinigung und die süddeutschen Demokraten sind zu bloßen Anhängeln degradiert. Die freisinnige Volkspartei stellt aus ihrer Mitte nicht nur den ersten Vorsitzenden der Reichstags- und Landtagsfraktion, sondern auch den Obmann des geschäftsführenden Ausschusses, und zwar ist es eine der reaktionärsten Personen des alten Freisinn, die in der neuen Kompromißpartei die erste Geige spielt: Herr Fischbe.

„Unser“ Auswärtiges Amt.

In einem norddeutschen nationalliberalen Blatt wird ein charakteristisches Beispiel dafür angeführt, wie das Auswärtige Amt praktisch zu arbeiten versteht. Ein Geschäftsmann hatte um Angaben über die wirtschaftlichen Verhältnisse in Neuseeland gebeten. Zehn Tage später teilte ihm das Auswärtige Amt mit, daß er ausführliche Angaben über Neuseeland im Neuseeländischen Konsulationsbezirk finden könne. Der Herr hat auf diese Art der Information verzichtet und sich an das englische Auswärtige Amt gewandt, von wo er umgehend die gewünschte Auskunft erhielt.

Es ist doch gut, daß ein Konsulationsbezirk existiert, sonst wüßte man im Auswärtigen Amt von der Existenz Neuseelands vermutlich überhaupt nichts.

Zentrumsfische im Eise.

Als am 1. d. M. Genosse Leinert im preussischen Abgeordnetenhaus nachwies, wie gewissenlos das Zentrum seine früher abgegebenen Wahlrechtsversprechungen bricht, quittierte die Zentrumsfraktion diese Stimpung mit „Anruhe und Widerspruch“. Der Abgeordnete Gronowski gestattete sich sogar, die Ausführungen Leinererts als unwahr zu bezeichnen. Der ausbringliche Eifer jedoch, mit dem das Zentrum heute, um dem Junkertum seine Bündnisfähigkeit zu beweisen, sein früheres Buhlen um die Gunst des „Insturz“ leugnet, schlägt zu seinem Schaden aus; denn in verschiedenen Gegenden haben sich unsere Genossen dadurch veranlaßt gefühlt, die alten Vereinbarungen auszugraben, die sie einst mit dem Zentrum getroffen haben.

Interessant sind besonders die von unseren Genossen im Jahre 1908 mit dem Zentrumswahlkomitee in Duisburg-Mülheim getroffenen Vereinbarungen.

Im Wahlkreis des Abgeordneten Saueremann kandidierte damals für die Nationalliberalen der großkapitalistische Kommerzienrat Rüben aus Mülheim, der ehrlicherweise sich schon vor der Wahl offen als Gegner des Reichstagswahlrechtes erklärt hatte. Das Zentrum dagegen paradierte mit der Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts auch für den preussischen Landtag. Der Bergmann Saueremann insbesondere ging sogar in seinen Versprechungen noch weiter, indem er auch für Neueinteilung der Wahlkreise eintrat. In den Händen unserer Genossen lag die Entscheidung. Nichts lag näher, als daß unsere Genossen im Duisburg-Mülheimer Kreise den Bergmann Saueremann dem Vertrauensmann der Industriemagnaten vorzogen. Und daß sie dabei nicht bedingungslos für Saueremann eintraten, wie das jetzt mit dreifacher Stimm von den Zentrumskleuten behauptet wird, das beweist nachstehendes, schriftlich abgegebene Versprechen:

Erklärung.

Der Unterzeichnete verpflichtet sich hiermit, im Falle er bei der Wahl am 16. Juni im preussischen Abgeordnetenhaus gewählt werden sollte, einzutreten:

1. für Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts im Sinne des Reichstagswahlrechtes für die Wahlen zum preussischen Landtag;
2. nach Einführung der Wahlrechtsreform in obgenanntem Sinne auch für die Neueinteilung der Wahlkreise einzutreten;
3. die auf die Erreichung der Biffer 1 erforderlichen Anträge zu unterstützen event. auch selbst einen solchen Antrag zu stellen.

Duisburg-Beel, den 13. Juni 1908.

Franz Saueremann.

Dies kann jeden Zweifel über die Versprechungen Saueremanns ausschließende Dokument dürfte wohl genügen, um die Taschenspielerkunststücke des Zentrums zu kennzeichnen. Daß es Saueremann damals wirklich ernst gewesen sein mag mit seinen Versprechungen, wollen wir zu seinen Gunsten annehmen, wenigstens spricht nachstehender, am Tage nach der Wahl an unsere Duisburger Kreisleitung zu Händen des Genossen Schluchtmann gerichteter Brief dafür:

Duisburg-Beel, den 17. 6. 1908.

Sehr geehrter Herr Schluchtmann!

Meinen aufrichtigsten und herzlichsten Dank für die überaus prompte Einlösung Ihres Versprechens bezüglich der Wahlhilfe

am gestrigen Tage. Ich bitte, auch bei Gelegenheit den Wahlmännern Ihrer Partei diesen meinen Dank nochmals auszusprechen, aber nicht in der Zeitung, weil mir dadurch von anderer Seite sehr, sehr große Schwierigkeiten erwachsen würden.

Wenn ich auch politisch nicht Ihrer Partei angehöre, so ist es doch selbstverständlich, daß ich als armer, beschloßter Arbeiter auch als solcher denke und fühle und immer an erster Stelle dort zu finden sein werde, wo es gilt, die Interessen meines Standes wahrzunehmen oder für unsere heiligsten Rechte zu kämpfen, vor allem für das Reichstagswahlrecht im Königreich Preußen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr ergebener

Franz Saueremann.

Da Saueremann es nicht nur duldet, daß mit seinem Namen Mißbrauch getrieben wird, sondern er selbst auch noch durch sein ganzes Verhalten dieses läugerische Treiben seiner Parteigenossen zu unterstützen scheint, so rechtfertigt es sich, wenn unsere Duisburger Genossen nun auch den Brief mit veröffentlichen, der bei ehelicher Innehaltung der Besprechungen natürlich nicht an die Öffentlichkeit gezogen wäre. Wenn wir indiskret haben werden müssen, so hat Herr Saueremann das selbst provoziert. Der Brief zeigt übrigens mit aller Deutlichkeit, daß Herr Saueremann seine Pappenhäuser kennt.

Priester-Presse.

Es gibt bekanntlich Institute, deren Aufgabe es ist, jungen Leuten, denen für den gewöhnlichen Studiengang die nötige Geduld und Ausdauer fehlt, in kurzer Zeit die für irgend ein Examen nötige „Reife“ beizubringen. Man nennt ein derartiges Institut „Reife“ und redet in diesem Sinne von einer „Reife“, Referendarius- ulm. Presse. Aber es gibt auch Priester-Pressen, wie folgendes Inserat der „Kölnischen Volkszeitung“ beweist:

Institut für ältere Priesterkandidaten.

Ältere Jünglinge, die noch Priester werden wollen, werden rasch zur Prima oder zum Abitur befördert. Pension im Internat 1000 M., anseherhalb 600 M., Schulgeld 300 M., Winterbrennstoffe nach Rücksprache. — Jüngere Schüler aus besserer Familie, die Ökonomie nicht verseyt werden, werden durch das Beispiel erster, zielbewusster Schüler so weit gebracht, daß sie den Verlust wieder einholen. Fr.-Off. unt. N. Z. 1899 an die Geschäftsstelle der Kölnischen Volkszeitung.

Sämtl. Abiturienten bestanden.

Die Inhaber des Instituts scheinen ihr Gewerbe doch wohl selber nicht für ganz einwandfrei zu halten, sonst würden sie es nicht unter verdeckter Flagge ausüben.

Oesterreich.

Der Wiener Bürgermeister.

Wien, 9. März. Nach dem über das Befinden des Bürgermeisters Luger heute vormittag ausgegebenen Bulletin ist das Bewußtsein geschwunden und die Atmung unregelmäßig. Die Herzstätigkeit nimmt ab.

Finanznote.

Wien, 9. März. Das Abgeordnetenhaus setzte die erste Lesung der Finanzvorlage fort. Der Finanzminister betonte, die Regierung habe angesichts des entschiedenen Widerstandes des Hauses die geplante Biersteuererhöhung fallen lassen und einen neuen Finanzplan eingebracht. Der Minister wandte sich dann gegen die Behauptung, daß das Defizit nur fingiert sei, und daß es keine Bedeutung in den erhöhten Erträgen des Rollgefälles finde. Diese Erhöhung, welche auf die schlechte Ernte, auf die hohen Getreidepreise und die dadurch notwendig geordnete Weizenzufuhr aus Rußland zurückzuführen sei, werde zum großen Teil durch die Ueberschreitungen des Kriegsministeriums, welches doch das Gros seiner Ausgaben für den Getreideeinkauf verwende, aufgewogen. Auch durch Ersparnisse könne das Defizit nicht beseitigt werden. Daß die Lage der österreichischen Finanzen keine günstige sei, ergebe sich auch aus der in den letzten Tagen eingebrachten Kreditvorlage. Hierbei betonte der Minister, daß er der gestern vom Abgeordneten Renner geäußerten Anschauung, daß Oesterreich schon bankrot sei, nicht zustimme. Wenn man bedenke, daß die Einnahmen und Ausgaben rund fünf Milliarden betragen, so sei ein Ausfall von 70 Millionen demgegenüber verhältnismäßig klein, so schwer es auch den Steuerträgern falle, diesen Ausfall zu bedecken. Schuld an der gegenwärtigen Finanzlage seien die absteigende Konjunktur und die erhöhten Kosten des Krieges, und Veranlassungen im Zusammenhang mit den durch die jüngsten politischen Entwicklungen notwendig werdenden Ausgaben, die mangels vorliegender Delegationsbeschlüsse aus den Kassenbeständen durch Vorschüsse gedeckt worden seien, deren Rückzahlung jetzt dringend erforderlich sei.

Frankreich.

Die Unterschlagnung der Ordensgelder.

Paris, 9. März. Die gesamte Presse beschäftigt sich eifrig mit der Verhaftung des Liquidators Dues. Die konservativen und nationalistischen Blätter nehmen den Vorfall zum Anlaß, um an der antikerikalischen Politik der radikalen Regierung der letzten 10 Jahre schärfste Kritik zu üben und erinnern daran, daß Waldeck-Rousseau, um die Auflösung der Kongregationen zu rechtfertigen, dem französischen Volke versprochen habe, mit den Milliarden der Klöster sollten Arbeiterpensionskassen und andere gemeinnützige Werke geschaffen werden. Ministerpräsident Briand erklärte einem Mitarbeiter des „Journal“: Als Justizminister habe ich im vorigen Jahre die Staatsanwaltschaft auf die Handlungsweise Dues aufmerksam gemacht. Als Ministerpräsident habe ich der Gerechtigkeit freien Lauf gelassen. Mancher wird sich über das Vorkommnis freuen; mag sein, aber das Land wird leben, daß wir gleiche Gerechtigkeit für alle wollen.

In der Senatskommission erklärte Verrier, der mit dem Studium der Akten bekrant ist, die Passiven Dues betragen zehn, nicht fünf Millionen. Die Kommission gab der Ansicht Ausdruck, daß das Gericht damit, daß es 148 Liquidationen nur drei Liquidatoren übertrug, einen schweren Fehler begangen habe. Es wurden dann Anträge angenommen, nach denen untersucht werden soll, unter welchen Umständen und durch wessen Fürsprache Dues zum Liquidator ernannt und in seinem Amte erhalten wurde. Ferner soll die Regierung aufgefordert werden, festzustellen, ob die Zahlungen der Liquidatoren regelmäßig erfolgen und welche Verwendung die eingezahlten Gelder finden.

Kanada.

Keine Verständigung mit den Vereinigten Staaten.

New York, 9. März. Wie der New York Herald aus Ottawa meldet, sind die Zolltarifunterhandlungen der Regierung mit der amerikanischen Tarifbehörde beendet, ohne daß eine Einigung erzielt wäre.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung in der Holzindustrie.

Am Dienstag hielt der Holzarbeiterverband eine Generalversammlung für Berlin und die Vororte ab. Die Versammlung hatte über die Annahme oder Ablehnung des Ergebnisses der Tarifberatungen zu beschließen. Glocke gab einen eingehenden Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern. Bekanntlich hat die letzte Vertrauensmännerversammlung nochmalige Verhandlungen verlangt. Es sollte versucht werden, die Lohnerhöhung von 5 Proz., welche nach dem damaligen Stande der Verhandlungen am 1. November in Kraft treten sollte, sofort mit der Einführung des neuen Vertrages zu erhalten. Die neuen Verhandlungen haben stattgefunden; es war den Verbandsvertretern aber trotz aller Bemühungen nicht möglich, mehr zu erlangen, als daß die Lohnerhöhung vom 1. Oktober an gezahlt werden soll.

Dem Bericht Glockes folgte eine längere Diskussion. Alle Redner brachten zum Ausdruck, daß niemand mit dem Ergebnis der Verhandlungen zufrieden sein könne, da viele Wünsche der Arbeiter unberücksichtigt geblieben seien. Andererseits wurde aber anerkannt, daß die neue Tarifvorlage manche Verbesserungen des alten Vertrages enthalte, also immerhin einen, wenn auch keinen Fortschritt bedeute. Aus diesem Grunde sowie mit Rücksicht auf die allgemeine Lage und die an der Bewegung beteiligten Kollegen im Reich glauben die Berliner Mitglieder, ihre weiteren Wünsche für diesmal zurückstellen und dem Abschluß eines neuen Tarifs gemäß den vorliegenden Verhandlungsergebnissen zustimmen zu können. Unzufriedenheit herrschte besonders darüber, daß der neue Vertrag keine Verkürzung der Arbeitszeit bringt und daß die Lohnerhöhung nicht sofort eintritt.

Nach einem Schlußwort Glockes stimmte die Versammlung mit großer Mehrheit dem Entwurf des neuen Vertrages zu.

Ferner wurde auf Antrag Glockes beschlossen, den jetzigen Vertrag von 1,50 M. vom Abschluß des Vertrages an auf 1 M. herabzusetzen.

Gestern nachmittag haben auch die Verbände der Holzindustriellen in einer gemeinsamen Generalversammlung zu dem Ergebnis der Tarifverhandlungen Stellung genommen. Unser Berichterstatter, den wir in die Versammlung geschickt hatten, wurde auf Anordnung des Obermeisters Kahardt hinauskomplimentiert.

Wenn die Unternehmer während der Vertragsverhandlungen ihre Versammlungen unter Ausschluß der Presse abhielten, so konnte man das allenfalls verstehen, denn sie mögen manches zu sagen gehabt haben, was sie für sich behalten wollten. Wenn aber selbst die entscheidende Versammlung, die nur noch ja oder nein zu den getroffenen Abmachungen zu sagen hat, unter Ausschluß der Öffentlichkeit abgehalten wird, dann ist das doch recht bedenklich. Eine Angelegenheit, die seit Monaten das öffentliche Interesse erregt, sollte doch, wie es bei den Arbeitern selbstverständlich der Fall ist, öffentlich entschieden werden. Weshalb scheut denn Herr Kahardt die Anwesenheit unseres Berichterstatters? Jedenfalls fürchtete er, es könne uns durch die Debatten in seiner Versammlung Einblick gewährt werden in die Gegensätze, die in den Reihen seiner Gefolgschaft herrschen. Als ob uns diese Dinge nicht längst bekannt wären.

Durch die großen Kämpfe, die dem Abschluß des bis jetzt geltenden Tarifs vorausgingen, sind den Tischlermeistern, besonders den weniger kapitalkräftigen, schwere Wunden geschlagen worden. Unzufriedenheit mit den führenden Geistern machte sich infolgedessen bemerkbar. Die Mäher der Bewegung suchten der Unzufriedenheit zu steuern und ihre Mitglieder bei der Stange zu halten, indem sie ihnen in Aussicht stellten, beim Abschluß eines neuen Vertrages würde alles besser werden. Das heißt, die Unternehmerorganisation würde den Vertrag diktieren und die Arbeiter müßten sich dem Willen der Unternehmer fügen. Das ist es, was man den Tischlermeistern seit Jahr und Tag in den Agitationsversammlungen in Aussicht gestellt hat. Sie sind der Fühner Kahardts gefolgt in der Hoffnung, daß sie den Arbeitern keinerlei Zugeständnisse machen brauchen. Doch es ist anders gekommen. Nachdem die Unternehmerorganisation den Vertrag genehmigt hatte, verlangten die Arbeiter Verbesserungen, und diese mußten, wenigstens zum Teil, anerkannt werden. Nun geht es vielen Tischlermeistern gegen den Strich, daß es den Arbeiterorganisationen gelungen ist, gewisse Verbesserungen im neuen Vertrage durchzusetzen, und daß die Verbesserungen ihrer Leitung, es würde nichts bewilligt werden, nicht erfüllt werden konnten. Besonders die Vertragsbestimmung, welche verlangt, daß der paritätische Arbeitsnachweis in erster Linie benutzt werden muß, hat viele Tischlermeister mißmutig gemacht. Sie bildeten sich ein, ihre Verbandsleitung könne sie vor jeder Forderung der Arbeiter sichern, und fühlen sich nun enttäuscht darüber, daß sie doch etwas bewilligen müssen. Darum haben sie doch der Tarifänderung nicht zugestimmt. — Die Gegensätze, welche zwischen den kleinen Meistern und den großen Unternehmern naturgemäß bestehen, sind durch diese Tarifbewegung noch mehr verschärft worden. In der am Montag abgehaltenen Vorstandssitzung der Unternehmerverbände plähten diese Gegensätze scharf aufeinander.

Herr Kahardt hat jedenfalls annehmen müssen, daß diese Gegensätze, diese Unzufriedenheit der Mitglieder mit dem Vorstände, der ihnen mehr versprochen hat als er halten kann, auch in den Debatten der gestrigen Generalversammlung zum Ausdruck gebracht werden würden. Deshalb hat die Furcht vor der Anwesenheit unseres Berichterstatters. — Die Herren haben sich aber verrechnet, wenn sie glauben, uns die Vorgänge in ihren Reihen geheimlich zu können. Sie sind uns nur zu gut bekannt.

Zu der Situation im Rohrlegergewerbe.

Den Verhandlungen der Arbeitgeber im Rohrlegergewerbe mit dem Allgemeinen Metallarbeiterverband über einen neuen Tarifvertrag tritt der Deutsche Metallarbeiterverband energisch entgegen, soweit der Allgemeine Verband sich herausnimmt, einen Tarif abzuschließen, der für die Rohrleger und Helfer von Groß-Berlin maßgebend sein soll. Dieser Standpunkt wurde in einer allgemeinen Rohrlegerversammlung, die der Deutsche Metallarbeiterverband zum Dienstagabend nach Freiers Festjahren, Koppensstraße, einberufen hatte, mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck gebracht. Die Versammlung war sehr stark besucht; etwa 1200 Mann hatten sich eingefunden und sie folgten den Darlegungen des Referenten Handke mit großer Aufmerksamkeit. Der Redner schilderte, wie die Mitglieder des Allgemeinen Verbandes durch die Leiter desselben schon seit Monaten an der Nase herumgeführt werden. Schon im August vorigen Jahres beschloß dieser Verband, eine Teuerungszulage zu fordern. Die Mitglieder warteten in mehreren Versammlungen vergeblich auf einen Bericht ihrer Verbandsleitung, wie diese Forderung aufgenommen wurde, oder was zu ihrer Durchführung zu geschehen habe. Im Dezember verbreitete dann die Leitung des Allgemeinen Verbandes die Nachricht, daß man einen Tarifvertrag zustande gebracht habe, der nur noch der Zustimmung der beiderseitigen Generalversammlungen der Mitglieder bedürfe; man sprach von

Terungenschaften in bezug auf Lohnerhöhungen und paritätischem Arbeitsnachweis. Man ging so weit, zu erklären, daß niemand Aussicht habe, als Rohrleger Arbeit zu erhalten, der bis zum 1. April 1910 nicht Mitglied im Allgemeinen Verband sei. Alles war unrichtig, Täuschung der eigenen Mitglieder und der Öffentlichkeit; man ging damit nur auf Mitgliederfang aus. Der Arbeitgeberverband selbst ließ bekannt machen, daß er von einem solchen Tarifvertrag nichts wisse. Am 16. Januar hielt der Allgemeine Verband eine Versammlung ab, in der die Leitung erklärte, daß über den Tarifvertrag „noch verhandelt“ werde. Ebenso hieß es in einer Versammlung am 30. Januar. Und dann kam eine sonderbare Aufführung in einer Versammlung am 20. Februar, warum von dem — angeblich im Dezember schon fertiggestellten — Tarifvertrag noch gar nichts zu merken war. Ein Brief der Arbeitgeber wurde verlesen, worin diese mitteilten, daß sie noch gar nicht darüber Klar geworden seien, ob hinter dem Allgemeinen Verband die Mehrheit der Rohrleger stehe. Der Schwindel lag offen zutage; es handelte sich eben nur um eine Vorlage, um einen Entwurf des Allgemeinen Verbandes, nicht um einen Tarifvertrag, und die Unternehmer kümmerten sich nicht einmal darum. Jetzt trat die Leitung, um die Mitglieder weiter zu täuschen, sehr geschickvoll auf, man machte große Worte, sprach pathetisch vom „Siegen oder Sterben“ und beschloß eine gewisse „passive Resistenz“, die darin bestand, daß die Mitglieder keine Ueberhanden mehr machen sollten, und anderen schweren Entschlüssen. Man rief das Einigungsamt an und am 3. März fand eine Verhandlung statt. Hierbei war sehr bemerkenswert, daß die Unternehmer mit der Öffentlichkeit der Verhandlungen einverstanden waren, während der Vertreter des Allgemeinen Verbandes den Ausschluß der Öffentlichkeit verlangte und diesem Verlangen wurde stattgegeben. Man muß annehmen, daß er die Öffentlichkeit zu fürchten hatte. Am 6. März, am Wahlrechtsdemonstrationstage der Berliner Arbeiter, fand eine Versammlung des Allgemeinen Verbandes statt, in der die Mitglieder einen Bericht erwarteten. Nach der „Volks-Zeitung“ wurde in der Verhandlung vor dem Einigungsamt über den Tarifvertrag selbst gar nicht gesprochen, sondern nur über die Vertragsfähigkeit des Allgemeinen Verbandes. Diese Vertragsfähigkeit wurde schließlich anerkannt, nachdem der Leiter die Mitglieder des Verbandes als zwischen 2250 bis 2300 (Großes Gelächter in der Versammlung) schwankend angegeben hatte. Handke bemerkte dazu, daß es sonderbar sei, daß von dieser großen Zahl immer nur 200 bis 300 zu den Versammlungen des Verbandes kommen. Die Vertragsfähigkeit anerkannt, das ist das ganze Resultat, das bisher erzielt wurde, und daraufhin wurde sofort die „passive Resistenz“ aufgehoben. Die „Arbeiter-Zeitung“ schrieb, daß die Unternehmer alle Forderungen ablehnten und nur eine 2 1/2prozentige Erhöhung der Minimallohn annehmen würden. Die Unternehmer kennen die Schwäche des Allgemeinen Verbandes. Jedenfalls darf aber der Vertrag, den dieser Verband abschließt, nicht maßgebend werden. (Am Mittwoch fanden die Verhandlungen mit dem Allgemeinen Verband über einen Tarif vor dem Gewerbegericht statt.) Im Namen der Agitationskommission legte der Redner der Versammlung die folgende Resolution vor:

„Die am 8. März tagende Versammlung der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend erklärt, daß der Allgemeine Deutsche Metallarbeiterverband in keiner Weise das Recht besitzt, sich als die einzige Interessenvertretung der Rohrleger und Helfer zu bezeichnen.“

Durch ihr verräterisches Treiben und andere Machinationen hat die Leitung dieses Verbandes versucht, die Öffentlichkeit, insbesondere die Arbeiterschaft, zu täuschen, indem unwahre Mitteilungen über den Stand der Tariffrage von dieser Seite verbreitet wurden.

Deshalb erklärt die Versammlung, daß, falls die Arbeitgeber einen Tarif mit diesem Verband vereinbaren, derselbe in keiner Weise für die Rohrleger und Helfer Berlins maßgebend sein kann.

Die Versammlung beauftragt die Agitationskommission, in Verbindung mit der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, zur geeigneten Zeit Maßnahmen zu treffen, um solche Lohn- und Arbeitsbedingungen im Rohrlegergewerbe zu schaffen, wie sie eine organisierte Arbeiterschaft verlangen kann.“

Handkes Vortrag fand den lebhaftesten Beifall der Versammelten und einstimmig wurde die Resolution angenommen. Trotz wiederholter Aufforderung meldete sich kein Gegner zum Wort. An die Anwesenden wurde die dringende Mahnung gerichtet, für den Deutschen Metallarbeiterverband unter den Rohrlegern die regste Agitation zu entfalten, da nur dieser Verband die Interessen der Arbeiter zu wahren die Kraft und den Willen hat.

Achtung, Musikschallplattenpreller! Die Firma Dr. Grünbaum, Rixdorf, Schinckestraße, ist nach wie vor für Preßer und Schleifer gesperrt.

Ausland.

Der Bürgerkrieg in Philadelphia.

Man schreibt uns aus New York: Drei Tote, neun im Sterben liegende, 91 schwer- und hundert leichter verletzte Personen, das waren bis zum 24. Februar die beiderseitigen Verluste in dem Streik der 9000 Straßenbahner Philadelphias, und weil damit der Blutdurst der herrschenden Clique noch nicht gestillt war, rückten an diesem Tage einige Hundert „Kosaken“ in die Stadt ein, wie der Volksmund die eigens für die Vernehmung bei Streikfällen organisierten und auf den Arbeitermord dressierten berittlenen Staatspolizisten nennt, die denn auch bereits am gleichen Tag mit stundenlangen Reitübungen, lange Kracheisen, Knüppel und Handfesseln mit sich führend, einen echt lokalen Terrorismus in der „Stadt der Bruderverliebe“ etablierten. In den Gerichtssälen hagelt es Justizhausurteile gegen Leute, die nur verdächtig sind, Steine gegen diese Mordtruppe erhoben zu haben. Der weiße Schrecken, den die Horde verbreitet, und die angekündigte Invasion weiterer Konstablertrupps wie der ganzen Staatsmiliz, haben der Freiheit der Bahnmagnaten natürlich gewaltig den Rücken gestärkt, und auf der anderen Seite die Streikenden veranlaßt, die Versuche der gewalttätigen Vertreibung des Streikbrecheres vorläufig einzustellen; zugleich ist damit aber auch eine Situation geschaffen, die erwarten lassen kann, daß dieser Streik sich vielleicht zu dem bedeutungsvollsten, geradezu epochemachenden sozialen Konflikt auswächst, den die neue Welt bisher gesehen hat. Bezeichnend hierfür sind die Umstände der Verhaftung des Präsidenten Murphy von der Central Federated Union (dem östlichen Kartell der zur American Federation of Labor gehörigen Gewerkschaften).

Die bürgerliche Lokalpresse hatte über den Inhalt eines Gesprächs berichtet, an dem Murphy teilnahm, der sich im Laufe der Unterhaltung erhob und meinte: „Seien Sie versichert, daß am nächsten Sonntag der Generalstreik angeordnet wird. Wenn in Kennington auch nur ein Mann von den Staatskonstablern erschossen wird, so gibt es einen blutigen Austritt, über den sich das ganze Land entsetzen wird. Die Verantwortung für eine solche Erhebung bin ich bereit, zu übernehmen. Die Staatspolizei wäre hilflos. Im nordwestlichen Teile der Stadt gibt es Männer, die mit Schußwaffen so gut umzugehen wissen, wie irgendein Soldat. Warten Sie nur noch kurze Zeit die Entwicklung der Dinge ab, und die Augen werden Ihnen aufgehen.“ Gleich nach der Veröffentlichung dieser Äußerung des Gewerkschaftsführers befohl der Polizeichef die Arrestierung Murphys, die aber erst Tags darauf vor dem Polizeigericht gelang, dem sich der Gefangene stellte. Murphy wurde prompt wegen Aufreizung zum Aufruhr für

verhaftet erklärt, aber gegen 300 Dollar Bürgschaft gleich wieder auf freien Fuß gesetzt. Murphy bewährte sich als Mann, als echter Arbeiterführer, als Vorkämpfer der ungeheuren Erbitterung, die in den Herzen der schaffenden Hunderttausende dieser größten Arbeiterschaft der Welt köcht. Er erklärte: „Die Darstellung der Zeitungen über meine geistigen Neigungen ist so ziemlich zutreffend. Mögen die Gerichte sehen, wie weit sie meine Worte gegen mich verwenden können. Die städtischen Behörden bemühen sich, die Sache so darzustellen, als ob ich die hiesigen Arbeiter aufgefördert hätte, auf die Polizei zu feuern. Das ist durchaus falsch. Ich sprach nur die Ansicht aus, daß die Arbeiter das Feuer erwidern werden, wenn die Polizei zu schießen anfängt. Und das ist auch jetzt noch meine Ueberzeugung.“

Nach allem, was man aus Philadelphia hört, hat Murphy die Stimmung der dortigen Arbeiterschaft zum Ausdruck gebracht, und gerade das Vorgehen gegen die Führer Platt und Murphy hat den Ingrimm der Arbeiter außerordentlich vertieft.

Der gestrige Tag führte wieder zu fortgesetzten Befindungen der Volkswut über die aus den Verbrecherquartieren New Yorks usw. rekrutierten Streikbrecher und das Bahnlapital, das sich auch beim Publikum schon lange vor Beginn des Streiks gründlich mißliebt gemacht hat. War es doch, wie seit dem Ausbruch des Streiks, so auch gestern wieder das mit den Arbeitern sympathisierende Publikum, das die bewaffnete Macht, Polizisten wie Staatskonstabler, mit ständigen Angriffen auf verkehrsgefährliche Straßenbahnwagen und ihre Streikbrecherbesatzung in Atem hielt. Trotz des entfalteten Staatsterrors hat Philadelphia, wie von dort berichtet wird, seit der Arbeitsunterbrechung der Straßenbahnen noch keinen so stürmischen Tag, wie den gestrigen, erlebt. Ein Toter und 60 Verwundete waren die Opfer. Der Getötete ist ein Knabe. Fünf der Verletzten befinden sich in kritischem Zustande. Mit der Verhaftung eines Streikenden namens Copland und eines in seiner Begleitung getroffenen New Yorkers will die Polizei ein „Bombenattentat“ auf einen mit 50 Passagieren besetzten Straßenbahnwagen vereitelt haben. Die Arbeiter erklären die Anklage für einen Bombenschwindel.

Philadelphia, 9. März. (Depeche.) Auch gestern abend wurden die Wagen der Straßenbahn von der Menge mit Steinen beworfen. Dabei wurde einer der Arbeitwilligen verwundet. Die in dem Wagen befindlichen Arbeitwilligen gaben hierauf Revolverkugeln ab und verwundeten sechs Personen, darunter ein junges Mädchen. Die wütende Menge demolierte mehrere Wagen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Raubmordprozess Wedzidi und Genossen.

Das um 1 1/2 Uhr nachts gesprochene Verdict der Geschworenen sprach die Angeklagten Wedzidi, Blum und Thimm des versuchten schweren Raubes, den Angeklagten Powalla der Anstiftung schuldig. Allen vier Angeklagten wurden mildernde Umstände zugebilligt. Der Gerichtshof verurteilte Wedzidi zu 1 Jahr Gefängnis, Blum, Thimm und Powalla zu je 3 Jahren Gefängnis, die letzten drei auch zu je 5 Jahren Ehrverlust. Den Angeklagten wurden je 6 Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Die Reform des Oberhauses.

London, 9. März. (W. T. B.) Im Oberhause gab Lord Rosebery die Erklärung ab, wenn das Haus seinen am 21. Februar angekündigten Vorschlag, sich als Komitee zu konstituieren, um die besten Mittel einer Reform seiner gegenwärtigen Reform zu erwägen, annähme, würde er folgende Resolutionen einbringen: 1. Eine starke, aktionsfähige Zweite Kammer ist nicht nur ein integrierender Bestandteil der Verfassung, sondern ist für das Wohl des Staates und das parlamentarische Gleichgewicht ein notwendiges Erfordernis. 2. Eine solche Kammer kann am besten durch eine Reform und Rekonstitutionierung des Oberhauses gewonnen werden. 3. Die notwendige Vorbedingung für eine solche Reform und Rekonstitutionierung ist die Annahme des Grundgesetzes, daß der Besitz der Peerwürde an sich nicht länger das Recht gibt, dem Oberhause als stimmberechtigtes Mitglied anzugehören.

Eine Konferenz der englischen Bergarbeiter.

London, 9. März. (W. T. B.) Heute fand hier eine Konferenz des Bergarbeiterverbandes von Großbritannien statt, die sich mit der Frage der Unterstützung der Bergleute von Südwales in ihren Streitigkeiten mit den Bergwerksbesitzern beschäftigte. Es wurde beschlossen, die Entscheidung zu vertagen, bis die Vertreter des Verbandes sich mit dem Exekutivkomitee der Bergleute über die Herbeiführung einer Einigung beraten haben.

Vom Wetzrücken.

London, 9. März. (W. T. B.) Die Erfordernisse des Marinebudgets für 1910/1911 beziffern sich auf 40 603 700 Pfund Sterling gegen 35 142 700 Pfund Sterling im Jahre 1909/1910. Der Mehrbetrag ist hauptsächlich verursacht durch die Erhöhung des Schiffsbauprogramms, die das Parlament im letzten Jahre bewilligt hat. Für Neubauten werden 13 279 830 Pfund Sterling verlangt gegen 8 885 194 im Jahre 1909/1910. Von diesen sind 11 850 700 Pfund für den Weiterbau bereits in Angriff genommener Schiffe bestimmt und 1 429 040 Pfund als erste Rate für den Bau von Schiffen nach dem neuen Programm, nämlich von fünf Linien Schiffen, fünf geschützten Kreuzern, 20 Torpedobootzerstörern und eine Anzahl von U-Booten, die 750 000 Pfund kosten sollen, und zwei Schwimmdocks, welche jedes Kriegsschiff aufnehmen vermögen und die bis 1911 fertiggestellt werden sollen. Das eine dieser Docks ist für Portsmouth, das andere für Medway bestimmt.

Schiffskollision.

Niel, 9. März. (W. T. B.) Durch Zusammenstoß mit einer Pinasse des Linien Schiffes „Kassan“ wurde ein Werftdampfer so schwer beschädigt, daß er Kohlen und Feuerung über Bord werfen und auf Strand gesetzt werden mußte. Die Besatzung wurde durch Boote gerettet. Nach Dichtung des Lecks wurde der Dampfer zur Reparatur in die Werft eingeschleppt.

Opfer eines Automobilunfalls.

Kempten, 9. März. (W. T. B.) Auf der Fahrt von Kapensburg nach Leutkirch stieß das Automobil des Rechtsanwalts Gut mit einem Fuhrwerk zusammen. Rechtsanwalt Gut wurde schwer verletzt, ein anderer Insasse des Automobils wurde getötet und ein dritter leichter verletzt.

Nach Sibirien verbannt.

Petersburg, 9. März. (W. T. B.) Der Appellgerichts Hof fällt heute das Urteil in dem Prozeß gegen die Revolutionäre Tschailowski und Frau Wreschlowskaja. Tschailowski wurde freigesprochen, Frau Wreschlowskaja zur Deportation nach Sibirien verurteilt.

Reichstag.

52. Sitzung vom Mittwoch, den 9. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Tirpitz.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung des Etats für das Schutzgebiet Kiautschou und das ostasiatische Marine-

detachment, zugleich mit der Besoldungsordnung und der Wohnungsordnung für das Schutzgebiet Kiautschou. Abg. Erzberger (Z.): Kiautschou hat uns alles in allem 150 Millionen Mark gekostet. Dafür ist ja auch etwas geleistet. Der Grundsatz „Kaufleute vor die Front, Militär hinter die Front!“ scheint aber in Kiautschou nicht genügend befolgt zu werden; der deutsche Kaufmann hat in Kiautschou weniger Selbständigkeit als in Schanghai und Hongkong. Die Selbstverwaltung muß in Kiautschou gestärkt werden, und die Zivilverwaltung muß mehr als bisher hervortreten. Leider kennt kein Abgeordneter Kiautschou aus persönlicher Erfahrung. Einige Abgeordnete des vorigen Reichstags waren ja dort, aber Kiautschou scheint für Reichstagsabgeordnete ein ungesundes Klima zu haben, denn sämtliche Abgeordnete, die dort waren, sind bei der Wahl durchgefallen. (Weiterleit.) Es sollten einige Abgeordnete hingeschickt werden, die einen festen Sitz haben.

In Kiautschou haben wir einen viel zu großen Beamtenapparat, und zwar auf allen Gebieten; bei den hohen Gehältern dort müßte jeder Beamte voll ausgenutzt werden.

Ein sehr wichtiges Kapitel bilden ferner die Bauten. Das Haus des Gouverneurs war auf 450 000 M. veranschlagt, tatsächlich kostete es 680 000 M. Der Gouverneur scheint ganz übertriebene Anschauungen von seinen Repräsentationspflichten zu haben. Wie beim Gouvernementspalast ist auch bei vielen anderen Bauten in Kiautschou ein übermäßiger Luxus getrieben. Ich habe den dringenden Wunsch, daß der Reichszuschuß für Kiautschou erheblich zurückgehen möge. Aber ich erkenne an, daß in Kiautschou sich keine der Entwicklung zeigen, die Vorbildlich für andere Schutzgebiete sein können. Das gilt in erster Reihe von der Justizpflege, die in unseren anderen Schutzgebieten der wunde Punkt ist. Wir müssen dazu kommen, ein selbständiges Kolonialrecht zu schaffen. Notwendig ist dazu, daß wir in der Heimat Lehrstühle für Kolonialrecht an den Universitäten schaffen. Richtig ist ferner die Errichtung einer Hypothekbank in Ostasien. Ebenso wichtig ist die Ausgestaltung des Schulwesens in Kiautschou und in der Provinz Schantung; dafür sollte auch die deutsche Industrie Geld zur Verfügung stellen. Aber es muß dabei alles geschehen, um Reibungen mit der Chinesenschaft zu vermeiden; denn nur Hand in Hand mit der Chinesenschaft können wir in Kiautschou vorwärts kommen. (Bravo! im Zentrum.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Kiautschou hat uns bisher nicht 150 Millionen gekostet, wie Herr Erzberger meinte, sondern 181 Millionen. Bezüglich der Selbstverwaltung teile ich die Ansicht des Herrn Erzberger, wir werden alles tun, sie vorwärts zu treiben, aber die Parole muß sein: Selbstverwaltung bei Selbsterhaltung! — Eine Reihe eines Abgeordneten nach Kiautschou würden wir gern sehen, dadurch — glaube ich — würde manches Vorurteil schwinden.

Den Etat haben wir mit der äußersten Sparsamkeit aufgestellt. Die Ueberschreitungen beim Bau des Gouvernementspalastes sind zum größten Teil auf die Steigerung der Löhne und Materialpreise zurückzuführen. Der Reichszuschuß ist von Jahr zu Jahr um eine Million zurückgegangen und ich habe das ernste Bestreben — nehmen Sie es mir nicht übel — vom Reichstag loszukommen. (Weiterleit.) Die Anregung des Abg. Erzberger, die Industrie möge Schulen in Kiautschou unterstützen, kann ich nur auf das wärmste unterstützen. (Bravo! rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Baumbach (nat.): Auf das, was in der Kolonie Kiautschou geschaffen ist, können wir als Deutsche stolz sein. Die Festsetzung in Kiautschou hat gleich von Anfang an den Beifall Eugen Richters gefunden. (Lebhafte Zustimmung bei der Fortschrittlichen Volkspartei.) — Bei aller Anerkennung der günstigen Entwicklung Kiautschous muß auch ich die dringende Forderung erheben, daß sparsamer gewirtschaftet wird. Die Kosten der Verwaltung dieses Gebietes, das kaum so groß ist wie ein preußischer Landratskreis, sind exorbitant hoch. Fünfstadte leisten sich eine so kostspielige Verwaltung wie keine deutsche Stadt von 150 000 Einwohnern (Lebhaftes Hörl! Hörl!), obwohl es eine europäische Bevölkerung von nur 1500 Köpfen hat! Für gar nicht existierende Hochbauten sind Beamte mit im ganzen 40 000 M. Gehältern angestellt! (Ernustes lebhaftes Hörl! Hörl! links und im Zentrum.) Die Aufforschungskosten pro Morgen, die in Deutschland 25—80 M. betragen, kommen in Kiautschou auf ungefähr 500 M., also fast auf das Zwanzigfache zu stehen! (Lebhaftes Hörl! Hörl!) So nötig Kritik und Besetzung im einzelnen ist, so dürfen wir doch nie und

werden wir nie verkennen, daß wir in Kiautschou vor allem einen hochbedeutenden Ausstrahlungspunkt deutscher Kultur in Ostasien besitzen. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Dröschner (L.): Gewiß: ein militärischer Stützpunkt, als der er ursprünglich gedacht war, ist Kiautschou nicht. Dafür ist es ein Zentrum deutscher Kultur, deutscher Tüchtigkeit, deutschen Lebens, deutscher Gründlichkeit! Und darum können wir uns nicht so ohne weiteres dem Rufe nach Sparsamkeit anschließen. Kiautschou soll die Musterkolonie bleiben, die es unter der zielbewußten Verwaltung des Reichsmarineministers geworden ist. Die Frage der Wertzuwachssteuer ist in Kiautschou musterhaft gelöst. Auch den Klagen über den Luxus können wir uns nicht ohne weiteres anschließen. Andere Nationen statten ihre Staatsrepräsentanten in den Kolonien noch weit luxuriöser aus. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär v. Tirpitz sucht den Eindruck der Ausführungen Dr. Baumbachs über die verheerendste Verwaltung in Kiautschou abzuklären und läßt ihn herzlich zu einem Besuch des ostasiatischen Schutzgebietes ein. Die Möglichkeit jedoch, mit vermindertem Beamtenpersonal auszukommen, sei anzuerkennen, und er, Redner, werde sich in dieser Richtung bemühen. (Beifall rechts.)

Abg. Starz (Fortschr. Vp.): Namens der Fortschrittlichen Volkspartei (Weiterleit) habe ich zu erklären, daß wir sehr befriedigt sind über die Erklärung des Staatssekretärs, wonach nicht beabsichtigt ist, Kiautschou unter dem Gesichtspunkte eines militärischen Stützpunktes zu betrachten.

Sehr zu begrüßen ist die Pflege des Schulwesens in Kiautschou; die Verbreitung der deutschen Sprache in China kommt ja auch dem deutschen Handel zugute. Wir sind überzeugt, daß der Gouverneur auch mit 40 000 M. auskommen kann. Herr Dr. Dröschner sagt zwar, in Ostasien wird der Mann nur nach seinem Einkommen bemessen. Wir haben aber keine Veranlassung, diese materialistische Auffassung des chinesischen Mandarintums uns zu eigen zu machen. (Sehr gut! links.) Durch die zu hohen Beamtengehälter gefährdet man auch die Entwicklung zur Selbstverwaltung. (Bravo! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

Abg. Rodde (Soz.):

In der Budgetkommission wurde am Etat für Kiautschou diesmal vielmehr Kritik geübt als früher. Es ist das ein Ausdruck des Unbehagens, der bei vielen deshalb besteht, weil die Erwartungen, die man bei der Pachtung von Kiautschou gehabt hat, nicht in Erfüllung gegangen sind und auch gar nicht in Erfüllung gehen konnte. Nur Herr Dröschner hat hier in unangebrachter, überhöflicher Weise seiner Freude darüber Ausdruck gegeben, was alles in Kiautschou geleistet ist, und welche glänzende Zukunft wir dort haben. Trotz der geübten Sparsamkeit aber bleibt die unangenehme Tatsache bestehen, daß

der Zuschuß

auch in diesem Jahre recht hoch ist: noch über 8 Millionen Mark!

Bezüglich der Selbstverwaltung stehe ich auf dem Standpunkt, daß an sie herangegangen werden soll, wenn die in Kiautschou anläßlichen Leute die Mittel dafür aufbringen, ihr Gemeinwesen zu bezahlen. Wir können ihnen nicht die Verfügung über Mittel für ihre Schulen lassen, die das Reich aufbringt.

Der Staatssekretär hat lobende Äußerungen über

die Entwicklung Kiautschous

gitiert. Die Tatsachen reden aber eine ganz andere Sprache. Der Staatssekretär will pessimistische Äußerungen mit solchen Lobprüchen belämpfen, aber zu unglücklicher Beurteilung liegt reichlich Anlaß vor. Bei der Pachtung von Kiautschou ging man von ganz anderen Erwartungen aus, als die gegenwärtige Entwicklungsmöglichkeit zuläßt. Ein größerer Reinsfall ist kaum denkbar. Bei der Pachtung war keine Rede davon, daß Kiautschou nur ein bescheidener Stützpunkt, eine Kohlenstation werden soll, sondern immer und immer wieder sagte man, Deutschland habe rasch zugreifen müssen, um bei der Verteilung der chinesischen Leute nicht zu kurz zu kommen. Immer wieder spielte man mit der Idee, das kleine Schutzgebiet werde bald eine Ausdehnung erfahren, mindestens auf die große Provinz Schantung! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Alle diese Hoffnungen sind zusammengebrochen. Die Leute, welche diese Hoffnungen hatten, hatten keine Ahnung von der Entwicklungsfähigkeit Chinas, keiner konnte voraussehen, daß die Wiedererklärung Chinas in so kurzer Zeit eintreten könnte. Kiautschou hat uns — wie alle Kolonien — ein gutes Stück Geld gekostet, ohne nennenswerte Erfolge im Wirtschaftsleben. In den 10 Jahren sind rund 150 Millionen Mark hineingesteckt. Dabei ist das ganze Gebiet etwa so groß wie das von Bremen. Dazu kommt als mittelbare Folge der Pachtung die ausländische Bewegung in China, zu deren Bekämpfung ein Expeditionskorps hinausgeschickt wurde, für welches 250 Millionen aufgebracht werden mußten. In diesem Jahre ist auch der Pensionsfonds wieder mit vier Millionen belastet aus Anlaß dieser Expedition! Und

diese Ausgaben steigen, weil immer noch Offiziere, die jetzt pensioniert werden, höhere Ansprüche erheben, weil sie in jenem Feldzuge den oder jenen Schaden erlitten haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist jetzt keine Rede mehr davon, die deutsche Macht über einen größeren Teil Chinas auszudehnen, sondern man spricht nur noch von „moralischen“ Eroberungen. Man hat darauf bei der Forderung der Mittel zur Begründung der chinesischen Hochschule hingewiesen. Dieser Hinweis stand in einem merkwürdigen Gegensatz zu der Äußerung, die vor einer Reihe von Jahren gemacht wurde: man müsse die Chinesen so klopfen, daß sie auch in hundert Jahren nicht wagen, einen Deutschen (schiel anzusehen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)) Wei dem Versuch, auf diese Weise „moralische Eroberungen“ zu machen, kann aber Deutschland mit anderen Ländern nicht konkurrieren. So hat Amerika auf die Kriegskosten verzichtet, falls die Summe für Bildungszwecke verwendet wird. Die Mahnung, deutsche Kapitalisten möchten für Bildungszwecke Summen zur Verfügung stellen, wird wenig Erfolg haben. Wenn sie das tun wollen, so wäre reichlich Anlaß, mit diesen Summen das Bildungsniveau breiter Kreise in Deutschland zu erhöhen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine Art Wettlauf der Nationen, China die höchsten Investitionen zu machen, wäre natürlich nicht empfehlenswert. Dauernd kann damit die chinesische Freundschaft nicht erhalten, der chinesische Markt nicht erobert werden. Wenn

der chinesische Markt

erst für große Warenmengen aufnahmefähig sein sollte, wird diejenige Industrie den Vorrang haben, welche durch Güte und Preiswertigkeit die Konkurrenz schlägt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gewiß wäre es im Interesse der Arbeiterschaft, unseren Export zu steigern. Aber große Erwartungen sind nicht daran zu knüpfen. China wird eher in der Lage sein, moderne Industrieprodukte herzustellen als zu verbrauchen. So verbrauchen in Amerika die Chinesen vielfach chinesische Produkte, nicht amerikanische. Auch für die Weltpolitik hat es doch nur dann Sinn, Kiautschou zu halten, wenn Industrie und Handel dadurch eine Förderung erfahren. Bisher kann nicht davon gesprochen werden, aber

man hofft auf die Zukunft. — —

Doch wenn ich mich nicht gründlich verhörrt habe, hat selbst der Staatssekretär in der Kommission davon gesprochen, daß es durchaus unklar sei, ob die europäischen Mächte wirklich günstige Chancen bei der Eroberung des chinesischen Marktes haben!

Auch in diesem Jahre fordert die Regierung einen Reichszuschuß von fast 8 1/2 Millionen für Kiautschou, nur 122 000 M. weniger als im Vorjahre. Dabei ist noch zu beachten, daß die kostspieligen Hofenbauten fast vollendet sind, wodurch der Zuschuß naturgemäß geringer werden muß. Die Kommission hat ja einige hunderttausend Mark gestrichen, doch bleiben immer noch über 8 Millionen Mark. Das ist nun für diese kolossalen Summen in Kiautschou geschaffen? Herr Erzberger meinte, es sei doch manches Gute geschaffen, und ich gebe das zu; Herr Baumbach rühmte in geradezu begeisterter Weise, was alles herausgeholt sei. Er schwärmte förmlich von den bewaldeten Höhen in Kiautschou. Aber wenn wir so viel Geld auf ein räumlich so beschränktes Gebiet in Deutschland verwenden würden, so würden wir auch da glänzende Resultate erzielen können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Mit den Summen für Fortschritt und Obstkultur, die in Kiautschou auszugeben sind, könnte man auch sehr wohl auf den Groden, auf der Spangelleppe, auf den Fichtelgebirge zum Beispiel — Spargelkulturen anlegen. (Weiterleit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Besonders prägnant erschien mir heute Herr Baumbach. Ich möchte ihn daran erinnern, daß noch vor zwei Jahren ein Herr, der ihm sehr ähnlich sieht, den Stoßkeuzer von sich gab: „Rein Wenisch würde heute noch daran denken, nach Kiautschou zu gehen, aber wenn wir es loslösen, würde uns ja die ganze Welt anslachen!“ Ich gebe zu, daß nach den großsprecherischen Redensarten dieses Ausgelachtwerden eintreten würde. Aber deshalb sollte man doch den deutschen Steuerzahlern nicht zumuten, weiter Jahr für Jahr derartige Beträge für Kiautschou auszugeben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Das Vergnüglichste sind

die Denkschriften,

die Jahr für Jahr über die Entwicklungsmöglichkeit Kiautschous herausgegeben werden; doch sind sie mit Vorsicht zu genießen. So wurde der Hafen von Tsingtau der Kommission im Wilde vorgeführt, angefüllt mit Schiffen, und als dann festgestellt wurde, daß nur sehr selten dort mehrere Schiffe liegen, sagte man: Wir könnten doch den Hafen für die Reichstagsabgeordneten nicht photographieren, als keine Schiffe drin wären. (Weiterleit.) Nach diesem Rezept wird auch heute noch verfahren.

Man weiß auf

Dieser Apparat dient dann wohl zur Bequemlichkeit des Publikums, läßt aber keine statistische Kontrolle über Buch und Leser zu, jedoch erspart auch er dem Bibliotheksbeamten ein vergebliches Suchen nach einem zurzeit ausgegebenen Buch. Der Preis dieser Apparate ist natürlich nicht niedrig. Je nach dem Umfang beträgt er für zwei- bis dreitausend Buchnummern ungefähr tausend Mark.

Das Hundedenkmal von Battersea. In dem schönen Battersea-Park, der im besten Stadtviertel des Londoner Westens an der Themse gelegen ist, hat sich eine merkwürdige Geschichte mit einem Hundedenkmal abgespielt, die die Wochenschrift „Lancet“ berichtet. Sie beginnt mit einem Prolog, den ein Physiologe vom University College in London, Dr. Bayliss gegen den Ehrensekretär der Antivivisektionen-Gesellschaft wegen einer Verleumdung durch die Schrift angestrengt hatte. Der Beklagte wurde nach mehrtägiger Verhandlung zu der Summe von 40 000 Mark Schadenersatz und Kosten verurteilt. Die Schrift hatte behauptet, daß Dr. Bayliss einen „großen braunen Hund vom Terrier-Typus“ bei wissenschaftlichen Versuchen mit äußerster Grausamkeit behandelt habe, und der Inhalt dieser Beschuldigungen war auch in die Tagespresse übergegangen. Als Zeugen wurden zwei ausländische Damen genannt. Bei der Gerichtsverhandlung stellte sich aber heraus, daß sich unter den übrigen Teilnehmern jener wissenschaftlichen Vorführung nicht ein Einziger fand, der diese Aussage bestätigt hätte, während Dr. Bayliss im Gegenteil nachweisen konnte, daß dem Tier die übliche Betäubung zu teil geworden wäre. Es vergingen drei Jahre und man glaubte die Angelegenheit schon als vergessen betrachten zu können, als plötzlich ein Denkmal jenes „braunen Hundes“ auf der Wiese errichtet, das vom Internationalen Antivivisektionrat dem Stadtrat von Battersea zur Aufstellung in dem dortigen Park angeboten wurde. Der Stadtrat nahm das Anerbieten an und zwei Monate später wohnte er der feierlichen Enthüllung des Hundedenkmalts bei. Die Kosten des Denkmals waren von einer Dame bestritten worden, die im übrigen ungenannt blieb. Das Denkmal bestand in einem kleinen Brunnenn aus Granit, auf dem das Bronzebild eines Hundes thronte. Am Sockel befand sich die Inschrift: „Zum Gedächtnis des braunen Terrierhundes, der in dem Laboratorium des University College im Februar 1908 dem Tode überantwortet wurde, nachdem er über zwei Monate lang Vivisektionen erduldet hatte und von einem Vivisektor zum andern geschleppt worden war, bis der Tod ihn erlöste.“ Darunter befand sich noch die Ergänzung: „Auch zum Gedächtnis der 232 Hunde, die an derselben Stelle während des Jahres 1902 viviseziert wurden. Männer und Frauen von England!“ Wie lange soll das noch dauern? In diesem Zustande wurde das an sich harmlose Denkmal als eine Verleumdung einer der größten medizinischen Anstalten Englands aufgeführt. Scharen von Studenten

der Medizin versuchten es zu demolieren, aber die Partei der Antivivisektionisten organisierten einen regelmäßigen Verteidigungsdienst, für den nicht weniger als 14 000 M. innerhalb eines Jahres bewilligt wurden. Nun hat die Geschichte endlich doch ihr Ende erreicht, denn der Stadtrat von Battersea hat sich schließlich veranlaßt gesehen, das Denkmal seinen Stiftern zurückzugeben.

Humor und Satire.

Vorfrühling.

Frau Sonne guckt aus dem Himmelstor Und mustert drauten die Erde: 's ist Zeit, Herr Winter, daß ab ihr fahrt, Und es wieder mal Frühling werde. Die arme Menschheit verkommt mir sonst Und verjanert an Herz und Gemüte. Sie soll in Garten und Park hinaus, In Duft und leimende Wärme. Und sich am leuchtenden Tag des Herrn Die Welt im sonnigen Kleide, Der Schutzmann schnallt den Redolber sich um, Und lockert das Schwert in der Scheide. Draußen strömt friedlich die Menge vor's Tor, In den sprossenden Lenz, den warmen, Und mit gefräubtem Schnauzbart lauern am Tor Die Treptower Herren Gendarmen. Noch ist kein Blauweigen in Feld und Park Am Sechsten des März zu schauen, Dafür hat der Herr Postzeipräsident Uns beglückt mit all seinen „Blauen“. Die Vöglein zwitschern, ahnend den Lenz, Ihr Viedlein hinaus in die Weiten, Und schnaubende Kofke harren des „Ros!“ Am eine Attade zu reiten. O herrlicher Sonntag! O wonnige Lust! Rings Pfländern, Lachen und Singen, Und über den Häuptern im Sonnengold Heißblühende Schwammköpflingen. „Wat schert mich Weiß, wat schert mich Rind? Man druff uff die blöde Kanaille!“ So schlugen sie am Sechsten des März Die Berliner Vorfrühlingbataille. — — — Frau Sonne aber schaute in Ruh Herab auf den Jammer auf Erden: „Geduld, es muß ja im deutschen Land Doch auch wieder Frühling werden.“ Satyr.

Kleines feuilleton.

Der Bibliotheksindikator. Für eine große, moderne Bibliothek, die mit starkem Verkehr zu rechnen hat, gibt es keinen bequemeren Wegweiser und Kontrolleur als den von Amerika und England aus eingeführten Indikator. Es ist dies ein äußerst sinnreich konstruierter Apparat, der aus mehreren großen Rahmen besteht, die durch kleine Wappelstäben in Tausende von kleinen Fächern geteilt werden. Jedes dieser Fächer, die etwa in der Regel in ihrer Außenfläche zwei Quadratcentimeter umfassen, dient zur Aufnahme eines Metallstäbchens, das nach einer Seite bequem herausgeschoben geht. An den beiden Außenseiten des Stäbchens befindet sich die betreffende Buchnummer. Während die eine Seite blau gestrichen ist, ist es die andere rot, um so zu ermöglichen, daß an der dem Entleiher zugekehrten Farbe zu erkennen ist, ob das Buch vorhanden oder ob es verliehen ist. Auf den genannten Feldern ist natürlich die Buchnummer vermerkt. Dieses System ist also für den Leser außerordentlich bequem, denn wenn er die von ihm gewünschte Buchnummer weiß, die er dem gedruckten Kataloge entnimmt, genügt ein Blick auf den Indikator, um ihn zu informieren, ob das Buch vorhanden ist oder nicht. Wie oft kommt es in Bibliotheken ohne einen solchen Indikator vor, daß der Besteller oft nach stundenlangem Warten erst erfährt, daß das gewünschte Buch überhaupt nicht verfügbar ist, während hier ein Blick die informierende Gewißheit gibt. Aber auch für die Bibliotheksverwaltung bietet der Apparat einen ungeheuren Vorteil dadurch, daß im Inneren des Stäbchens ein kleines Wappelstäbchen angebracht ist, in dem der Titel und der Autorname des Werkes nebst Erscheinungsort und -jahr, Verleger, Auflagezahl und Bändezahl angegeben ist. Da auch die Befreiungsnummer des Entleiher's sowie der Tag der Ausgabe in das Indikatorbüchchen eingetragen werden, ist es leicht zu ermitteln, wie oft und von wem das betreffende Buch gelesen wurde. Daß eine jährliche Statistik über Werke und Leser durch den Bibliotheksindikator aus den angegebenen Gründen verhältnismäßig leicht und schnell vorgenommen werden kann, ist selbstverständlich. Aber auch für den Bibliotheksbeamten ist der Apparat außerordentlich zutreffend. Den ersten Indikator dieser Art auf dem Festlande führte die von dem Genossen Heimann errichtete öffentliche Bibliothek und Lesehalle in Berlin ein; er enthielt zwanzigtausend solcher geschriebenen kleinen Felder mit Buchnummern und Informationsbüchchen. Er ist wohl der einzige dieser komplizierten Art innerhalb Berlins; allerdings hat das Beispiel bereits Nachahmer gefunden, indem einige gewerkschaftliche Bibliotheken einen ähnlichen Indikator anschafften, der aber nur die rote oder blaue Farbe zeigt, also angibt, ob das Buch ausgeliehen oder vorhanden ist, wobei das Informationsbüchchen gänzlich fehlt.

die „Steigerung des Handels“

hin; aber die ausgeführten Waren kommen nicht aus dem Schatzgebiet, und die eingeführten Waren gehen nicht hin, denn Tsingtau ist nur Durchgangshafen. Ich sagte vorher schon, daß die Chinesen sich darauf einrichten werden, Waren zu exportieren, nicht zu importieren. Das zeigt auch die Handelsbilanz dieses Jahres. Die Einfuhr ist geringer als die Ausfuhr, und auch die Einfuhr ist zum großen Teil chinesischen Ursprungs. Mit keinem Worte sagt die Denkschrift, für wieviel Geld deutsche Waren eingeführt sind. Wahrscheinlich ist das so wenig, daß man sich geniert, die Summe zu nennen. Ich bitte aber trotzdem, daß dies im nächsten Jahre geschieht.

Ich stimme in die Klagen mit ein, daß die Zahl der Beamten sehr groß ist. In gewisser Beziehung liegen die Verhältnisse eben so wie in Ostafrika. Ziehen wir die Beamten und die Garnison zurück, so würde ein vollkommener wirtschaftlicher Zusammenbruch der europäischen Geschäfte eintreten.

Die Denkschrift verweist auf das Vertrauen, das auch ausländische Firmen zur Entwicklung Kiautschous haben. Dabei kann nur eine einzige genannt werden, die sich dort niedergelassen hat! Die deutschen Reedereien wissen genau, wo Geld zu verdienen ist. Bisher waren sie noch nicht der Ansicht, in Kiautschou sei was zu holen; denn die Denkschrift klagt, daß bisher die Postdampfer Tsingtau nur aus besonderen Anlässen anlaufen. Auch sonst haben die deutschen Kapitalisten eine feine Bitterung dafür, wo Geld zu verdienen ist; sie haben aber keine Neigung verspürt, sich in Tsingtau in Ankosten zu stürzen. Und deshalb haben wir die Vorlage gehabt, die für Kiautschou die Ausgabe kleiner Aktien ermöglichen sollte. Dann könnte das Risiko fauler Gründungen auf die kleinen Leute abgewälzt werden! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe mich schon beim Kolonialrat begeben und hoffe, daß die Regierung den Entwurf zurückzieht, damit wir ihn nicht erst abzulehnen brauchen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Unangenehme Dinge verschweigt die Denkschrift. Die chinesische Kaufmannschaft hat wochenlang einen scharfen Boykott gegen Tsingtau durchgeführt. Davon finden wir in der Denkschrift keine Andeutung! Wenn sie Wert haben soll, so müssen nicht nur günstige Entwicklungen hervorgehoben werden, sondern auch unglückliche Unbequemlichkeiten, um so mehr, weil aus den Ausführungen des Staatssekretärs eine Reizung hervorgeht, die angenehme Dinge scharfer zu betonen, als in der Natur der Dinge begründet ist. So leistete er sich ja die Uebertreibung, ganz Ostafrika laufe in Kiautschou zusammen, um die mustergültige Wirtschaft dort anzusehen! (Lachen d. d. Soziald.) Dabei ist der Personenverkehr der Schantungseisenbahn von 845 000 Personen auf 740 000 herabgegangen! Wenn das so weiter geht, wird sie mit ihrer Verzinsung bald auf dem Nullpunkt angelangt sein. Die vielen hunderttausend Millionen, welche treibhausmäßig die wirtschaftliche Entwicklung bringen sollten, haben nur geringe Erfolge gezeitigt. Deshalb wird immer wieder die Hoffnung auf den Ausbau der chinesischen Eisenbahn gesetzt, und in der Tat hängt die wirtschaftliche Zukunft Kiautschous von der wirtschaftlichen Aufschlüsselung des Hinterlandes und dem Handel mit dem Westen und Südwesten von Schantung ab. Vorläufig führen die Chinesen von dort ihre Waren nicht nach Tsingtau, und es ist keineswegs gewiß, daß die Bahnen so gebaut werden, daß Tsingtau Vorteil davon hat!

In der

Zivilverwaltung

auf das Bestreben auf größere Sparsamkeit gerichtet werden. Vielleicht wird aus dem vollen gewirtschaftet, und ich bezweifle, daß bei der Revision Kiautschous durch einen oder den anderen Abgeordneten viel herauskommen wird. Aber selbst wenn mit der Möglichkeit zu rechnen wäre, daß der Handel Tsingtaus einen bedeutenderen Aufschwung nehme, müßte man doch darauf sehen, den Reichszuschuß herabzubringen oder ganz zum Verschwinden zu bringen. Es ist doch toll, daß auch für die Zivilverwaltung in diesem Jahre wieder eine Million draufgelegt werden soll. Aber alles Neben über Sparmaßnahmen beim Etat ist zwecklos, so lange man sich darauf beschränkt, auf die hohen Ausgaben für die Bauten hinzuweisen, während für die militärische Sicherheit unverhältnismäßig viel mehr ausgegeben wird; sie kostet in diesem Jahre wiederum rund 6 1/2 Millionen! Nicht weniger als

2200 Soldaten

lasten wir dort! Meine Anregung in der Budgetkommission, diese Truppe unverzüglich zu vermindern oder noch richtiger: sie ganz zurückzuziehen, hat leider keine Gegenliebe gefunden. Und doch bleibt, wenn der Reichszuschuß geringer werden soll, nichts übrig als eine Verringerung der militärischen Ausgaben. Seit Jahr und Tag macht dabei die Regierung kein Hehl daraus, daß gegenüber einem ernsthaften Angriff Chinas und Japans Kiautschou unumgänglich zu halten ist! Man sagt, es müsse gehalten werden wegen der ungeordneten Verhältnisse in China. Doch dem gegenüber ist darauf hinzuweisen, daß die chinesische Regierung sich ernstlich bemüht, Ordnung im Lande zu schaffen, und daß die militärische Reorganisation Chinas schnelle Fortschritte macht. Moralische Eroberungen in China können wir gar nicht besser machen, als indem wir

möglichst rasch die militärische Besatzung von Kiautschou zurückziehen!

Der Staatssekretär sagte, die Chinesen nehmen keinen Anstoß an dieser Besatzung. Aber der Vorerkrankung hat uns doch etwas anderes gelehrt. (Sehr wahr! bei den Soziald.) Und selbst wenn breite Kreise in China einsehen, daß ihre Kultur durch die deutsche Kultur in Kiautschou gefördert wird, so ist es verständlich, daß sie es sich gern gefallen lassen und keinen Widerspruch erheben, wenn zum Beispiel auf Kosten der deutschen Steuerzahler eine Hochschule gebaut wird. Aber sie würden das säuerlich beschmecken, wenn sie wüßten, daß bei uns zu Lande in vielen Bezirken das größte Schulerend besteht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch entbehrt es nicht einer gewissen Komik, daß wir in China eine Hochschule bauen in dem Augenblick, in welchem hier von vielen bürgerlichen Politikern höchst widerwillig die Währungsreform verlangt werden, die Ausländer aus den Hörsälen unserer Hochschulen zu entfernen, weil von diesem Versuch wirtschaftliche Nachteile befürchtet werden! Wie gesagt, ich bezweifle nicht, daß die Chinesen sich solche Vorteile sehr gern gefallen lassen, Dankbarkeit aber werden sie uns nicht erweisen, denn Dankbarkeit ist eine Tugend, die in der Politik nur höchst selten geübt wird.

Man spricht von den recht herzlichen amtlichen Beziehungen zwischen Deutschland und China. Was davon zu halten ist, ist von Kennern der Chinesen wiederholt auseinandergesetzt. Die Hauptsache ist doch, daß

in den Volkskreisen in Schantung eine deutschfeindliche Stimmung herrscht. Und das kann ja auch gar nicht anders sein. Sobald so etwas wie das nationale Empfinden in China sich regt, müssen die Chinesen die deutsche Festsitzung in Kiautschou als einen Pfahl im Fleische empfinden, den sie loszuwerden wünschen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn hier fortgesetzt von den Zukunftshoffnungen für Kiautschou geredet wird, so sollte man doch auch ernsthaft erwägen, wie sie sich beim Erwachen und Erstarren des chinesischen Nationalgefühls und der militärischen Macht Chinas gestalten werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Bei all den schönen Erörterungen habe ich die Erwägung vernünftigt, wie wir es anfangen sollen, uns in Kiautschou zurückwärts zu konzentrieren, damit wir

nicht abwarten, bis wir hinausgeworfen werden!

Wir Sozialdemokraten haben von Anfang an gegen die Festsitzung in Kiautschou gekämpft, und wir werden daher auch in diesem Jahre Mittel für diese Festsitzung verweigern. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Hg. Dr. Goerde (natl.) erklärt sich bereit, die ihm angebotene Sendung nach Kiautschou zu übernehmen. Ob er die Kenntnisse im Reichstage werde verwerten können, hänge ja von seiner Wieder-

wahl ab, aber so sicher, wie Koste das hinstellt, sei seine Nichtwiederwahl doch nicht. (Beifall bei den Nationalliberalen.) Hg. Naden (Z.) schließt sich den Ausführungen Dr. Waasches über die unrentable und kostspielige Verwaltungsweise an, die durch den Staatssekretär keineswegs widerlegt worden sei. Im übrigen sei dem Reichsmarineamt der Dank dafür auszusprechen, daß es in Ostasien eine Stätte deutscher Kultur geschaffen habe. (Lebhafte Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär v. Tirpitz verspricht, nach Möglichkeit den Wünschen des Vorredners entgegenzukommen. Der Bureaokratismus habe seinen eifrigeren Gegner als das — Reichsmarineamt. Hiermit schließt die Diskussion. Der Etat für Kiautschou wird mit den Streichungen der Kommission bewilligt.

Angenommen werden die Resolutionen der Kommission auf Aufstellung einheitlicher Grundzüge für die Unterhaltung der Gebäude unter Berücksichtigung möglicher Sparsamkeit und auf Verminderung der Zahl der Sanitätsbeamten unter Ansetzung entsprechender Zuschüsse für Privatärzte.

Damit ist die Beratung des Etats für Kiautschou beendet. An Stelle des zweiten Vizepräsidenten, Prinz Hohenlohe, übernimmt um 8 Uhr den Vorsitz

Präsident Graf Schwerin-Löwig: Wir kommen jetzt zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Zweite Beratung des Postetats. (Laute Vertagungsrufe auf verschiedenen Seiten des Hauses.)

Präsident Graf Schwerin: Ich bitte von einer Vertagung absehen zu wollen. (Lebhafte Bravo! im Zentrum.)

Hg. Kämpf (fortsch. Sp.) bleibt zunächst unverständlich, trägt dann Lokal- und Spezialschmerzen vor und tritt, wie alljährlich, für Abschaffung des Vespertours ein.

Hg. Latmann (Bischof. Sp.) wünscht engere Fühlung der Post mit dem praktischen Leben.

Staatssekretär Kraetzke: Die Postverwaltung kann nicht Arbeiter beschäftigen über ihre Mittel hinaus; deshalb waren die hier beklagten Arbeiterentlassungen notwendig. In bezug auf den kaufmännischen Geist können wir es nie recht machen; ob wir es so oder so machen, Krügel bekommen wir stets. (Heiterkeit.)

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag, 1 Uhr.

Schluß: 1/8 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

37. Sitzung, Mittwoch, den 9. März 1910, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerische: Sydow.

Auf der Tagesordnung steht die Eingemeindungsvorlage für Spandau, die in dritter Lesung debattiert angenommen wird.

Es folgt die Fortsetzung der Spezialberatung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung.

Beim Kapitel „Gewerbliches Unterrichtswesen“ tritt

Hg. Thurm (fortsch. Sp.) für die Förderung der Sorauer Weberkühle und der Flachindustrie auf dem Lande ein.

Ministerialdirektor Reuß hat es für zweifelhaft, ob bei den heutigen Löhnen der Arbeiterverhältnisse die Flachindustrie auf dem Lande noch rentabel gehalten werden könnte.

Hg. Richter (Z.) tritt für die Interessen der schlesischen Hausweberei ein.

Ministerialdirektor Reuß: Die Regierung tut alles, um den schlesischen Hausweberei zu helfen. Es ist aber sehr schwer, mit künstlichen Mitteln eine aussterbende Wirtschaftsform zu erhalten.

Hg. Dr. Müller-Berlin (fortsch. Sp.): Unsere Flachindustrie wandert allmählich ins Ausland. Nur durch eine großzügige Wirtschaftspolitik können wir dem steuern.

Die Abgg. Frhr. v. Redlich (natl.), Dr. Schröder-Kassel (natl.) und Dr. Pieper (Z.) regen eine Erhöhung des Zuschusses für die Zentralfabrik für Volkswohlfahrt an.

Handelsminister Sydow: Die Zentralfabrik für Volkswohlfahrt ist kein Verein zur theoretischen Erforschung von Volkswirtschafts-problemen, sondern verfolgt eminent praktische Ziele. So hat sie uns in der Arbeiterwohnungsfrage, bei der Jugendfürsorge, bei den Haushaltungsschulen und bei vielen anderen wichtigen Fragen wertvolle Dienste geleistet. Ich bin für eine materielle Förderung der Zentrale durchaus eingenommen, erkenne auch eine gewisse moralische Verpflichtung dazu an. Soweit es nötig und im Rahmen unserer Finanzen möglich ist, werden wir die Zentralfabrik unterstützen.

Hg. Dr. Hasse (Z.) regt Untersuchungen über die Wirkung des Alkohols auf die menschliche Gesundheit an.

Hg. Dr. Müller-Berlin (fortsch. Sp.): Mit einer Ueber-spannung der Antialkoholbewegung ist der Volksernährung und der Volksgesundheit nicht gedient. Die Alkoholfrage wird nur gelöst werden können, wenn ein Ersatzmittel für den Alkohol gefunden ist.

Für die Förderung und Unterstützung der nicht gewerbmäßigen Arbeitsvermittlung und der gewerbmäßigen Rechtsauskunftsstellen werden 65 000 R. ausgeworfen.

Hg. Dr. Fleck (fortsch. Sp.): Auf die nicht gewerbmäßige Arbeitsvermittlung entfallen nur 10 000 R. Das ist nach unserer Meinung viel zu wenig angesichts der großen Bedeutung, die die Frage der Arbeitsvermittlung für unser Wirtschaftsleben hat. (Beifall links.)

Hg. Leinert (Soz.):

Zunächst einmal wird nicht gesagt, für welche Arbeitsvermittlung diese 10 000 R. ausgegeben werden. Wir stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß nur solche Arbeitsvermittlungsinstitutionen unterstützt werden dürfen, die auf paritätischer Grundlage aufgebaut sind. Der Arbeitsnachweis ist eine öffentliche Angelegenheit geworden, die nicht mehr nach politischen Gesichtspunkten, auch nicht mehr nach dem Gesichtspunkt der „Fürsorge“ oder der „Wohlfahrt“ betrachtet werden kann. Die Arbeitsnachweise müssen unter der Mitwirkung von Arbeitern und Arbeitgebern unbedingt staatsförmlich gefördert werden. Die Summe von 10 000 R. ist geradezu lächerlich gering. Der preussische Staat sollte sich schämen, mit einem solchen geringen Betrage anzukommen. Das Geld, das hierfür aufgewendet wird, ist gut angelegt und kann viel gerechtes Menschenglück verhüten. Wir können die Staatsregierung nur bitten, diese Summe zu erhöhen und sich der ganzen Frage warm anzunehmen.

Es ist ausgerechnet worden, daß im Reich jährlich 300 Millionen Mark für Armenzwecke ausgegeben werden. Würde man den 50. Teil davon benutzen, um die Arbeitsnachweise anzugehen, so würde man großen Segen stiften können. Mit einem gut organisierten Arbeitsnachweis könnte man die Arbeiter dahin dirigieren, wo sie ihren Fähigkeiten und Wünschen entsprechend beschäftigt werden. Der heutige Arbeitsnachweis mit den Wanderarbeitsstätten ist ein elendes Nichts, und die dafür ausgegebene Summe steht in gar keinem Verhältnis zu den Vorteilen, die mit ihm erreicht worden sind. In diesen Wanderarbeitsstätten werden die Arbeiter mit Arbeiten beschäftigt, für die sie sich meist gar nicht eignen, so z. B. mit Steinlempfen, und sie erhalten dafür das Recht, in diesen Stätten eine Nacht zu schlafen! Dann müssen sie wieder fort! Das ist natürlich keine Erziehung zur Arbeit, sondern es ist geradezu die Beseitigung des Arbeitstriebs! Man kann es den Leuten nicht verdenken, wenn sie diesen Arbeitsstätten direkt aus dem Wege gehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich selber bin auf meinen Wanderungen diesen Wanderarbeitsstätten immer aus dem Wege gegangen, da es mir nicht paßte, einen halben Tag Steine zu klopfen und dann wieder fort zu müssen. Diese Wanderarbeitsstätten stellen

eine unerschämte Ausbeutung der Arbeitlosen dar, da, wo der Arbeitsnachweis von Kommunalbehörden mit

Liebe gepflegt wird, greift häufig störend die Polizei ein. Was bleibt für einen Arbeiter, der seine Arbeit finden kann, weiter übrig als zu betteln. So sehen wir als Folge des heutigen Systems eine Zunahme der Landstreicherei und Vagabondage. Die Arbeiter kommen ins Arbeitshaus, ins Gefängnis und schließlich ins Armenhaus. Auch hier kann man sagen: Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt ihr ihn der Pein!

Der Minister hat schon in der Kommission gesagt, er könne die vom Verband deutscher Arbeitsnachweise geforderte Unterstützung in Höhe von 250 000 Mark angesichts der schlechten Finanzlage nicht zur Verfügung stellen. Gestern Abend hat der Minister seine Worte gesagt über das Bestreben, unserer Jugend wieder Lebensfreude zu verschaffen. Wir stellen uns für derartige Zwecke gern zur Verfügung, und bei unseren Jugendorganisationen wird der Minister gleichfalls Unterstützung finden. Aber dieses ganze Werk wird vernichtet, wenn man den erwachsenen Arbeitern nicht die Möglichkeit gibt, sich diese Lebensfreude zu bewahren. 300 000 R. werden für die Rüstung von Polizeihelmen ausgegeben und lumpige 10 000 R. für dieses große Kulturwerk! Dazu kommt, daß man auch diese Einrichtungen lediglich nach dem Grundsatz gestaltet: gegen die Sozialdemokratie! Viel richtiger wäre es, wenn Sie mit der Sozialdemokratie und den Arbeiterorganisationen zusammenarbeiten würden, um das Volk auf die sonnenige Höhe des Menschenglücks emporzuheben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Rechtsauskunftsstellen der Städte

sind meist Winkelbureaus geblieben, die keine Beachtung gefunden haben. Dagegen weisen

Die Arbeitersekretariate der Gewerkschaften

einen starken Besuch auf. In 157 Arbeitersekretariaten sind an 488 000 Besuchern 551 000 Auskünfte erteilt worden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine halbe Million gibt die Arbeiterklasse für diese Arbeitersekretariate aus, und in Sant, Koburg und Gotha werden sie auch schon behördlich anerkannt! Sie sollten sich doch selbst sagen, daß mit solchen Einrichtungen, wie sie die königliche Staatsregierung unterstützt, nicht aufkommen ist gegen die Einrichtungen, die die Arbeitersekretariate dafür bereits getroffen haben. Es ist traurig, daß in Preußen nicht ein einziger Pfennig den Arbeitersekretariaten für diese Zwecke zur Verfügung gestellt wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was Sie hier auswerfen, ist

weggeworfenes Geld.

Ich kenne diese Rechtsauskunftsstellen. Die Leute gehen zu der Rechtsauskunftsstelle der Stadt, aber die Beamten sind mit den Dingen nicht vertraut. Die Leute kommen dann zu den Arbeitersekretariaten und fragen, ob das richtig ist, was sie erfahren haben. Neue versuchen oft sogar, die Arbeiter zu einem für sie ungünstigen Vergleich mit dem Arbeitgeber zu bewegen. Der Arbeiter geht dadurch eines Teils seines Rechtes verlustig. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Solche Einrichtungen können nicht dazu führen, daß der Arbeiter zu ihnen Vertrauen gewinnt. Werfen Sie doch die Scheuklappen ab! Sie kämpfen gegen Wimmelschlagel, wenn Sie glauben, daß Sie die Sozialdemokratie durch Unterstützung solcher Einrichtungen bekämpfen können. Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie soll mit seinen Rechtsauskunftsstellen sogar vorzügliche Erfolge erzielt haben! Diese „Erfolge“ sind Phantastiegebilde. Was der Reichsverband mit seinen Winkeladulanten erreicht, habe ich in Linden gesehen. Dort hat er einen Laden gemietet, der war aber meist zu! Kam jemand, der eine Auskunft wollte und erhielt er diese auch einmal, so wurde er erluchtet, noch einmal wiederzukommen, weil es möglich sei, daß das nicht stimmt, was ihm gesagt worden war! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das hier ausgeworfene Geld sollte nutzbringender angewandt werden, und das würde am besten bei unseren Arbeitersekretariaten geschehen. Solche Einrichtungen, wie sie der Staat und der Reichsverband unterstützt, werden Schiffsbruch leiden in dem Augenblick, wo man mit ihnen die Sozialdemokratie bekämpfen will. Die Arbeitersekretariate und die Gewerkschaften haben ihre Erfolge ohne Staatshilfe erreicht. Glauben Sie nicht, daß durch die Staatseinrichtungen die Gewerkschaftseinrichtungen aufgehoben werden. Hat nicht die Staatsregierung vorgeschlagen, daß diese Gewerkschaftsorganisationen sogar mit Rechtsfähigkeit ausgestattet werden? Und hier will die preussische Regierung den Gewerkschaften mit solchen Winkeladulanten entgegen treten! Geben Sie Ihren Kampf auf! Werken Sie das Geld nicht unnütz weg, sondern geben Sie es den Arbeitersekretariaten, wo es nutzbringender verwendet werden kann. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die 65 000 R. werden bewilligt. Desgleichen der Rest des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung.

Es folgt die

zweite Lesung des Baucetats.

Hg. Loy (natl.) verlangt eine Unterstützung der ostpreussischen Küstenschiffer, die unter der holländischen Konkurrenz schwer zu leiden hätten.

Nach weiterer Debatte werden die Einnahmen bewilligt. Das Haus vertagt sich auf Freitag 11 Uhr.

Zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage.

Parlamentarisches.

Die und Steuern. — Gosin. — Auswärtiges Amt. — Die Rannemannaffäre.

Die Budgetkommission des Reichstages erledigte am Mittwoch zunächst den Etat des Reichsschatzamtes. Beim Titel „Zölle, Steuern und Gebühren“ gab Staatssekretär Bermuth eine Uebersicht über die Entwicklung der finanziellen Verhältnisse auf Grund der Rechnungsbücher. Danach betragen die Mehrausgaben neun Millionen Mark, die Minderausgaben 24 Millionen Mark, so daß sich der Etat um rund 15 Millionen Mark verbessert. Außerdem werden noch den für die ersten neun Monate des Etatsjahres gemachten Berechnungen die folgenden Posten mehr eintreffen als angenommen worden war:

Table with 2 columns: Item and Amount. Items include Zölle (8 374 000), Tabaksteuer (798 000), Zigarettensteuer (2 000), Jüdersteuer (7 887 000), Salzsteuer (794 000), Leuchtmittelsteuer (1 800 000), Zinswarensteuer (Einkaufszölle) (900 000), Brausteuer und Uebergangsgabgabe (5 784 000), Spielartenstempel (84 000), Wertpapiersteuer (10 910 000), Zinsbogensteuern, Kaufgeschäfte (9 910 000), Lottereeinnahmen (2 086 000), Automatensteuer (882 000), Lantiensteuer (1 270 000), Grundstücksübertragungssteuer (4 000 000), Erbschaftsteuer (9 000 000), Statistische Gebühr (71 000), Mehrüberschuß der Reichseisenbahnen (1 511 000), Verschiedene Verwaltungseinnahmen (7 025 000), Zum Ausgleich der nicht allen Bundesstaaten gemeinsamen Steuer (2 858 000).

Die Mindereinnahmen werden demgegenüber betragen bei der Brennsteuer (2 238 000), Schaumweinsteuer (38 000), Beschleusstempelsteuer (600 000), Frachtkunde (890 000), Schenksteuer (1 000 000), Winderüberschuß der Post (1 600 000), Winderüberschuß der Reichsdruckerei (1 000 000), Anteil am Reingewinn der Reichsbank (18 195 000), Banknotensteuer (215 000), Zum Ausgleich (278 000).

Da nun zur Volanzierung des Staats 230 Millionen Mark von vornherein fehlen, so verbleibt — alles gegeneinander abgezogen — für 1909 noch ein Fehlbetrag von 175 Millionen Mark.

Bei der Besprechung wurde Klage darüber geführt, daß die Schodsteuer vielfach ungenau wird. Desgleichen beschwerten sich mehrere Mitglieder der Kommission über die rüchichtslose Behandlung, welche die kleineren Abfindungsbrennereien von den Steuerbehörden erfahren.

Eine Anfrage, ob bei der

Cosinfärbung der Gerste

fiß für die damit gefütterten Schweine nachteilige Folgen einseitig hätten. Beantwortete Staatssekretär Weermuth dahin, daß die Regierung verschiedene Gesetze erlassen und auch ein Gutachten vom Reichsgesundheitsamt eingeholt habe. Danach beständen nicht die geringsten Bedenken, daß die Färbung Nachteile irgend welcher Art im Gefolge habe!

Kunnehr erschien Herr v. Schön mit seinen zahlreichen Beamten auf der Bildfläche, um sich wegen ungenügender Wahrung der deutschen Interessen in Marokko zu verantworten. Ueber

die Mannesmann-Affäre

führte der Staatssekretär aus:

Man habe der Regierung den schweren Vorwurf gemacht, daß sie aus Schwäche dem Ausland gegenüber die Interessen Deutschlands in Marokko preisgegeben habe. Aber das sei eine völlig ungerechte Beschuldigung. Die Regierung habe in der Marokko-Affäre so gehandelt, wie es das deutsche Interesse erheische. Aber sie habe nicht alle Wünsche einzelner Deutscher erfüllen können, weil deren Ansprüche manchmal der Rechtsgrundlage entbehrten hätten. Auch wegen der Veröffentlichung des Weißbuchs, das die Regierung herausgegeben habe, um die durch die Angriffe aufregte öffentliche Meinung zu beruhigen, seien ihr Vorwürfe gemacht worden. Demgegenüber wolle er konstatieren, daß in dem Weißbuch nichts sei, was den fremden Mächten nicht schon vorher bekannt gewesen sei. Es sei ferner falsch, daß Deutschland auf Frankreich einen Druck hätte ausüben können, dem ganz abgesehen davon, daß die Mannesmannschen Ansprüche einen monopolartigen Charakter trugen und daher nicht in dem gewünschten Umfange vertreten werden konnten, seien an der Vergebung der Mineralkonzessionen außer Frankreich auch noch England, Spanien, Portugal und andere Staaten interessiert. Deutschland würde die gesamten Mächte gegen sich gehabt und seine Forderung nicht haben durchsetzen können und der Vorwurf, gegenüber der Aspetrasaffäre treulos gehandelt zu haben, wäre uns nicht erspart geblieben.

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt machte noch weitere Mitteilungen, die aber zumeist für vertraulich erklärt wurden.

Donnerstag kommen die Parteien zum Wort. . . .

Stellenvermittlergesetz.

Die Reichstagskommission, die sich mit dem Stellenvermittlergesetz zu beschäftigen hat, verhandelte am Mittwoch über mehrere Anträge zu § 8. Unsere Parteigenossen beantragten folgenden besonderen Ablass:

„Der Stellenvermittler darf die Stellensuchenden nicht verpflichten oder dazu anhalten, aus seinem oder einem von ihm bezeichneten Gewerbebetriebe oder Handelsgeschäfte Waren zu entnehmen.“

Begründet wurde der Antrag von den Genossen Schmidt und Hildenbrand mit dem Hinweis darauf, daß vielfach Stellenvermittler entweder selbst ein Geschäft treiben oder mit Geschäftleuten in Verbindung stehen, von denen der Stellensuchende zu erheblichen erhöhten Preisen Waren entnehmen muß. Besonders leiden darunter die Angehörigen des Gastwirtsstandes und die Seeleute. Der Antrag wurde fast einstimmig angenommen. Nur einige Konservative stimmten dagegen.

Sodann wurde der folgende Antrag Trimborn (3.), dem auch unsere Genossen zustimmten, angenommen:

„Wer das Gewerbe eines Stellenvermittlers betreibt, darf diese Tätigkeit nicht zu Anpreisungen für andere, eigene oder fremde Gewerbebetriebe benützen.“

Der Zweck des Antrags ist, die Reklameunternehmungen zu treffen, die unter der Flagge von Fachschulen mit schwindelhafter Anpreisung die Vermittlung einer gut bezahlten Stellung dem Schüler in Aussicht stellen. Die Hauptsache bei all diesen Unternehmungen ist es natürlich, daß die Stellensuchenden die hohe Gebühr für den Unternehmer solcher Einrichtungen bezahlen. Wegen diesen Antrag hatten sich besonders die Freisinnigen und Konservativen gewandt.

Es wurde ferner ein Antrag Pfeifer (3.) angenommen, der folgenden Wortlaut hat:

„Der Stellenvermittler darf zu dem Arbeitgeber in keinem Dienst- oder Abhängigkeitsverhältnis stehen.“

§ 4 behandelt die Gebühren. Die Vorlage will den Landeszentralbehörden die Vollmacht erteilen, über die Höhe der Gebühren eine Verordnung zu erlassen. Unsere Genossen beantragten, daß die Gebührensatzung nicht in das Belieben der Behörden gestellt sein soll, sondern daß die Gebühren von den Landeszentralbehörden festgesetzt werden müssen. In der gleichen Richtung bewegte sich ein Antrag des Zentrums und des Abg. Burdhardt (Wirtsch. Vg.). Diesen Anträgen wird seitens der Freisinnigen und der Konservativen widersprochen, und schließlich gelangt gegen die Stimmen der Freisinnigen und Konservativen der Abt. 1 des § 4 in folgender Fassung zur Annahme:

„Für die den Stellenvermittlern zukommenden Gebühren werden von der Landeszentralbehörde oder den von ihr bezeichneten Behörden nach Anhörung des Trägers des öffentlichen Arbeitsnachweises, der Vertreter der Stellenvermittler, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Taxen festgesetzt.“

Zum zweiten Abss des § 4 beantragten unsere Genossen: „Die Stellenvermittlung muß für den Stellensuchenden unentgeltlich sein.“ Dagegen erklärten sich alle übrigen Parteien mit Ausnahme des Abg. Burdhardt (Wirtsch. Vg.).

Ein Centralantrag unserer Genossen will, daß dem Stellensuchenden keine höhere Gebühr als dem Unternehmer abgenommen werden darf. Den gleichen Zweck verfolgt ein Antrag des Zentrums. Die Debatte dreht sich hier besonders um die Zustände in den Theateragenturen. Genosse Schmidt weist darauf hin, daß die Schauspieler, Künstler und Varietékünstler in der Regel 5 Proz. ihrer Gage, oft aber auch mehr während der ganzen Dauer des Vertrages an die Agenten bezahlen müssen. Mit der Teilung der Gebühren würden die Direktoren selbst ein Interesse daran haben, daß diese Ansprüche der Agenten herabgesetzt werden, und daß das Engagement überzähligen Personals unterbleibt.

Der Abg. Pfeifer (3.) schließt sich dem an, die Konservativen aber befürchten, daß ihre Landarbeiter und Diensthöfen ihnen noch häufiger fortlaufen als bisher, wenn die Vermittler keine Gebühren für die Stellenvermittlung bezahlen. Auch die Freisinnigen Müller-Herold, Wang und Pfundner wollen von einer Teilung der Gebühren zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nichts wissen. Da auch die Regierungsvertreter Bedenken erheben, so soll versucht werden, eine Haftung des Paragrafen vorzuschreiben, der auch den Fall berücksichtigt, daß ein Stellenvermittler keine Gebühr vom Unternehmer erheben kann, weil er mit ihm nicht in Verbindung getreten ist, während er dem Suchenden etwa auf ein Inserat hin die Stellung nachweist, womit er also von dem Suchenden allein eine Gebühr zu erheben hätte. Die Entscheidung dieser Frage wird bis zur nächsten Sitzung (16. März) vertagt.

Unsere Genossen haben zur Gebührenregelung noch folgende Anträge gestellt:

„Die Gebühr für die Stellenvermittlung darf für den Stellensuchenden den Betrag nicht übersteigen, den der Arbeitgeber zu entrichten hat.“

Der Anspruch des Stellenvermittlers auf die vom Stellensuchenden zu zahlende Gebühr erlischt, wenn der Arbeitgeber

nach Abschluß des Vertrages den Eintritt in den Dienst dem Stellensuchenden verweigert oder der Stellensuchende aus einem wichtigen Grund den Dienst nicht antritt oder der Dienstvertrag innerhalb vier Wochen nach Beginn der Dienstzeit gelöst wird, weil sich herausstellt, daß den zur Dienstleistung Verpflichteten über die ihnen geforderte Dienstleistung und Entlohnung unwahre Angaben gemacht wurden.

Der Stellenvermittler darf die Gebühr erst dann erheben, wenn der Dienstverpflichtete den Dienst angetreten hat.“

Jugendbewegung.

„Arbeiter-Jugend“

Aus der soeben erschienenen Nr. 6 der „Arbeiter-Jugend“ heben wir hervor:

Aus den Zeiten der preussischen Märzrevolution. (Mit Illustrationen.) Der Lohn geistiger Arbeit. Von Gustav Ostheim. — Die Entwicklung zum Sozialismus. (Schluß). — Aus meiner Kindheit. Von Otto Krille. — Die Jugendbewegung in Köln und in Hannover. — Im Kampf um die arbeitende Jugend in Deutsch-böhmen. Von Heinrich Wisslitz in Kassel. — Zur wirtschaftlichen Lage der Arbeiterjugend. — Des Seelings Lebenschronik.

Veilage: Wallen. Erzählung. — Fremdwörter. (Schluß.) Von Rudolf Franz. — Der Döblenmensch der Urzeit. Von Hannas Lewin. (Illustriert). — Ein Freiheitsschüler (Heinrich Feine). Von Richard Wagner. (Mit Bild.). — Körperlicher Stolz. Von Gutta Plauenbröcher. — Das Fastnachtsfeuer. Skizze aus dem Oberbairischen. Von R. Schulte.

Gerichts-Zeitung.

Papierdiebstahl?

Rechtsanwalt Dr. Eugen Reizbach war vom Schöffengericht wegen vermeintlichen Diebstahls von Schreibpapier zu einem Tage Gefängnis verurteilt worden. Gestern hatte die Berufungsinstanz unter Vorsitz des Vch. Justizrats Quast dies 8. Strafkammer des Landgerichts I sich mit der Sache zu befassen.

Rechtsanwalt Dr. Reizbach, der früher Amtsrichter und Bürgermeister war, wurde beschuldigt, sich größere Quantitäten von dem in dem Rechtsanwaltszimmer in dem Landgericht III am Tegeler Weg liegenden Schreibpapier angeeignet und in seinem Büro verwendet zu haben. In der ersten Verhandlung vor dem Schöffengericht wurde festgestellt, daß W., der ein Kartell von circa 40 Rechtsanwälten am Landgericht III vertritt, sich tatsächlich geringe Quantitäten von Papierbogen angeeignet und für Notizen an die von ihm vertretenen Anwälte verwendet hatte. Das Schöffengericht erließ hierin eine rechtswidrige Anweisung und erkannte auf die niedrigste gesetzlich zulässige Strafe von einem Tage Gefängnis. Gegen dieses Urteil legte Justizrat Bronker im Auftrage des Angeklagten Berufung ein. In der geistigen Verhandlung beantragte der Staatsanwalt die Verurteilung zu verwerfen, während der Verteidiger die Freisprechung für unbedingt geboten hielt, da von einer rechtswidrigen Zueignungsabsicht nicht im entferntesten die Rede sein könne. Das Gericht erkannte auch auf Freisprechung, und zwar — wie der Vorstehende ausführte — nicht mangels Beweises, sondern weil sich die völlige Unschuld des Angeklagten ergeben habe.

Beurteilter Rechtsanwalt.

Vom Landgericht I in Berlin ist, wie unseren Lesern erinnern sich, am 8. Oktober v. J. der frühere Rechtsanwalt und Notar Georg Rezierer wegen Diebstahls zum Betrag von 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Strafe wurde durch die Untersuchungsinstanz für verhängt erklärt. Er war mit Alfons Röhl bekannt, dem leichtlebigen Sohne eines sehr reichen Geschäftsmannes. Obwohl Alfons Röhl von der Vertretung der beiden Firmen, an denen sein Vater beteiligt war, ausgeschlossen war, brachte er doch Wechsel mit dem Namen der Firmen eigenmächtig in Verkehr. Dabei war ihm Rezierer behilflich. Beide Röhl sind tot. Die beiden Firmen sowie Alfons Röhl und Rezierer sind vertrieben. Rezierer will in gutem Glauben gehandelt und nicht gewußt haben, daß er dazu helfe, die beiden Firmen zu schädigen. — Seine Revision wurde jetzt vom Reichsgericht verworfen.

Wegen Majestätsbeleidigung

sowie wegen Beleidigung des Fürsten v. Bley und des Landrats v. Jellib hatte sich am 14. Dezember v. J. vor der Strafkammer in Waldenburg der Arbeitersekretär Nikolaus Osterroth zu verantworten. Er hatte in Neuhendorf einen Vortrag über die neuen Steuern gehalten und soll dabei von der allerhöchsten Kasse gesprochen haben, die überall in der auswärtigen Politik dabei sein müsse. Das ist allerdings erwiesen. Aber der Angeklagte hatte dabei nach Ansicht der Strafkammer nicht die Absicht der Beleidigung; er wog in seinem Vortrage die Worte nicht so genau ab. Weiter sprach er davon, daß die Bley und Jellib von Raubrittern abstammen. In der Fiktion dieser Tatsache liegt aber nach Ansicht der Strafkammer keine Beleidigung. Der Angeklagte wurde deshalb freigesprochen. — Die Revision des Staatsanwalts wurde am Dienstag vom Reichsgericht verworfen.

Der Raubfall auf den Kaufmann Artur Silbermann, der am 18. August v. J. in dem Bankgeschäft seines Vaters, Friedrichstr. 153a, überfallen wurde, beschäftigt gestern das Schwurgericht des Landgerichts Berlin I. Die auf verurteilten Raub bezw. Anstiftung lautende Anklage richtet sich gegen den Koch Franz Wedzidi, Heizer Otto Blum, Kellner Friedrich Thimm und Kellner Artur Powalla. Reizter soll der Anstifter zu dem Verbrechen sein. Den Vorsitz im Gerichtshof führt Landgerichtsrat Rohmann, die Anklage vertritt Staatsanwalt Kay, als Verteidiger sind anwesend die Rechtsanwälte Sonnensfeld (für Wedzidi), Dr. Walschauer (für Blum), Dr. Werthauer (für Thimm), Edmund Ballien und Dr. Jaffe (für Powalla).

Am 18. August v. J. befand sich der 35jährige Artur Silbermann in dem Bankgeschäft seines Vaters in der Friedrichstr. 153a morgens nach Eröffnung des Geschäfts allein in diesem und war damit beschäftigt, verschiedene Geldarten im Schaufenster auszuliegen. Da trat Wedzidi in den Laden und verlangte für 100 M. französisches Geld. In dem Augenblick, als der junge Silbermann sich über den Ladentisch beugte, um den Betrag auszurechnen, erhielt er von Wedzidi mit einem Brecheisen einen Schlag über den Kopf, so daß ihm der Anker von der Nase fiel. Der Ueberfallene hatte zunächst ganz ruhig mit dem W. verhandelt. Dieser schien zunächst keinen Mut zu haben, das Verbrechen auszuführen, er führte aber schließlich doch den Schlag aus, nachdem Blum in den Laden getreten war und ihm einen leisen Stoß mit dem Spazierstock als Aufmunterung zu Tat gegeben hatte. Artur Silbermann behielt nach dem Mientat seine Besinnung und verfolgte die gefährlichen Vorfälle und ihre draußen harrenden Komplizen, die aber im Gewühl der Strafe zunächst verschwanden. Dies der Tatbestand. Die Angeklagten stehen im Alter von 19 und 20 Jahren. Der älteste ist Powalla. Wedzidi ist einmal wegen Diebstahls mit 6 Wochen Gefängnis vorbestraft, Blum ist wiederholt bestraft. Nach den Befundungen des völlig geständigen Wedzidi ist der Plan zu dem räuberischen Anschlag von langer Hand vorbereitet gewesen. Er ist von Powalla angeregt worden. Dieser war als Kellner zusammen mit Wedzidi in einem Restaurant in Glienide tätig und hat ihm erzählt, daß er einen Einbruch bei Silbermann plane, wobei sehr viel Geld zu holen sei. Er wußte nach und nach den Wedzidi für das geplante Verbrechen zu interessieren, dieser kam schließlich ganz unter den Einfluß des Powalla und als er seinem Freunde Thimm davon erzählte, war auch dieser gleich bereit, an dem Verbrechen teilzunehmen. Thimm sowohl wie Wedzidi haben homosexuelle Neigungen. Thimm regte bei den verschiedenen Vorbereitungen zunächst an, von dem Einbruch abzusehen und mit einem Revolver in den Laden zu dringen und den dort Anwesenden niederzuschlagen. Man sah aber schließlich davon ab und kam nach mehreren Beratungen dahin überein,

daß der Ueberfall mittels eines Brecheisens durch Wedzidi stattfinden sollte. Inzwischen hatte Powalla, der den dringenden Rat gegeben hatte, den Silbermann so wichtig zu schlagen, daß er möglichst lange liegen bleibe, den ihm bekannten Blum als Teilnehmer gewonnen. Nach dem endgültig festgestellten Plane sollte Thimm während der Ausführung der Tat vor der Tür Schmiere stehen und bei Annäherung eines Dritten diesen um Feuer bitten und dadurch aufhalten. Das im Geldschrank und im Schaufenster befindliche Geld sollte geraubt und die fremden Geldsorten von Powalla außerhalb Berlins umgetauscht werden. Am Abend vor der Tat kamen die Angeklagten in Thimm's Wohnung zusammen, kniepten in verschiedenen Lokalen und bereiteten sich schließlich zu dem Verbrechen vor, indem sie sich in Thimm's Wohnung zurückzogen und dort ihre Kleider mit anderen vertauschten. Nach dem mißglückten Tat sind die fliehenden Verbrecher glücklich wieder in Thimm's Wohnung gelangt und haben dort wiederum ihre Kleider gewechselt. Sie sind aber trotz dieser Vorsichtsmaßregel doch von ihrem Schicksal ereilt worden. Am Schluß der Vernehmung des Wedzidi wurde vorübergehend die Oeffentlichkeit ausgeschlossen, da es notwendig war, die Beziehungen Wedzidi's zu Thimm und den etwaigen bestimmenden Einfluß, den dieser auf W. hatte, näher zu erörtern.

Der im allgemeinen gleichfalls geständige Blum behauptet, daß in dem Augenblick, als er in den Laden trat, Wedzidi zugeschlagen habe und bestreitet, ihm mit seinem Spazierstock ein Zeichen gegeben zu haben. Auch er will von Powalla zur Teilnahme bewegen worden sein, der versprochen habe, die 80 bis 100 000 M., die zu erbeuten wären, mit den übrigen zu teilen. Vor der Tat haben sich Wedzidi, Blum und Thimm in einem Lokal in der Georgenstraße durch einige große Sognals Mut zugegeben. — Angell. Thimm bestreitet, daß er homosexuellen Dingen nahestehe. Wedzidi wolle sich nur ausreden; gerade dieser ernähre sich seit langer Zeit auf diese Weise, trage Lackstühle und fortgesetzt neue Anzüge und verkehre mit perbers veranlagten Personen. Thimm will von dem ganzen Plan nichts gewußt haben und ganz unschuldig sein. Er leugnet jetzt im Widerspruch mit früheren Aussagen, daß er vor dem Silbermannschen Schaufenster gestanden und einen Mann um Feuer gebeten habe. Seine Angaben werden von Wedzidi und Blum als durchaus unwahr bezeichnet. — Auch Powalla bestreitet die Beschuldigungen der Anklage.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung bequeme sich der Angeklagte Thimm auf wiederholten Vorhalt dazu, wieder auf seine ursprünglichen Angaben zurückzugehen. Er bestreitet, Schmiere gestanden zu haben, gibt aber zu, gewußt zu haben, daß geplant war, bei Silbermann Münzen zu stehlen. — Powalla bestreitet mit allem Nachdruck, die Seele des verbrecherischen Planes gewesen zu sein. Was er von der Sache durch Wedzidi erfahren, habe er für Scherz gehalten. Tatsächlich habe W. die ganze Geschichte ausgehört und ihm gesagt, daß er die Pöpligkeiten in dem Silbermannschen Geschäft durch lange Beobachtungen ganz genau festgestellt habe. Powalla behauptet, daß er dem Wedzidi zwar seine Beteiligung an dem Raubzug zugegeben habe, dies sei aber nur „ironisch“ gemeint gewesen. Er habe, obgleich die anderen Angeklagten wiederholt auf ihn eintreten, mitzutun, sich an dem Verbrechen nicht beteiligt, habe nach wie vor die ganze Geschichte für einen Scherz Wedzidi's gehalten und sei am Tage der Tat nach Potsdam zum Antritt einer neuen Stelle gefahren.

Ueber den Geisteszustand des Angeklagten Wedzidi,

der im Untersuchungsgefängnis einen Selbstmordversuch gemacht hatte und in der Charité beobachtet worden ist, befindet der medizinische Sachverständige Dr. Forster, daß W. erheblich erblich belastet ist und seine Lebensführung viele krankhafte Züge aufweist. Es handle sich bei ihm um eine hysterische, hypochondrische Konstitution, der § 51 St. G. V. könne nicht in Anwendung kommen, doch sei W. nicht voll verantwortlich zu machen. — Dr. Oberdorfer geht weiter und ist der Ansicht, daß W. sich doch in einem Zustande der Geistesstörung befunden haben dürfte, die die freie Willensbestimmung ausschloß. — Medizinalrat Dr. Hoffmann schließt sich ganz dem Gutachten des Dr. Forster an, daß Wedzidi ein minderwertiger Mensch sei, dessen freie Willensbestimmung zwar eingengt, aber nicht im Sinne des § 51 ausgeschlossen sei. — Rechtsanwalt Dr. Jaffe legt dem Medizinalrat Dr. Hoffmann die Frage vor, ob nicht jede hysterische und psychopathische veranlagte Persönlichkeit den Wert beimeßen kann, daß sie als Beweis gegen einen anderen benutzt werden können. — Medizinalrat Dr. Hoffmann: Hysterische liegen häufig, sagen aber auch häufig die Wahrheit; es kommt auf den konkreten Fall an.

Kriminalkommissar v. Tressow befindet, daß der Angeklagte Wedzidi nach den Akten des Polizeipräsidiums in dem Verdadht gestanden hat, mit einem Kaufmann H. homosexuellen Verkehr gepflegt zu haben. Dieselben Angaben macht Kriminalkommissar Dr. Repp.

Es wird sodann der Kaufmann Artur Silbermann vernommen, gegen den sich der Ueberfall seinerzeit gerichtet hatte. Der Neuge befand folgendes: Der ihm unbekanntes Angeklagte Wedzidi habe von ihm die Einwickelung französischer Geldsorten verlangt. Während er sich über die Geldstücke beugte, habe er plötzlich einen Schlag über den Kopf erhalten, der aber nicht so schlimm gewesen sei. Er habe dann auf die Strafe flüchten wollen, sei aber von dem Angeklagten Blum, der inzwischen den Laden betreten hatte, daran gehindert worden. Er sei trotzdem aber auf die Strafe gelaufen und habe Hilfe gerufen, worauf dann die Angeklagten festgehalten worden seien.

Die weitere Beweisaufnahme zieht sich bis in die späten Nachmittagsstunden hin.

Eingegangene Druckschriften.

Handbuch für Frauenturnabteilungen. Von Dr. E. Reuendorf. 2. Aufl. — Der Begriff der Staatsbürgerlichen Erziehung. Von G. Reichensperger. 1. Aufl., geb. 1.40 M. — La France. Von G. R. Cochin. 2. Aufl. — Ueber die literarische Erziehung. Von E. S. Müller. 1. Aufl., geb. 2.20 M. — Grundfragen der Schulorganisation. Von G. Reichensperger. 2. Aufl., geb. 4.20 M. — Eigenart der Natur und Eigenart des Mondes. Von B. Volkman. 1. Aufl. Von B. G. Tendorf, Leipzig.

Allgemeine Pflanzenkunde. Von B. Wigula. Band 8. Naturwissenschaftlicher Begleiter. 1. Aufl., geb. 1.40 M. — Strecker u. Schröder, Stuttgart. Der Papst und die Abenteuer. Romäne von E. Ludwig. 3 Bde. — Ueber die Vertikalsicht. Von Animateur. 3 Bde. Leipzig u. Co., Berlin W. 15.

Gilfe! Ein Kind vom Himmel gefallen! Eine Tragikomödie von W. Schmidt. 2. Aufl., geb. 3 M. Fischer u. Co., Berlin W. 35. — Weisheit. Herausgegeben aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der Gesellschaft Frankfurt a. M. des Deutschen Buchhändler-Verbandes. 30 Seiten. Selbstverlag.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 8. 3.	am 7. 3.	Wasserstand	am 8. 3.	am 7. 3.
Remel, Mühl	464	-17	Saale, Großk.	188	-10
Regel, Insterburg	89	-19	Saale, Spandau	119	-3
Reichel, Thorn	228	-4	Rathenow	153	-1
Oder, Rathow	178	-7	Spreewald, Spremberg	80	-4
• Proffen	183	-5	Weser, Minden	146	-1
• Frankfurt	196	-2	• Minden	153	-13
• Sargum	82	-4	Rhein, Mühlentalsau	450	-10
• Landsberg	91	-1	• Rand	302	-17
• Barmen	28	-10	• Köln	373	-25
• Elbe, Lützen	61	-11	• Rade	115	-15
• Dresden	46	-12	• Rade, Weidrom	115	-15
• Rade	270	-19	• Rade, Weidrom	223	-10
• Radeburg	231	-17	• Rade, Weidrom	223	-10

+) bedeutet Hoch, —) bedeutet Tief.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen. **Öffnungszeiten:** wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr. **Öffnung:** 7 Uhr. **Sonntags** beginnt die Sprechstunde um 8 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

Zwei Streitende 20. Militärstützpunkt. — Jahre 16. Sträbel. —
Z. S. 45. Wenden Sie sich an Bill, Hing, Prinzentr. 66 IV. —
Z. S. 20. 1. Ja, jedoch nur dann, wenn für mindestens 200 Wochen Beiträge entrichtet sind und die Witwe nicht aus Anlaß des Todes eine den Erstattungsanspruch übersteigende Unfallrente erhält. 2. Verlag W. S. Korn in Dresden. 3. Nein. 4. Die Ansprache für die bis 1. Januar 1908 gelieferten Waren sind verzehrt, sofern nicht nachdem Abzahlungen geleistet sind oder ein Anerkenntnis abgegeben ist. Für die späteren Lieferungen haften Sie. — **H. S. 35.** Nur die Gemeindevertreter wählen den Ge-

meinderichter. Der Vorsitzende des Wahlvorstandes ist der Gemeindevorsteher oder der zu dessen Vertretung berufene Schöffe. — **B. S. 359.** 1. Wenn von den Erben nachgewiesen werden kann, daß Sie zur Zeit der Testamenterrichtung den genannten Lebenswandel geführt haben, so ist die Entziehung des Pflichtteils begründet. Gelingt Ihnen aber der Beweis, daß zur Zeit des Erbfalls Sie sich von dem Lebenswandel dauernd abgewendet haben, so ist die Entziehung unwirksam. 2. Die eingetragten Erben kommen in Frage. Da Sie den fraglichen Lebenswandel nach Ihrer Darstellung nicht geführt haben, so steht Ihnen der Anspruch auf den Pflichtteil zu. 3. Die Hälfte des gesetzlichen Erbteils, das sind 1500 M. — **G. S. 18.** Der Wirt ist zur Erhebung von 50 Pf. berechtigt. — **Bismarck, Kupferhammer.** Dem Schornsteinfegermeister gegenüber hatten Sie keinesfalls, aber auch nicht dem Vermieter gegenüber, wenn nicht eine dahingehende Vereinbarung getroffen ist. — **Z. S. 99.** 1. Für den die Wohnung betreffenden Mietvertrag 1 M., für den auf die Geschäftsräume bezüglichen ebenfalls 1 M. 2. Auf die Hälfte, jedoch nur dann, wenn der Vermieter in seinem Stempelverzeichnis eine entsprechende Unterscheidung macht. — **Kat Stamatisch III.** 1. Auf Verlangen ja. 2. Die Gegenstände müssen, unter Bauschulmachung des Eigentümers, abgeholt werden.

Witterungsüberblick vom 9. März 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- Stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Stationen	Barometer- Stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C
Strombe	769	SE	2	heiter	1	Dachau	765	W	2	bedeckt	4
Dresden	767	DE	2	Regen	2	Petersburg	771	W	2	bedeckt	0
Berlin	769	SE	1	wolkig	1	Wien	756	SE	4	wolkig	9
Konstanz	769	SE	1	Webel	1	Aberdeen	749	SE	2	bedeckt	4
München	771	SE	1	wolkig	1	Paris	766	SE	2	halb bb.	6
Wien	772	SE	1	Webel	1						

Wetterprognose für Donnerstag, den 10. März 1910.
 Etwas wärmer, zeitweise heiter, vielfach neblig oder wolkig bei mäßigen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.
 Berliner Wetterbureau.



HERMANN TIETZ



LEIPZIGERSTRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Donnerstag
Freitag
Sonnabend

Versand-Abteilung: Leipziger Strasse | Versand nach ausserhalb erfolgt prompt

Soweit Vorrat

Besonders preiswerte Lebensmittel

Von sämtlichen Sorten sind Musterdosen geöffnet. **Konserven** Von sämtlichen Sorten sind Musterdosen geöffnet.

	1/2 Dose	1/2 Dose		1/2 Dose	1/2 Dose		1/2 Dose	1/2 Dose
Stangenspargel extra stark	170	90 Pf.	Kaiserschoten extra fein	125	68 Pf.	Reineclauden	78,	44 Pf.
Prima Stangenspargel	155	83 Pf.	Junge Schoten extra fein	88,	- Pf.	Walderdbeeren	110	60 Pf.
Riesenbruchspargel	130	70 Pf.	Junge Schoten mittelfein	55,	33 Pf.	Stachelbeeren extra	70,	40 Pf.
Bruchspargel extra stark	120	65 Pf.	Schoten u. Karotten I.	75,	43 Pf.	Melange-Früchte extra	105	58 Pf.
Leipziger Allerlei sehr fein	98,	- Pf.	Schoten u. Karotten II.	55,	33 Pf.	Pfirsiche extra	135	73 Pf.
Bayrische Steinpilze	120	- Pf.	Karotten in Streifen	30,	- Pf.	Preiselbeeren extra	ca. 5 160	ca. 2 65 Pf.

Wurstwaren Fisch- Konserven

Holst. Zervelat od. Salami	Pfd. 110	Feine Loberwurst	... Pfd. 90 Pf.	Bismarck- od. Brathering	Dose 38 Pf.
Teewurst Rügenwalder Art	... Pfd. 110	Landleberwurst	... Pfd. 80 Pf.	Hering in Gelee	... Dose 22 Pf.
Mettwurst Braunschw. Art	Pfd. 95 Pf.	Pastetenleberwurst	... Pfd. 95 Pf.	Delik.-Heringe 1/2 Dose	75 Pf. 1/2 Dose 48 Pf.
Mettwurst z. Kochen u. Rohessen	Pfd. 95 Pf.	Jagdwurst	... Pfd. 85 Pf.	Appetit-Sild	... Dose 30, 40, 50 Pf.
Braunschweiger Felddarm	... Pfd. 150	Delikatess-Fleischwurst	Pfd. 85 Pf.	Sardellen	... Glas 65 Pf.
Mausschinken	... Pfd. 120	Zwiebel- oder Rotwurst	Pfd. 45 Pf.	Sardinen in Öl	Dose 40, 50, 60, 70 Pf.

Kolonial- Waren Käse

Kaffee gebrannt Pfund	95 Pf. 105 115 135 155	Franz. Pflaumen	Pfd. 35, 45, 55 Pf.	Tilsiter Käse	... Pfd. 57 Pf.
Kakao deutsch	... Pfd. 75, 90 Pf. 110	Prünellen	... Pfd. 60 Pf.	Brie-Käse	... Pfd. 55 Pf.
Schokolade Haushalt Block Pfd.	68 Pf. Sähen Cremepfd. 110	Ringäpfel	... Pfd. 45 Pf.	Schweizer Käse	... Pfd. 78 Pf.
Weizenmehl 5 Pfd	95 Pf. 10 Pfd. 185	Linsen	... Pfd. 10 Pf.	Münster Käse	... Pfd. 85 Pf.
Kaiserauszug-Mehl 5 Pfd	110 Pf. 10 Pfd. 210	Victoria-Erbisen	... Pfd. 15 Pf.	Echter Emmentaler	... Pfd. 110
Budapester Mehl 5 Pfd	150 Pf. 10 Pfd. 290	Java-Reis	... Pfd. 22, 26 Pf.	Edamer Käse	... Pfd. 85 Pf.

Vignettes! *mitte mit die gefahrlos gut Parkung, ein Solifant nicht fallen!*

Gesundheitstobak.
J. Goldfarb.
Preuss. Stargard.
 D.R.W.Z. 10652.

Health snuff tobacco.
 Tabac à priser de santé.
 Tabaka do zazywania dla zdrowia.
 Tabacco da naso alla salute.

Wer liebt nicht

ein zartes, reines Gesicht, rosiges, jugendfrisches Aussehen, weisse, sammetweiche Haut und blendend-schönen Teint? Alles dies bewirkt nur die allein echte

Steckenpferd-Lilienmilch-Seife

von Bergmann & Co., Radebeul. à Stück 50 Pfg. in allen Apotheken, Drogerien u. Parfümerien.

Wahlrecht-Spaziergang-

Postkarten à la Hauptmann von Köpenick 1000b*

zum Absingen in Vereinen etc., erscheint Donnerstag.
 Zu beziehen durch alle Postkartengeschäfte.

A. Sala, Tempelhofer Ufer 36, Schöneberger Straße.

Dänischer Kautabak
 M. Hansen jun., Hadersleben.

Generalvertrieb:
Max Ziegenbals, Berlin NO., Neue Königstr. 70.
 Amt VII, 3047.

Dr. Schünemann
 Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten,
 Friedrichstr. 203. Sprechst. Schöneberg.
 Wochentags 10-2, 5-7.

En gros detail
Knaben- und
Jünglings-Garderobe
 fertig u. nach Maß
 am billigsten und realisten in der Fabrik
Koppenstr. 85, part.
 2 Minuten v. Schles. Bahnhof.
Karl Hustädt.

Extra-Unterstützungskasse
 für **Buchbinder**
 und verwandte Gewerbe.
 Am Sonntag, den 13. März 1910,
 vormittags 10 Uhr,
Melchiorstraße 15:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Verlesung der Protokolle 2. Bericht des Vorstandes und Descharge-erteilung. 3. Erwahlung für ein Vorstandsmittglied. 4. Verschiedene Stellenangelegenheiten. 1094b

Der Vorstand.
 J. H. H. Herzhoff, Vorsitzender.

Möbel auf Teilzahlung
 1/2-1/4 Einzahlung unter Garantie guter Arbeit. 1073b*
Hermann Brandt,
 Alte Jakobstr. 65.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Frack-Verleih-Institut:
 Friedrichstr. 115/1, a. Oranienbr.
 Tor. Eleg. Frack, Gehrock
 1,50, Hefel 1,00, Seite 5081.

Die Londoner Graffschaftswahlen.

London, 7. März. (Fig. Ber.) Am 5. März hat London seinen County Council (Graffschafts- oder Municipalrat) gewählt. Der Wahlkampf war nicht so lebhaft wie vor drei Jahren, da die politische Energie durch die Parlamentswahlen ziemlich erschöpft war.

Obwohl diese zahlreichen Körperschaften ihre lokalen Aufgaben zu erfüllen haben, so ist doch der Verwaltungskreis des L. C. C. so bedeutend, daß er an die Spitze aller anderen lokalen Behörden zu stellen ist.

Jum Zweck der municipalen Verwaltung ist London in 58 Wahlkreise eingeteilt. Jeder Kreis wählt zwei Räte, mit Ausnahme der City (der inneren Stadt, des Sitzes der Banken, Börsen usw.), die vier Räte wählt. Insgesamt 118 Räte. Außer diesen 118 Räten gibt es 19 Aldermen. Die Räte wählen drei Präsidenten und die stellvertretenden Präsidenten entweder aus ihrer Mitte oder von außerhalb.

Die Zahl der Graffschaftswähler beträgt rund 815 000, darunter 148 000 weibliche (unverheiratete Frauen und Witwen).

Die Parteien des L. C. C. sind von denen des Parlaments einigermaßen verschieden. Das im Unterhause liberal oder radikal ist, nennt sich im Graffschaftsrat progressivistisch. Ein Progressivist ist ein Liberaler mit sozialpolitischen Tendenzen. Die Gegenpartei nennt sich Municipalreformer oder Gemäßigte. Sie ist konservativ mit individualistischen Tendenzen. Wo der Progressivist für Verstaatlichung eintritt, tritt der Municipalreformer für Privatunternehmungen ein.

Die Unabhängige Arbeiterpartei hatte diesmal neun Kandidaten aufgestellt, die sozialdemokratische Partei einen in Deptford, wo Sidney Webb, der seit 1889 den Kreis vertrat, nicht mehr kandidieren will.

Die unabhängige Arbeiterpartei hatte diesmal neun Kandidaten aufgestellt, die sozialdemokratische Partei einen in Deptford, wo Sidney Webb, der seit 1889 den Kreis vertrat, nicht mehr kandidieren will.

Die unabhängige Arbeiterpartei hatte diesmal neun Kandidaten aufgestellt, die sozialdemokratische Partei einen in Deptford, wo Sidney Webb, der seit 1889 den Kreis vertrat, nicht mehr kandidieren will.

scheidenden Ratsherren 7, die der Fortschrittspartei oder der Arbeiterpartei angehören. Von den 9 im Amte verbleibenden Ratsherren gehören 7 den Municipalreformern an. Da von den Ratsherren die Bildung einer Majorität im Graffschaftsrat abhängt, so kann man sich leicht vorstellen, in welche Verlegenheit dieses höchst sonderbare Wahlergebnis alle Parteien gebracht hat.

Der Sieg der Reaktion, die im Jahre 1907 in dem Schiffsleide der Gemeindeform vor die Wähler trat, hat nicht lange gedauert. Ist auch die Unternehmerhorde, die sich auf Kosten der Stadt London zu bereichern trachtet, nicht gänzlich aufs Haupt geschlagen worden, so wird das geschaffene Gleichgewicht der Kräfte doch verhindern, daß jene skandalösen Verhältnisse weiter fortbestehen, unter denen die hungerigen und bedürftigen Schulkinder und das ganze Schulwesen vernachlässigt und das Eigentum der Stadt zum Vorteil der großen Unternehmer veräußert worden ist.

Die Erfolge der J. L. P. sind quantitativ vielleicht nicht groß; qualitativ sind sie aber dennoch bedeutend. Alle drei der gewählten Graffschaftsmitglieder sind nicht allein absolut verlässliche Sozialisten, sondern auch ganz hervorragende Kräfte auf dem Gebiete der Gemeindepolitik.

Aus der Partei.

Die Raifeier in Dresden

dürfte in diesem Jahre zu einer besonders imposanten werden. Der 1. Mai fällt bekanntlich auf einen Sonntag. Dem Dresdener Raikomitee war es trotz eifriger Bemühungen nicht gelungen, ein zur Feier geeignetes Gartenlokal zu erhalten. Man hat sich schließlich an den Stadtrat gewendet mit dem Ersuchen, den Ausstellungspalast zur Verfügung zu stellen.

Gemeindevorwahl.

Bei den am Sonntag, den 6. März, in der Stadt Sulz (Kreis Gersheim, Oberelsaß) vollzogenen Gemeindevorwahlen für sechs Ratsmitglieder, erhielt kein Kandidat das absolute Mehr, so daß am nächsten Sonntag ein zweiter Wahlgang stattfand, bei welchem das relative Mehr entscheidet.

Aus Industrie und Handel.

So wirken Streiks.

Die Dividende des Solnhöfer Aktienvereins in Solnhof wird, wie die „Münchener Nachrichten“ melden, 8 Prozent (im Vorjahr 7 Prozent) betragen. Der Rückgang ist auf die geringe Abnahme seitens Amerika und infolge eines Streiks eingetreten.

Ueber die Wirkung der neuen Zündholzsteuer auf die Zündholzindustrie macht der Geschäftsbericht der Aktiengesellschaft Union vereinigte Zündholz- und Wachsfabriken in Augsburg, eine der größten deutschen Zündholzfabriken, nach dem „Berl. Tagebl.“ folgende bemerkenswerte Ausführungen: „Die Jagd nach dem Streichholz“ setzte in dem Augenblick ein, als die Steuervorlage greifbare Gestalt anzunehmen begann, und das Streben ging dahin, noch möglichst große Quantitäten vor dem Inkrafttreten des höheren Eingangszolles am 1. August einzuführen.

Ein Großziegeleisendilakt.

Am 1. Oktober wird nach dem Vorbilde des Kohlenyndilakt in Dortmund ein Großziegeleisendilakt in Kraft treten, das für den ganzen Industriebezirk berechnet ist.

Die Zolleinnahmen der Schweiz haben ganz überraschenderweise im Jahre 1909 das bisherige Maximum mit 74,39 Millionen Frank erreicht und betragen 4,08 Millionen mehr als 1908. Die „freiwirtschaftliche“ Wirtschaft im Lande wird auch mit dieser Summe fertig, ohne daß davon etwas für die Arbeiter übrig bleibt, deren Forderungen immer mit der „prekären Finanzlage“ zurückgewiesen werden.

Die russische Zuckerprouktion.

Der Finanzminister beantragte im Ministerrate, die Zuckerprouktion für 1910/11 auf 72 Millionen Pud festzusetzen.

Soziales.

Rechtsanspruch auf Gratifikation?

Gestern Klage vor der 7. Kammer des Gewerbegerichts der Seite A. gegen die Commerz- und Diskontobank. Er verlangte die Herausgabe einer Photographie, 105 M. rückständigen Lohn für Monat Februar und, da ihm für die Jahre 1907 und 1908 jedesmal nach der Generalversammlung eine Gratifikation von 50 M. gezahlt worden ist, auch eine solche in gleicher Höhe für 1909.

Die Beklagte wendete ein: Der Kläger sei der Aufforderung, den von ihr gelieferten Dienstmantel sowie die Dienstrühe zurückzugeben, noch nicht nachgekommen, und deshalb sind Photographie und Lohn von ihr einbehalten worden. Auf die Gratifikation habe der Kläger keinen rechtlichen Anspruch, denn nach dem mit ihm schriftlich abgeschlossenen Vertrage sei sie eine verdingliche Verpflichtung nicht eingegangen. Es werden allerdings den Angestellten Gratifikationen gegeben, doch seien dies durchaus freiwillige Leistungen ihrerseits. Sie haben tadelloses Betragen und Dienst-

eifer der Angestellten zur Voraussetzung. Diese Voraussetzungen seien aber beim Kläger nicht vorhanden. Seine Nachlässigkeit im Dienst und sein Betragen haben zu Tadeln Anlaß gegeben und schließlich zur Entlassung geführt. Eine weitere Voraussetzung sei, daß der Angestellte zur Zeit der Fälligkeit der Gratifikation noch im Vertragsverhältnis steht. Die Gratifikationen seien erst fällig, wenn der Rechnungsbildungsbericht von der Generalversammlung gutgeheißen worden ist. Diese Generalversammlung habe aber noch nicht stattgefunden.

Auf den Dienstmantel und Rühe glaubte Kläger ein Eigentumsrecht zu besitzen, da durch den Vertrag die Beklagte die Verpflichtung übernommen hat, alljährlich einen neuen Mantel und eine Rühe zu liefern. Diese Jahresfrist ist um. Die an Mantel und Rühe befestigten gewebenen Abzeichen sind der Beklagten vom Kläger zurückgegeben worden.

Das Gericht unter Vorsitz des Magistratsassessors Dr. Lehmann verurteilte die Beklagte, an den Kläger 105 M. zu zahlen und die Photographie Zug um Zug gegen Rückgabe des Mantels und der Rühe herauszugeben. Die Mehrforderung — den Gratifikationsanspruch — wies es ab. Begründung wurde angeführt: Der Lohn muß deshalb gezahlt werden, da nach § 303 A. O. B. in Verbindung mit §§ 1 und 2 des Lohnbefehlsgesetzes der Beklagten ein Zurückbehaltungsrecht gegenüber Lohnforderungen nicht zusteht. Die Photographie ist keine Lohnforderung und braucht nur gegen Zurückgabe des Mantels ausgehändigt zu werden. Dem Gratifikationsanspruch konnte nicht stattgegeben werden, da selbst wenn man durch die mehrmals erfolgte Zahlung einer Gratifikation einen stillschweigend getroffenen Vertrag annehmen wollte, dieser doch nur so ausgelegt werden kann, daß die Verpflichtung zur Zahlung erst dann vorliegt, wenn alle Voraussetzungen dafür gegeben sind, d. h. durch Wohlverhalten eine Entlohnung gerechtfertigt erscheint. Die Weisungsaufnahme hat jedoch ergeben, daß diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Der Beklagten wurde nachgelassen, durch Hinterlegung von 105 M. die Zwangsvollstreckung abzuwenden.

Die Uebertretung des Schutzhilfenschlusses vor dem Kaufmannsgericht.

Eine Entscheidung von prinzipieller Bedeutung fällt in ihrer letzten Sitzung die zweite Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts. Der in dem betreffenden Rechtsstreit als Kläger auftretende Verkäufer Wilhelm W. war von dem beklagten Kolonialwarenhändler Rud. Zink sofort entlassen worden, weil er fast regelmäßig statt um 7 Uhr früh erst 10 bis 20 Minuten später seine Tätigkeit aufnahm. Der Kläger machte als Entschädigung geltend, daß abends immer bis 1/2 9, oft auch bis 1/2 9 Uhr zu tun war und die anstrengende Tätigkeit nur durch eine kurze Erhause unterbrochen wurde. Der Chef habe dem Personal ausdrücklich anbefohlen, daß erst um 1/2 9 Uhr mit dem Einräumen begonnen werden solle. Ein Zeuge bestätigte, daß regelmäßig so lange gearbeitet wurde und daß infolgedessen auch die anderen jungen Leute des morgens 10 bis 15 Minuten später im Geschäftslokal erschienen.

Das Kaufmannsgericht verurteilte den Beklagten zur Zahlung von 106 M. Reizehalt mit folgender Begründung: Um 8 Uhr ist polizeilich festgesetzter Ladenschluß. Diese polizeiliche Maßnahme ist im wesentlichen zugunsten der Angestellten erlassen, und entgegen dieser Verfügung hat der Beklagte angewiesen, daß bis 1/2 9 Uhr offenzubehalten sei. Wenn nun der Prinzipal seine Angestellten so lange beschäftigt, so darf er auch aus einer Verspätung am nächsten Morgen nicht diejenigen Konsequenzen ziehen, wie ein Chef, der für pünktlichen Schluß sorgt. Die sofortige Entlassung ist darum für unberechtigt zu erachten.

Aus der Frauenbewegung.

Schwedische Frauen in der Wahl.

Gegenwärtig finden in Stockholm die Gemeindevorwahlen statt, die sich auf die Hälfte der 100 Stadtratsmandate erstrecken. Dabei kommen zum ersten Male die neuen Wahlrechtsbestimmungen in Anwendung, die die Anfang des Jahres 1909 endgültig beschlossene Wahlrechts- und Verfassungsreform gebracht hat. Zum ersten Male haben die Frauen unter denselben Bedingungen wie die Männer bei den Stadtratswahlen nicht allein das Recht zu wählen, sondern sie sind auch berechtigt, gewählt zu werden. Allerdings hängt das aktive wie das passive Wahlrecht von der Steuerzahlung ab, und die Steuerleistung des Mannes gilt nicht, wie das zum Beispiel in Norwegen der Fall ist, auch für seine Ehefrau, sondern die Frau muß selbst für ein eigenes Einkommen Steuer gezahlt haben. Aber dieses eigene Einkommen der Ehefrau braucht in Stockholm nur 15 Kronen zu betragen, wofür pro Jahr eine Krone Steuer zu entrichten ist, um der Frau das Wahlrecht zu sichern, vorausgesetzt, daß das gemeinsame Einkommen von Mann und Frau das steuerfreie Minimum, in Stockholm 850 Kronen, um mindestens 50 Kronen übersteigt. Unverheiratete Frauen müssen allerdings selbst mindestens 700 Kronen Jahreseinkommen haben, um wahlberechtigt zu werden.

Durch die Wahlrechtsreform ist auch das Proportionalssystem eingeführt worden. Die Sozialdemokratie, die sich bisher nur mit Hilfe der liberalen Demokraten imstande fühlte, einige Parteigenossen in das Stadtratskollegium zu bringen, schreitet nun zum ersten Male mit seinen Parteimitgliedern zur Wahl. Sie hat unter ihren Kandidaten auch bereits eine Genossin, Fräulein Gertrud Wansson, aufgeführt, und zwar so, daß sie sicher gewählt wird, als die erste weibliche Stadtratsrätin der schwedischen Sozialdemokratie. Auch die bürgerlichen Parteien haben hier und da einige weibliche Kandidaten auf ihren Listen, haben sie aber meist so aufgeführt, daß sie nicht viel Aussicht haben, gewählt zu werden und mehr als Dekoration wirken sollen. Von den Frauen und unter den Frauen wird eine sehr rege Agitation entfaltet, wie auch im allgemeinen die Wahlbewegung sehr lebendig ist. Die Wahlen werden voraussichtlich eine starke Veränderung in der Zusammensetzung der Stadtratsversammlung herbeiführen, wiewohl gleiches keineswegs zu erwarten ist, daß etwa die nun zur Wahl stehende Hälfte der Mandate der wirklichen Stärke der Parteien entsprechend verteilt wird. Nicht die Zahl der Wähler entscheidet, sondern ihre Steuerkraft, ihr Geldsack. Die kommunale Wahlrechtsreform hat ja hierin nur die Milderung gebracht, daß man nach dem Maße seiner Steuerkraft nicht mehr bis zu 100, sondern höchstens 40 Wahlstimmen in die Waagschale werfen kann.

Lesende.

Mariendorf. Der heutige Lesabend fällt besonderer Umstände halber aus und findet acht Tage später, am Donnerstag, den 17. dieses Monats, bei Löwenhagen, statt.

Ämtlicher Marktbericht der städtischen Marktdirektion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag. Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr ohne Bedeutung, Geschäft rege, Preise fest. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft rege, Preise fest. Rind: Zufuhr genügend, Geschäft etwas lebhafter, Preise wenig verändert. Sutter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft wenig belebend, Preise fast unverändert.

Öffentliche politische Versammlungen.

Moabit! **Moabit!**

Donnerstag, den 10. März, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentliche Volks-Versammlung

bei Kirchhofw. 9, Senffeldstr. 9.

Militarismus und Antimilitarismus.

Referent: Gen. Berthold Cohn.

2. Freie Aussprache.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Einberufer: Ernst Deder, Burgdorffstr. 13.

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 13. März, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 15:

Freiligrath-Abend.

Fest-Vortrag □ Gesang □ Rezitationen

Mitwirkende: Herr Heinrich Schulz (Vortrag), Herr Walter Eckard (Gesang), Herr Emil Kühne (Rezitation).

Eröffnung 6 Uhr. Beginn 7 Uhr.

Billetts à 60 Pf. sind in der Schule, an den bekannten Stellen und an der Kasse zu haben. — Garderobe frei.

Nachher: TANZ.

44 eigene Fischdampfer

Essen Sie Seefische!

20 000 Pfund frische Seefische

von frischen Fängen unserer Dampferflotte bringen wir **Donnerstag, Freitag und Sonnabend** zu folgenden billigen Preisen zum Verkauf:

f. fetter Kabeljau im Anschnitt . . . pro Pfd. **28 Pf.**

Seelachs im Anschnitt . . . " **28**

Schellfisch im Anschnitt . . . " **35**

alle anderen Seefische gleichfalls sehr preiswert.

Probieren Sie unsere: Riesen-Fettheringe p. St. 10 Pf. | Ger. Lachsringe p. St. 10 u. 15 Pf.

Deutsche Dampffischereigesellschaft „Nordsee“

Größte Hochseefischerei Deutschlands

Hauptgeschäft: **Berlin C., Bahnhof Börse.** Tel.: III, 8504. III, 2784.

Verkaufsstellen:

C.: Bahnhof Börse, Bog. 9-10. **Charlottenburg:** Wilmersdorfer Straße 111.

N.: Invalidenstr. 131. **Schöneberg:** Aktienstraße 31.

NO.: Landsberger Str. 52-53. **Steglitz:** Schloßstr. 121.

O.: Gr. Frankfurter Str. 85. **Zehlendorf:** bei Hrn. Karl Schöke, Grunewald-Allee 2.

SO.: Madaistraße, Hagen 8-9 (Fruchtstraße gegenüber). **Pennsp.:** 1172.

S.: Prinzenstraße 94. **Heute, Donnerstag, eröffnen wir**

NW.: Turmstr. 73. **Augsburger Straße 18** in der Nähe des Wittenbergplatzes eine neue Verkaufsstelle.

Seefisch-Kochrezepte gratis!

Hagenbruch's Kautabak

ist der Beste,

nur echt mit Firmenzettel

„Hugo Carl Hagenbruch, Kautabakfabrik, Mühlhausen i. Th.“

Vertreter: **Aug. Kleiner, Berlin SW. 47,** Amt 6, 10560.

Sämereien

Gartenartikel für Laubenkolonien.

Ad. Demmler

Dresdener Str. 17 am Kottbuser Tor.

Schönstes

praktisches 31/7

Geburtstagsgeschenk!

Stoff zum Verrennen, 3/4, Meter, 12 R. oder 15 oder 20 R. Neueste Muster, reine Wolle, feinste Fabrikate, sportliche Gelegenheitsstücke, direkt aus der Fabrik aus Baden. Einige zurückgelassene vorjährige Stoffe zu hohen weit unter Preis. Großes Tuch- und Buckskin-Lager. Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft.

Ludwig Engel, Prenzlauer Alexanderplatz, geg. 1892.

Wir empfehlen: 215/13

Vollständiges Schachspiel.

Mit Anleitung zum Spielen. Das interessanteste aller Spiele. Fertigt zum Spielen! Auch als Damen-Spiel zu benutzen.

Preis 20 Pf.

Expedition des „Vorwärts“ Berlin SW, 68, Lindenstr. 69 Laden.

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Freitag, den 11. März, abends 8 Uhr, in den „Neuen Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59:

General-Versammlung

aller Sektionen, Zahlstellen und Bezirke des Gesamt-Zweigvereins.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom 11. Verbandstag. 2. Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1900. 3. Gewerkschaftliches.

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt.

188/16

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Zweigvereinsvorstand.

20 Tassen

eines durchaus unschädlichen und wohlschmeckenden Getränkes können Sie sich aus 1/4 Pfund Kathreiners Malzkaffee bereiten, der sich seit 20 Jahren in der ganzen Welt aufs beste bewährt hat. — 1/4 Paket Kathreiners Malzkaffee kostet nur

10 Pfennig

Untensteh. Firma empfiehlt sich bestens den Lesern dies. Ztg.

Reell, diskret u. billig kaufen Sie nur in dem bekannten **Waren- und Möbel-Kredithause** von **Hugo Udo Cohn** No. 13 Kottbuser Damm No. 13 **Ohne jede Anzahlung**

Hatere ich zwar keine Waren auf Kredit, doch ist dieselbe so gering, dass es für jeden eine Kleinigkeit sein dürfte, bei mir seinen Bedarf zu decken.

Auf bequemste Teilzahlung Herren- Damen u. Kinder-Garderobe Möbel- und Polsterwaren.

Kredit. Möbel Teilzahlung

bei allerkleinster An- u. Abzahlung. Größte Rücksicht bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit. **E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58**

Eigene Fabrikation im Hause!



zu soliden Preisen in meinen großen Fabrik- und Verkaufsräumen. — Auf Wunsch Zahlungsvereinfachung.

Möbelfabrik

Julius Apelt, Tischler-Meister

6. Adalbertstraße No. 6 Hochbahnhof Kottbuser Tor

Komplette Wohnungs-Einrichtungen

Moderne Musterzimmer von den einfachsten bis zu den elegantesten stehen zur Ansicht

Zum Küssen schön

ist ein Mund mit



den bestexistierenden

Zahne 180 M

mit echten Platinstäben. Unter Garantie für absoluten Sitz und Branchbarkeit selbst in den schwierigsten Fällen.

300 M. Belohnung

denjenigen, der uns nachweist, daß unsere Zahne nicht mit echten Platinstäben versehen sind.

Fast gänzlich schmerzloses Zahnziehen 1 M.

von uns endlich erreicht und zur größten Berühmtheit der Reform-Zahnpraxis geworden. Nach Aussage von Patienten in den meisten Fällen vollständig schmerzlos. Reparaturen von 1 M. an.

Reform Zahn-Praxis Carl Rudolph

1. Praxis: Elsasser Str. 14.
 2. " Friedrichstr. 35.
 3. " Oranienstr. 61.
 4. " Pallasenstr. 109.
 5. " Moabit, Huttonstr. 65.
 6. " Charlottenb., Wilmersdorfer Str. 117.
 7. " Lichtenberg, Frankfurter Allee 169.
 8. " Spandau, Neuenfelder Str. 106.
- Bequeme Zahlungsweise.

Herren- u. Knabengarderobe fertig u. nach Maß **J. KUZBERG, Rosenthalerstr. 20** Woche von 1 M. an auf Teilzahlung

Die besten Glückwünsche zur **Albernen Hochzeit** dem Jubelpaar 10706 **Karl Manthe und Frau.** Die Genossen des 2. Bezirks vom Wahlverein Lichtenberg.

Sozialdemokratischer Wahlverein Bezirk Weißensee. Am 2. März verstarb unser Mitglied, der Tischler **Hermann Kochan** im Alter von 27 Jahren. Indem wir den Genossen hiervon Kenntnis geben, versichern wir, daß wir dem Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren werden. **Der Vorstand.** 18/4

Am 1. März nachmittags entschlieft nach kurzem, schwerem Leiden durch einen Unglücksfall, meine liebe Frau und treueorgende Mutter, Tochter und Schwägerin **Klara Krupkat** geb. Kyburg im 31. Lebensjahre. 10725 Im stille Teilnahme bitte ich im Namen der Hinterbliebenen **Johann Krupkat und Kind, Berta Kyburg.** Charlottenburg, 9. März 1910. Kaiserin-Augusta-Allee 18. Die Beerdigung findet heute den 10. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Heilands-gemeinde (Weißensee) aus statt.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Zahlstelle Charlottenburg. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Frau unseres Kollegen **Joh. Krupkat** Kaiserin-Augusta-Allee Nr. 15 durch Unfall verstorben ist. Die Beerdigung findet Donnerstag, 10. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Kaiser Friedrich-Gebäude-Gemeinde aus statt. 74/15 Um recht rege Beteiligung ersucht **Die Bezirksleitung.** NB. Die Kollegen treffen sich am 3 Uhr beim Kollegen Oskar Rippberger, Senffeldstr. 83.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Berthold Ramm** Komintener Str. 34 (Bezirk 4) gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **74/14 Die Ortsverwaltung.**

Turnverein „Jahn“ Treptow-Baumschulenweg **Ernst Schneider.** **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Freitag, 11. März, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause Baumschulenstraße 78 aus statt. 10776 Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Zauftragung. Für die uns anlässlich der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters, Schwiegervaters und Großvaters, des Restaurateurs 10676 **Friedrich Gröbke** erzielene Teilnahme sagen wir allen Verwandten, Freunden, Bekannten und Parteigenossen, insbesondere dem Herrn Stadtverordneten Olli und dem Schöneberger Männerchor, unseren herzlichsten Dank. **Die trauernden Hinterbliebenen.**

Partei-Angelegenheiten.

Die Generalversammlung des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend findet am Sonntag, den 13. März 1910, mittags 12 Uhr, in Kellers Festsaal (Sub. Freyer), Kopenstr. 29, statt.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

- 1. Vorstands- und Kassenbericht.
2. Beratung der eingegangenen Anträge.
3. Partei- und Verbandsangelegenheiten.

Die Delegiertenkarten sind den Kreisen bereits zugegangen.

Das Verbandsbureau.

Anträge sind eingegangen:

Erster Kreis.

Die Verbandsgeneralversammlung wolle beschließen: Der Beschluß des Zentralvorstandes vom 6. Januar, betreffend die Reisefeier, ist aufzuheben. An dessen Stelle ist ein Komitee aus den sechs Kreisen zu bilden, welches für die Veranstaltung der Reisefeier zu sorgen hat.

Zweiter Kreis.

Der Zentralvorstand wird angewiesen, ein Spartenkartensystem zur Erwerbung von Büchern sowie Einbänden von Literaturwerken nach dem Muster der „Leipziger Volkszeitung“ für Groß-Berlin einzuführen.

Dritter Kreis.

1. Die heutige, am 25. Januar 1910 tagende Generalversammlung des dritten Kreises erwartet, daß die Zentralisation der Reisefeier für Klein-Berlin, einschließlich der größeren Vororte, im Interesse der Partei durchgeführt wird.

2. Die Generalversammlung des dritten Kreises steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Beschluß der Verbandsgeneralversammlung lediglich als Nachfrage behandelt wurde und un-demokratisch ist. Sie fordert die Verbandsgeneralversammlung auf, möglichst schnell auf eine Zentralisation der Reisefeier hinzuwirken.

Vierter Kreis.

1. Die Generalversammlung Groß-Berlins wolle beschließen: Die Wahl als auch die Bestätigung der Kandidaten zu internationalen Kongressen ist, wie das bis dahin auch bei den Wahlen zum Parteitag der Fall war, Sache der einzelnen Wahlkreise.

2. Die Generalversammlung des vierten Kreises hat folgende Beschlüsse gefasst: a) Beitragssteigerungen können nur per Urabstimmung erfolgen. b) Wird über einen in der Verbandsgeneralversammlung angenommenen Antrag von mindestens einem Drittel aller anwesenden Delegierten eine Urabstimmung verlangt, so ist eine solche unverzüglich von der Verbandsleitung in die Wege zu leiten. Das Resultat dieser Abstimmung ist den Parteigenossen im „Mittelungsblatt“ bekanntzugeben.

3. Erlaß der Beiträge für die weiblichen Mitglieder bei Arbeitslosigkeit des Mannes, der Mitglied des Wahlkreises ist.

Antrag des Zentralvorstandes.

Nachmalige Abstimmung über den früheren Antrag des vierten Kreises: „Bei wichtigen Statutenänderungen — insbesondere Erhöhung der Beiträge — hat Urabstimmung zu erfolgen.“ Der Antrag wurde mit schwacher Mehrheit in der Generalversammlung vom 22. August 1909 angenommen. Nach § 18 des Verbandsstatuts ist aber zur Annahme eine Zweidrittelmehrheit der auf der Verbandsgeneralversammlung Anwesenden erforderlich.

Die Abstimmung muß daher auf Veranlassung des Zentralvorstandes nochmals vorgenommen werden.

Zweiter Wahlkreis (Friedrichshagen). Wahlmorgen für Buchdruckerei-Nacharbeiter am Sonntag, den 13. März, bei Jul. Meyer, Oranienstr. 108. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag, 3. Diskussion. — Regen Besuch erwarten Die Bezirksführer.

Großlichterfelde. Freitag, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Wahren-dorf eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt. Vortrag des Arbeiterssekretärs Link über „Soziale Gesetzgebung“. Das Erscheinen aller Parteigenossen ist erwünscht. Der Vorstand.

Zegel. Heute Donnerstag, den 10. März, findet bei Zegel der Jahlabend statt. Die Billets zum Karneval Salzer-Abend müssen abgerechnet werden. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Armenwesen, Waisenspflege und Fürsorgeerziehung

Wurden in der letzten Sitzung des Staatsauschusses eingehender erörtert. Was das Armenwesen betrifft, so wurde bemerkt, daß die vom Kammerer in der Renarisation genannte Quote von 4,2 M. auf den Kopf der Bevölkerung allerdings etwas höher erscheine, aber zur Beurteilung der von ihm genannten Vergleichsziffern mit anderen Städten sei nötig zu wissen, auf welche Art die Berechnung zustande gekommen sei und welche Ausgaben als Unterlage dienen. Nichtsdestoweniger gäbe es — wenn man Vergleiche ziehen wolle — Städte, die höhere Quoten aufweisen; so gäbe Köln 5,29, Düsseldorf 5,04, Charlottenburg 5,84 M. pro Kopf. Die vom Kammerer für Rixdorf genannte Zahl von 0,57 stimmt nicht, wenn man die gemachten Armenausgaben mit der Bevölkerungsziffer vergleiche, eine eigene Berechnung habe die Ziffer von mindestens 2 M. ergeben. Der Kammerer erwiderte, daß seine Berechnungen nur die gegebenen Barunterstützungen zugrunde gelegt seien. Erklärte wurde die hohe Quote mit der Tatsache, daß Berlin in seiner Bevölkerung anders zusammengesetzt sei, als viele andere Städte. Dazu kam aber, daß viele Gemeindefürsorge- und Hilfsbedürftige oft nach Berlin abwandern und von den Gemeinden nur schwer Rückzahlung zu erlangen sei. Dann aber hätte Berlin 3000 eheverlassene Personen zu unterstützen, deren Kinder. Die Ehemänner seien nur unter schwierigen Verhältnissen zur Erhaltung heranzuziehen, hinzu käme, daß die Gerichte gegen die ihre Unterhaltspflicht vernachlässigenden Ehemänner zu milde verfahren. Weiter aber würden vielfach Unterhaltungen gegeben an Personen, die es weniger bedürftig seien, während bei anderen Bedürftigen zu engberzig verfahren würde. Das läge daran, daß die Armenkommissionen nicht immer so zusammengesetzt seien, wie man das wünschen müsse. Allgemein gefiel wurde der Standpunkt des Direktors der Armen-direktion, die weiblichen Bedürftigen angewiesen zu unterstützen, aber alles zu tun, um die Schmarotzer aus den Unterstützungslisten zu entfernen. Daß bisher zu reichlich unterstützt worden sei, konnte niemand behaupten, denn die jetzigen Sätze sind in der Tat sehr minimale und bei den jetzigen Lebensverhältnissen eher einer Erhöhung bedürftig. Von bürgerlicher Seite wurde ausge-sprochen, daß in verschiedenen Armenkommissionen unsere Partei-freunde sogar sehr inaktiv seien. Der Legende, daß die Armen, die sich „nach oben“ wendeten und hier sofort reichlich unterstützt würden, trat der Vertreter der Armen-direktion entschieden entgegen. Diese Behauptungen gingen von ihm selbst früher vor-geschlagenen Weg, nämlich an den Armenkreis. Diese Erledigung der Beschwerden wurde von unserer Seite als unzulässig be-zeichnet, man mache den Weg zum Gärtner. Es müsse ein anderer Modus gefunden werden. Der Vertreter der Armen-direktion müsse

bei der Verantwortung, die er doch habe, das Recht haben, durch besondere Beamte eine Nachprüfung eintreten zu lassen.

Auch die Armenpflege kam zur Sprache. Es wurde von sozialdemokratischer Seite darauf hingewiesen, daß im ver-gangenen Etatsjahr 81000 M. für diesen Zweck verbraucht worden seien, obwohl bereits am 1. März die Armenläden geschlossen werden mußten wegen Mangel an Mitteln. Jetzt seien nur 50000 M. eingestellt, es seien mindestens noch 50000 M. notwendig und es wurde beantragt, diese 50000 M. in den Etat einzustellen. Der Antrag wurde abgelehnt. Maßgebend waren die Erklärungen des Direktors der Armen-direktion und eines anderen Magistrats-bevollmächtigten, der Vorsitzender der Armenpflegeanstalt ist, daß die Mittel genügen, wenn man in Zukunft die Küchen erst am 1. Januar eröffne. Der Exzelle betonte noch besonders, daß er diese Form der Unterstützung für überlebt erachte und dahin strebe, diese Unterstützungsart überhaupt abzuschaffen. Es sei ihm deswegen bereits der Vorwurf gemacht worden, daß er kein Herz für die hungernden Mütter habe. Das sei ungerichtet. Er meine, daß durch die Verabfolgung von Suppen in vielen Fällen nicht diejenigen unterstützt würden, die es bedürften.

Auch eine Reform der Armenbestattung wurde angeregt, eine Kommission in der Armen-direktion beschleunigt sich mit der Sache.

Eine interessante Debatte entspann sich beim Etat der Waisenspflege. Von einem Herrn der Mehrheit wurde die „falsche und teure Humanität“ gerügt, die mit frühgeborenen Kindern durch künstliche Ernährung und Erhaltung getrieben würde. Solche Kinder, die oft von idiotischen, syphilitischen Müttern herrührten, würden in Glasfäßen künstlich erwärmt und gezogen. Das sei ein teures Vergnügen und nicht Sache der Waisenverwaltung. Demgegenüber wurde betont, daß die Stadt die Verpflichtung habe, alle zur Verfügung stehenden Mittel zur Erhaltung des Lebens der der Waisenspflege übergebenen Kinder anzuwenden. Man könne heute doch nicht mehr nach dem Rezept der Spartaner verfahren, die weniger kräftige Kinder nach der Geburt ins Jenseits beförderten. Die Kosten seien nicht einmal besonders hohe. Schließlich wurde noch über unser Fürsorge-wesen gesprochen und gewünscht, einen eingehenden Bericht zu erhalten von den Arbeiten der Kommission, die mit Reformen auf diesem Gebiete beschäftigt ist. Das wurde zugesagt, wenn die Kom-mission ihre Arbeiten beendet habe, was in Kürze zu erwarten sei. Auch soll der Wunsch berücksichtigt werden, einen besseren ein-gehenden Verwaltungsbericht über das Fürsorgewesen zu er-halten. Es war nämlich gerügt worden, daß unser jetziger Ver-waltungsbericht sehr dürftig sei und nicht einmal den knappen Bericht enthalte, den die Stadt dem Ministerium einreicht. Eine Reihe anderer Etats wurden debattelos erledigt.

Die Beere in den städtischen Heimstätten

Ist von uns in letzter Zeit wiederholt erörtert worden. Ein Haupt-grund ist der Beschluß der städtischen Körperschaften, die Ver-pflegungskosten heraufzusetzen, infolgedessen viele Krankenlassen nicht mehr in der Lage sind, in dem Umfang wie früher Kranken-patienten in die städtischen Heimstätten zu senden. Dazu kommt aber, daß auch die Behandlung und Verpflegung vielfach zu wünschen übrig läßt. Während über Gütergoh über schlechtes Essen geklagt wird, kommen über die Heimstätten in Buch lebhaft Klagen über die Behandlung. Der dort amtierende Chefarzt Dr. Reuter läßt ein Regiment, das vielen Patienten mit der Zeit un-erträglich wird. Die Patienten klagen über militärischen, barschen Ton des Herrn Dr. Reuter, der außerdem recht kurz angebunden sei. Dann wird geklagt darüber, daß auf den einzelnen Stuben junge Leute im Alter von 12—16 Jahren unter die älteren Leute gesteckt sind und daß erstere sich oft recht nahe mit in die Gespräche der älteren mischen. Während der Liegezeit ist das Sprechen ver-boten, auch das Lesen. Einem Patienten, der ein Buch las, wurde dasselbe von Herrn Dr. Reuter aus der Hand gerissen und an die Erde geworfen. Auch die freie Zeit wird beschränkt. Leuten, die sich ihre Zeit mit Kartenspielen vertreiben, wurden die Karten weggenommen und zerissen.

Am Dienstag hatte ein junger Mensch im Alter von etwa 16 Jahren, den die Patienten für idiotisch halten, einem Patienten S. den „Vorwärts“ weggenommen. Als S. dem S., so heißt der junge Mann, das Blatt fortnahm, gebrauchte dieser die be-leidigendsten Redensarten, und das Ende vom Liede war, daß Dr. Reuter dem Patienten S., nicht dem S., zur Strafe eine Stunde längere Liegezeit zubilligte. Darüber empörten sich die übrigen Patienten. Sie ersuchten gestern Herrn Reuter um Jurisdiktion seiner Verfügung, was dieser aber ablehnte; er lehnte auch ab, die jungen Menschen zusammenzulegen. Die Folge war, daß gestern 23 Patienten der Heimstätte Buch den Rücken kehrten.

Es wird Sache der Verwaltung der Heimstätten sein, diesen Klagen nachzugehen und für eine verständige Behandlung der Patienten Sorge zu tragen.

Ein Opfer der Polizeistrafen in Treptow ist auch der Gast-wirt Ferdinand Krause geworden, der an der Ecke der Köpenicker Landstraße und der Eisenstraße das Lokal „Kreuzfahr-heim“ bewirtschaftete. Herrn Krause haben die Attaken, die dort von Gen darmen und Polizisten ausgeführt wurden, sogar das Leben gekostet. Er hat zwar nicht unter den Polizeistrafen gelitten, aber zum mindesten indirekt ist sein Tod auf das Walten der „Ordnungswächter“ zurückzuführen. Am Sonntag wurde sein Lokal viermal gestürmt von Polizisten, die ohne jede Rücksicht die Gäste hinauswarfen. Ein Gast wurde sogar vom Klosett heruntergeholt und gleich den anderen auf die Straße hinausgeworfen. Aus welchem Grunde und mit welchem Rechte in dieser Weise gewütet wurde, bleibt unklar. Hätten die Gäste irgend etwas Strafbares begangen gehabt, so wären sie doch wohl festgehalten und in Haft genommen worden. Man hat aber in den meisten Fällen — wenn nicht in allen — sich damit begnügt, sie hinauszuwerfen und davonzujagen. Herrn von Jagows Angst vor einer Wahlrechtsdemonstration kann doch unmöglich als ein ausreichender Grund zu solchem Vorgehen angesehen werden. Den Herrn Krause, der bereits im 57. Lebensjahre stand, nahm die Aufregung über diese wiederholten Attaken schwer mit. Am Abend um 8 Uhr, als endlich Ruhe für ihn eingetreten war, und er noch mit Gästen über die Erlebnisse dieses blutigen Tages sprach, sank er plötzlich zusammen. Er war von einem Schlag-anfall betroffen worden. Seine Angehörigen schafften ihn schleunigst nach einem Krankenhaus, aber er starb dort noch in derselben Nacht.

Ein auffälliges Verfahren leistet sich die Kriminalpolizei an-läglich der Sonntagsdemonstration. Die Polizei hatte am Sonntag in der Treptower Gegend wie auch am Reichstagsgebäude eine Reihe Personen fixiert und vielfach unerfindlichen Gründen und diese Personen zum Teil erheblich längere Zeit auf den Wachen zurückgehalten. Am Montag bzw. Dienstag früh sind nun eine Reihe dieser Leute in aller Frühe, um 6—7 Uhr, aus ihren Woh-nungen geholt — teils aus den Betten — und nach dem Polizei-präsidium gebracht worden. Nach Vernehmung durch Kommissare wurden die auf diese ganz sonderbare Weise „Gefangenen“ nach stundenlangem Warten entlassen. Wie kommt die Polizei zu dieser

Maßnahmen, die durch nichts gerechtfertigt sind. Womit will sie dieses Verhalten begründen?

Neue Art der Einschulung in die Pflichtfortbildungsschule. Die aus den Gemeindefschulen zur Entlassung kommenden fortbildungs-schulpflichtigen Personen erhalten keine Einschulungs-karten. Sie haben sich ohne weitere Aufforderung in ihre zu-ständige Pflichtfortbildungsschule zu begeben, und zwar:

- a) alle Lehrlinge am 1. Schultage, nachmittags 5 Uhr,
b) alle ungelernen Arbeiter am 2. Schultage, nachmittags 5 Uhr,
c) alle vorübergehend noch Unbeschäftigten gleichfalls am 2. Schultage, nachmittags 5 Uhr.

Der Schulanfang wird rechtzeitig vor Beginn jedes Schulhal-bjahres durch Säulenausschlag bekanntgemacht.

Zur Einschulung hat jeder Schüler sein Schulentlassungs-zeugnis sowie Schreibmaterial (Schreibheft, Federhalter und Feder) mitzubringen.

Das Sommerhalbjahr beginnt diesmal am 4. April 1910.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich vorgestern im Siemens-Werk in der Frankfurterstraße. Dort waren gegen 8 Uhr nachmittags mehrere Arbeiter in einem der Fabrikäle mit Auf-räumungsarbeiten beschäftigt. Als sie ein sechs Zentner schweres Eisenstück auf einen Wagen laden wollten, kam die Last ins Rutschen und fiel auf den daneben stehenden Arbeiter Wilhelm Thiele, der unter der schweren Last begraben wurde. In be-stimmungslosem Zustande wurde der Verunglückte nach dem Krankenhaus gebracht, wo ein komplizierter Beckenbruch und schwere innere Verletzungen festgestellt wurden.

Ein gewerbmäßiger Schwindler wurde von der Kriminal-polizei in der Person des 26jährigen Landwirts Arnold Joch, der in der Schönhauser Allee 90, wohnhaft ist, verhaftet. Der-selbe hatte es hauptsächlich auf Abzahlungs-geschäfte abgesehen, von denen er Klaviere, Schreibmaschinen usw. gegen Anzahlung kaufte, die er sofort wieder verkaufte. So verkaufte er auch vor kurzem in Rixdorf einem Händler eine Schreibmaschine. Als er nun wenige Tage später demselben Händler ein Klavier anbot, ging dieser zum Schein auf den Kauf ein und zahlte 50 M. an. Er ließ den Schwindler, als er sich den Rest abholen wollte, ver-haften. Als Mitschuldiger wurde in der Schönhauser Allee der Eigentümer F. in Haft genommen, bei dem sich der Schwindler unter falschem Namen ein möbliertes Zimmer gemietet hatte. Der Eigentümer F. hat bei Verhaftung der Sachen durch eides-stattliche Versicherungen Hilfe geleistet.

Ein ausgefuchter Knabe wurde vorgestern im Hause Wil-nader Straße 34 von Hausbewohnern auf einem Treppenabsatz gefangen. Der Knabe, der blaue Augen und hellblondes Haar hat, ist etwa 9 Monate alt, war in einem weichen Unterrod ge-wickelt und trug schwarze Strümpfe. Die Polizei brachte ihn nach dem Waisenhause.

Um die Ermittlung der Angehörigen eines fünf Jahre alten Knaben, der vorgestern vor dem Hause Lindenstraße 101 über-fahren und nach dem Krankenhaus am Urban gebracht wurde, ist die Polizeibehörde bemüht. Der Knabe, der seinen Namen nicht angeben kann, trug eine graue Hose, einen dunkelblauen Mantel mit Anferknöpfen und eine Schürze aus Wachseisenwand.

Stadtbahnfledderer treiben wiederum auf den Jügen des Nordringes ihr Wesen. Gestern benutzte der Schlosser Friedrich S. aus der Friedelstraße 41 in Rixdorf einen Nordringzug, den er auf der Station Weußelstraße betritt zur Fahrt nach Hause. Er, der sehr müde war, schlief bald ein und erwachte erst, als der Zug auf der Station Westend hielt. Hier mußte der Arbeiter die unangenehme Entdeckung machen, daß er einem Stadtbahnfledderer in die Hände gefallen war, der ihm das circa 6 M. enthaltende Portemonnaie sowie die Taschenuhr nebst Kette abgenommen hatte. — Wertobjekte im Werte von mehr als tausend Mark fielen einem anderen Fledderer auf der Stadtbahn in die Hände. Der Kaufmann R., Komminenstr. 61 wohnhaft, war gleichfalls während einer Fahrt im Ringbahnzug eingeschlafen. Währenddem wurden ihm die goldene Uhr mit Kette, Trauring und eine wertvolle Kranatennadel geraubt. — Einem Arbeiter, der am Sonntagmorgen die Tour Weihen-ses—Frankfurter Allee benutzte, wurde gleichfalls die Taschenuhr gestohlen. Es ist des-halb dringend die Vorsicht geboten.

Sechster Wahlkreis. Von der auf dem Stiftungsfest von den Genossinnen vorgenommenen Verlosung Sonnenberger Spielmarken sind die Gewinne der nachfolgenden Losnummern im Bureau des Wahlvereins, Ravenstr. 6, in Empfang zu nehmen: 28, 58, 104, 120, 165, 227, 250, 284, 288, 308, 353, 384, 405, 437, 503, 535, 546, 556, 615, 620, 625, 656, 668, 812, 815, 877, 885, 1128, 1265, 1278, 1662, 1664, 1723, 1919, 1922, 1924, 1928, 1934, 1938, 1955, 1994, 2004, 2015, 2202, 2246, 2328, 2329, 2380, 2376, 2494.

Zeugen gesucht. Am Freitag, den 4. März, vormittags gegen 11 1/2 Uhr, wurde auf dem Spittelmarkt ein Arbeiter mit einem Dreirade, das mit Waschmaschinen beladen war, von einem Schlächterfuhrer angefahren. Zeugen wollen sich melden bei Herrn Paul Rau, Berlin SO., Skalitzer Straße 128 (bei Hohl-stein). Besonders melden wollen sich der Hausdiener und der Fahrradschlosser, die das Rad und die Maschinen wegbringen lassen.

Am Sonntag ist in Treptow ein Schirm gefunden worden und bei uns abgegeben, er kann in unserer Redaktion von dem Eigen-tümer in Empfang genommen werden. — Abhanden gekommen ist am Sonntag in Treptow im „Sport-Restaurant“ ein Damenschirm. Der eheliche Finder wird ersucht, seine Adresse an die Redaktion des „Vorwärts“ einzusenden.

Vorort-Nachrichten.

Die Gemeindevahlbewegung.

Brix-Budow. Freitag, den 11. d. M., nachmittags von 3—4 Uhr, findet in Budow im Gemeindefschulhause die Gemein-devertreterwahl der dritten Klasse statt. Aelterer Kandidat der Sozialdemokratie ist Genosse Joseph Hadamed, Bahnhofstr. 12. Es ist Pflicht aller Arbeiter, sich um 1/3 Uhr im Wahllokal einzufinden Arbeitkollegen, Freunde und Genossen werden ersucht, in Budow Wohnhafte auf ihre Wahlpflicht aufmerksam zu machen. Wenn jeder seine Pflicht tut, so ist der Sieg unserer Kandidaten gesichert.

Schönheide (Nieder-Barnim). Heute nachmittags von 4—6 Uhr findet die Wahl der dritten Klasse zur Gemein-devertretung statt. In letzter Stunde können wir noch ein Dokument veröffentlichen, welches zeigt, wie unsern Genossen dank der Un-kenntnis des jetzigen Gemeindevorsetzers Heyden, entgegen den gesetz-lichen Bestimmungen und Ministerialerlassen, die Wahlarbeiten er-schwert werden. Herr Heyden hatte unsern Genossen Mühl die Ab-schrift der Wählerliste verweigert; auf die sofort eingelegte Be-schwerde ist jetzt folgender Bescheid eingetroffen:

Königlicher Landrat des Kreises Nieder-Barnim. Berlin, den 3. März 1910. Tz. Nr. A. 2772. Weisheit auf Ihre Beschwerde gegen den Herrn Gemein-devorsetzer Heyden dajelbst wegen verweigeter Abschriftnahme der Gemeindevählerliste vom 25. Januar d. J. Den Herrn Gemeindevorsetzer habe ich angewiesen, Ihnen die Abschriftnahme der Wählerliste in dem durch die Rücksicht auf

die Geheimhaltung der Steuermerkmale und die Ansprüche anderer gleich Berechtigter beschränkten Umfangs zu gestalten.

Wie mit der Gemeindevorsteherin mittelst, war es ihm jedoch nicht mehr möglich, sie noch vor Ablauf der Auslegungfrist, deren letzter Tag ein Sonntag war, zu benachrichtigen, da ihre Bekümmerte erst kurz vor Ablauf dieser Frist erhoben worden und dementsprechend mit meiner Entscheidung erst am letzten Tage beim Gemeindevorsteher eingegangen ist.

In geg.: Graf von Roedern.
Herrn Johann Nahl
in Schöneiche.

Dieser Niederlage des Herrn Gehden werden unsere Genossen heute noch eine zweite zufügen haben. Es gibt keinen besseren Protest gegen die Beschneidung unserer Rechte als den, unseren Genossen Nahl als ersten Sozialdemokraten in die Gemeindevorstellung einzulassen. Genossen! Tut Eure Pflicht!

Adlershof. Die Wähler der dritten Abteilung waren in letzter Stunde nochmals zur Aussprache über die Notwendigkeit der Wahlbeteiligung zusammengerufen und auch recht zahlreich in dem Baurischen Lokale erschienen. Der Kandidat Genosse Horlig zeichnete in kräftigen Worten die Wirkung, welche überall, wo sozialdemokratische Gemeindevorsteher tätig sind, erzielt worden ist. Der Redner schloß mit einem warmen Appell an die Erschienenen, am Tage der Wahl ihre Pflicht zu erfüllen und für den sozialdemokratischen Kandidaten zu agitieren und ihre Stimme abzugeben. In der Diskussion ergänzten die Genossen Hildebrandt und Vigner die Ausführungen.

Weißensee. Die Wahlen zur Gemeindevorstellung finden für die dritte Abteilung am Montag, 14. März, von 4 bis 8 Uhr nachmittags und für die zweite Abteilung am Dienstag, 15. März, von 2 bis 5 Uhr nachmittags statt. Unsere Genossen beteiligen sich auch in der zweiten Abteilung mit eigenen Kandidaten. Eine neue Erscheinung ist diesmal der Mieterverein, der sein Hauptgewicht auf die zweite Abteilung legt, da für die dritte die Trauben zu sauer sind. Aber das Sonderbare an der Geschichte ist, daß da, wo Nichthausbesitzer gewählt werden können, der Mieterverein nur eines seiner Mitglieder aufstellt und daneben noch zwei Hausbesitzer aus anderen Vereinen. Vom Haus- und Grundbesitzerverein wird nur ein Auscheidender wieder aufgestellt, während die übrigen Kandidaten sich aus den Vorkämpfern und Schreibern auf die Gemeindevorstellung des letzten Jahres rekrutieren. Im übrigen hat sich die streikende Hausbesitzervereinschaft wie schon vorausgesehen wieder vereint. Im alten Ortsteil will allen Ernstes der Grundbesitzerverein um das bisherige Mandat streitig machen, indem dort ein altbekanntes Kriegervereinsmitglied aufgestellt ist; es sind daher sämtliche „haushaltenden Vereine“ aufgefordert worden, für den Kandidaten einzutreten. Unsere Genossen werden jedoch dafür zu sorgen haben, daß der Montag und Dienstag nächster Woche ein Siegestag für die Sozialdemokratie wird. Auch muß durch eine impulsive Stimmgabe gegen das elende Dreiklassenwahlrecht in der Kommune demonstriert werden.

Wahlergebnisse.

Schmargendorf. Einen glänzenden Sieg errang unsere Partei bei den gestrigen Gemeindevorsteherwahlen. Unsere beiden Kandidaten wurden mit einer Mehrheit von 70 Stimmen gewählt.

Friedrichshagen. Bei der am Dienstag, den 8. März, stattgefundenen Gemeindevorwahl der dritten Klasse im zweiten Bezirk erhielt der bisherige Vertreter, Genosse Otto Barth, 445 Stimmen. Trotz eifrigster Agitation des „nationalliberalen Bürgerausschusses“ und des Appells an „alle gutgesinnten Wähler“, die „Macht der sozialdemokratischen Vertretergruppe zu brechen“, fielen auf den nationalliberalen Kandidaten, „Registrator“ Telto in Großen Generalstab“, nur 78 Stimmen. Alle Mühe war vergebens: die dritte Klasse gehört der Sozialdemokratie!

Zehl. Einen glänzenden Erfolg errangen unsere Genossen bei der vorgestrigen Wahl in der dritten Abteilung. Von 2897 eingeschriebenen Wählern übten 1544 ihr Stimmrecht aus, davon erhielten unsere Genossen Arendsee 1034 und Radung 990, die Gegner beider Richtungen brachten es auf 410 Stimmen.

Der Bürgermeister Weigert leitete selbst die Wahl und zeigte gleich am Anfang, wie geeignet er dazu war. Als neben den Bürgerlichen auch unsere Genossen die Wähler vorzuschlagen, bestimmte Herr Weigert einfach, daß seine Freunde und Gönner im Wahlbureau sitzen sollen, und das, trotzdem unsere Genossen in der Mehrheit waren. Trotzdem hat die Sozialdemokratie dem Herrn gezeigt, daß sie auch ohne Weigert ganz schön mit ihm fertig werden kann. Bei der letzten Wahl 1909 erhielten die sozialdemokratischen Kandidaten 914 Stimmen, die Gegner 320.

Heinersdorf. Zum ersten Male haben sich unsere Genossen in Heinersdorf an der Gemeindevorsteherwahl beteiligt. Nach einer von den Weizenfelder Genossen einberufenen öffentlichen Versammlung, zu welcher zum ersten Male der größere Saal des Ortes zur Verfügung stand, fand am Dienstag, den 8. März, die Wahl statt. Von den 179 eingeschriebenen Wählern gaben 93 ihre Stimmen ab, gegen kaum die Hälfte bei früheren Wahlen. Hiervon entfielen 64 auf einen Oberfeuerwehrmann der hiesigen freiwilligen Wehr, 20 auf Genossen Berlin (bei acht organisierten Genossen, welche in die Wählerliste eingetragen sind) und 13 Stimmen auf den Haus- und Grundbesitzerkandidaten. Zum ersten Male ist der letztere aus dem Dorfparlament verdrängt worden.

Man hofft im Orte demnächst die dritte Abteilung für die Sozialdemokratie erobern zu können. Als Kuriosum sei erwähnt, daß das Amt des Oberfeuerwehrmanns in einem Flugblatt als ausschlaggebend für die Qualifikation zum Gemeindevorsteher bezeichnet wurde.

Viedorf. Bei der gestrigen Gemeindevorsteherwahl, an der sich unsere Genossen zum ersten Male beteiligten, erhielten Stimmen: Der sozialdemokratische Kandidat August Müller 70, der Kandidat der vereinigten Bürgerlichen 50 und der Kandidat des Bürgervereins 32 Stimmen. Es hat somit Stichwahl stattgefunden zwischen dem Kandidaten der Sozialdemokratie und dem der Bürgerlichen.

Tadendorf bei Bassen. Bei der am Montag stattgefundenen Gemeindevorsteherwahl unterlag unser Genosse Karl Wendorf in der dritten Abteilung mit 17 gegen 28 Stimmen, welche auf den Bauernkandidaten entfielen. Unsere Genossen haben sich seit der Wahl vor zwei Jahren verdoppelt. In der zweiten Abteilung siegte der Kandidat des Grundbesitzervereins Herr Wolf gegenüber dem Bauernkandidaten. Hoffentlich wird es unseren Genossen bei der nächsten Wahl gelingen, einen Sozialdemokraten in das Dorfparlament zu entsenden.

Neu-Zittau. Bei der hier am 5. März erfolgten Gemeindevorwahl „legten“ die Bürgerlichen. Sie haben ihren Erfolg dem Umstande zu verdanken, daß der Wahltermin am Sonnabend nachmittags 2 Uhr festgelegt war, also auf eine Zeit, die es den außerhalb beschäftigten Arbeitern fast unmöglich machte, ihr Wahlrecht auszuüben.

Gegen diesen indirekten Wahlrechtsraub protestierte eine öffentliche Versammlung, in der Genosse Schulz mit aller Schärfe das Verhalten der Gemeindevorsteher sowohl wie auch das des Gemeindevorsteher leuzschmiede. Der Ortsgewaltige hatte auf das Ergehen, die Wahlzeit günstiger festzusetzen, nur die Antwort: man müsse doch auch sein Abendbrot zur gewohnten Zeit einnehmen. Die Versammlung nahm einstimmig eine Protestresolution an, die dem Landrat zugesandt wurde.

Rixdorf. Stadtverordnetenversammlung. In der Sitzung am Dienstag nachmittags stand an erster Stelle der Bericht des Aus-

schusses, dem die vor längerer Zeit vom Magistrat eingebrachte Vorlage über die Errichtung einer Rettungswache überwiesen worden war. Der Referent, Stadtverordneter Dr. Müller, er suchte, trotz des noch in letzter Stunde den Stadtverordneten durch das Kuratorium der Berliner Unfallstationen zugestellten billigeren Angebots (6000 M. Zuschuß pro Jahr) dem Abkommen mit dem Vereinigten des Berliner Rettungswesens zuzustimmen und einmalig 10.500 M. und laufend jährlich 8300 M. zur Einrichtung und Unterhaltung einer neuen Rettungswache zu bewilligen. Diefelbe soll im Hause Rogastr. 40 untergebracht werden. Die Rettungswachen sind den Unfallstationen vorzuziehen, da hinter ihnen die Gesamtheit der Ärzte steht; auch ist die eventuelle Übernahme in städtische Regie leicht möglich. Letztere wurden von den Berufs genossen feinerzeit gegründet, nicht zuletzt, um Einfluß auf die Rentenfestsetzungen zu bekommen; sie sind jetzt ein kleines Monopol der wenigen darin angestellten Ärzte. Die Stadtverordneten Rahmig, Gröpler, Sellmann erklärten sich gegen die Rettungswache wegen der von dem Angebot der Unfallstationen abweichenden höheren Kosten. Dagegen traten die Stadtverordneten Dr. Silberstein (Soz.) und Heller (Soz.) warm für die Vorlage ein, über welche man sich doch im Ausschuss — einschließlich des Herrn Rahmig, der dort ein eifriger Befürworter war — völlig geeinigt hatte. Es war da entscheidend die Überzeugung, daß nur eine von allen Rixdorfer Ärzten unterstützte Rettungswache mit entscheidendem städtischen Einfluß ihre Aufgaben im Interesse der Allgemeinheit erfüllen könne. Die Vorlage wurde schließlich trotzdem mit 33 gegen 25 Stimmen abgelehnt.

Hierauf trat die Versammlung in die Spezialberatung des Haushalt-Voranschlags für 1910/11 ein. Begonnen wurde mit dem Kapitel II, Räumereibverwaltung, Stadtverordneter Abraham beantragte, die eingestellten 6000 M. für die Straßenbahnlinien der Stadtverordneten zu streichen, da er diese Zubehörung als unangenehm empfinde. Auf diese Kleinigkeit läme es nicht an, wo man Hunderte und Tausende im Dienste der Stadt opfere. Diese „Sparerei“ bezeichnete Stadtverordneter Böcke als kleinlich, die ja auch nichts als verärgerte Bosheitspolitik sei; er halte die geringfügige Erleichterung der kommunalen Tätigkeit der Stadtverordneten, wie sie die Fahrarten bezwecken, für durchaus gerechtfertigt. Die Stadtverordneter Kone und Siegelow plädierten ebenfalls für Streichung des Betrags. Letzterer erklärte unter heftigen Entrüstungsrufen: „Geben wir ihnen doch eine Karte für den städtischen Omnibus, dann können sie fahren, so viel sie wollen!“ Er erhielt ob dieser hochfahrenden Zumutung eine energische Zurückweisung vom Stadtverordneter Wuhly (Soz.). In gleicher Weise ging Stadtverordneter Klotz (Soz.) mit dem Antragsteller ins Gericht: Wenn von Opfern von Hunderten und Tausenden geredet werde, so habe das seinen Saken; denn bürgerliche Stadtverordnete wissen auch ihre kommunale Tätigkeit nicht selten sehr ertragreich auf Kosten der Allgemeinheit zu gestalten. Beispiele gebe es dafür in Menge. Stadtverordneter Wuhly verwarf diese Vorwürfe zu entkräften, mußte sich aber auch von seinem Freund Rahmig eine Zurückweisung gefallen lassen, der ihm zurief: „So was ist nicht fein! Das ist Unfuss!“ Nachdem noch die Stadtverordneter Winter und Konfalk für Beibehaltung der Fahrarten plädiert hatten, wurde dementsprechend mit großer Mehrheit beschlossen. — Beim Titel „Polizeibehörde“ forderte Stadtverordneter Böcke (Soz.) den Oberbürgermeister auf, hier mal zu unterfragen, ob nicht zu viel Polizeibeamte von der Stadt unterhalten werden müßten. Das sei offenbar der Fall; denn am letzten Sonntag konnten fast alle abkommen, um im Treptower Park bei der Attakierung der für ihr Recht demonstrierenden Bürger Verwendung zu finden. Gegen derartige Polizeizustände müsse von der Stadt Protest eingeleitet werden, welche die Schutzmannschaft zwar begählen, obendrein aber noch zusehen darf, wie diese die Bürger ohne Grund und Berechtigung mißhandelt. — Der von den Sozialdemokraten gestellte Antrag auf Erhöhung der Tagelöhner für die Gewerbebetriebsbesitzer von 4 auf 6 M. wurde vom Stadtverordneter Emeluth mit der Bekämpfung bekämpft, daß die Sitzungen des Gewerbegerichts fast ausschließlich nur bis mittags 12 Uhr dauern und die Weisheit daher bei der Erhöhung ein Geschäft machen würden. Die Mehrheit beschloß darauf die Beibehaltung des bisherigen Satzes. — Die Räumereibverwaltung schließt in Einnahme mit 306.000 M. in Ausgabe mit 4.307.500 M. ab, erfordert also einen Zuschuß von 3.999.500 M.

Das Kapitel III „Gewerbliche Unternehmungen“ wurde debattiert genehmigt. Einer Einnahme von 1.538.500 M. steht eine Ausgabe von 172.400 M. gegenüber; es ergibt sich demnach ein Ueberschuß von 1.366.100 M.

Im Kapitel IV „Veranstaltungen und Einrichtungen“ wurden die Ausgaben für die Desinfektionsanstalt mit Rücksicht auf deren erhöhte Inanspruchnahme um 6000 M. erhöht und mit 17.800 M. festgesetzt. Die vom Magistrat beantragte Einstellung je einer weiblichen Hilfskraft in der Volksbibliothek und im städtischen Arbeitsnachweis, sowie 6 weiterer Feuerwehnmänner für die Berufsfeuerwehr wurde genehmigt. Letztere besteht dann neben dem Oberführer aus 5 Oberfeuerwehnmännern und 25 Feuerwehnmännern, von denen 18 auf der Hauptwache Erftstraße und 12 auf der Wache Emser Straße stationiert werden. Für die Säuglingsfürsorge wurden die Kosten von 9000 auf 10.700 M. erhöht, da die Konsultationen bedeutend gestiegen sind (von 3201 im Jahre 1907 auf 8712 im Jahre 1908) und die Anstellung eines Assistenzarztes und vermehrte Unterstellungen unentgeltlich notwendig machen. Dem freiwilligen Erziehungsbeitrag wurde der Zuschuß von 9500 auf 11.481 M. erhöht, desgleichen der Beitrag an den Hilfsverein für Obdachlose in Berlin von 600 auf 1000 M. Der Antrag des Stadtverordneters Wuhly (Soz.), der Arbeiter-Samariterkolonne ebenso wie der freiwilligen Sanitätskolonne vom Roten Kreuz eine Zubehörung zu machen, und zwar in Höhe von 200 M., wurde mit 25 gegen 23 Stimmen abgelehnt. Das Kuratorium der Berliner Unfallstationen erhielt statt der bisherigen 1500 M. künftig 5000 M. Gestrichen wurden die für den Oratorienverein eingestellten 300 M. für Veranstaltung volkstümlicher Vorträge statt der vorgeschlagenen 600 M. dagegen 900 M. eingestellt. Auf Vorschlag des Stadtverordneters Wuhly (Soz.) wurde für den Beitrag zum Theaterunternehmen eine Erhöhung von 6000 auf 7000 M. mit geringer Mehrheit beschlossen. Die Treptow-Sternwarte erhält einen Beitrag von 300 M. — Das gesamte Kapitel erfordert bei einer Einnahme von 226.700 M. und einer Ausgabe von 281.500 M. einen Zuschuß von 54.800 M.

Das Kapitel V „Armen- und Waisenfürsorge, Fürsorgeerziehung“ wurde genehmigt. Es bedarf eines Zuschusses von 423.000 M., da der Einnahme von 139.500 M. die Ausgaben in Höhe von 562.500 M. gegenüberstehen.

Die Weiterberatung des Etats wurde hierauf auf Dienstag vertagt und in eine geheime Sitzung eingetreten.

Das Opfer eines schrecklichen Unglücksfalles wurde der 23 Jahre alte Arbeiter Josef Dwozowoced, Pessingstr. 27 wohnhaft. Er war in der Rixdorfer Knochenschleiferei beschäftigt. Vorgestern geriet er bei der Arbeit durch ein Versehen so unglücklich mit dem linken Arm in das Getriebe einer Maschine hinein, daß ihm die Hand glatt abgeschnitten wurde. Der Unglückliche wurde, nachdem er auf der Unfallstation in der Steintischstraße einen Notverband erhalten, nach dem städtischen Krankenhaus gebracht.

Wer ist der größte Redner der Gegenwart? Diese Frage stellte der Lehrer Herr Kieselich vor einigen Tagen seinen Schülern von der 2a-Klasse der 81. Gemeindevorstellung in der Rixdorfer Straße. Herr K. konnte, da Kinder sehr oft ein Urteil der erwachsenen Welt wiedergeben, sich auf eine auch ihm nicht genehme Beantwortung der Frage gefaßt machen. Wie es scheint, hatte Herr K. erwartet, daß auf seine Frage Herr Bethmann Hollweg, Bülow oder Wilhelm II. genannt werden würde. Doch er wurde enttäuscht. Ein Schüler meinte, Bebel sei der größte Redner der Gegenwart. Wie man uns nun mittelst, hat Herr K. dem diese Antwort gebenden Schüler eine Ohrfeige verabreicht.

Kein Mensch wird es verstehen können, wie Herr K. dem Knaben eine Ohrfeige geben konnte. So wenig eine einseitige Beantwortung dieser Frage selbst unter der gebildeten erwachsenen Welt erfolgen kann, konnte Herr K. gar von einem unreifen Schülereine gerade seinem Geschmad zuzugende Antwort erwarten.

Ein Pädagoge, der Kindern weit über ihren geistigen Horizont hinausgehende Fragen stellt, handelt pädagogisch unklug, wenn er der nach seiner Auffassung unzutreffenden Antwort Strafe folgen läßt. Die Antwort des Schülers wird jeder Mensch, der das an sich schwere pädagogische Amt nicht mit der Politik verknüpfen will, als harmlos auffassen.

Von einem Straßenbahnwagen überfahren und getötet wurde gestern nachmittags das vierjährige Söhnchen Erich des Tischlers Breitfuß aus der Rudower Straße. Der Kleine hatte sich mit anderen Kindern an der Ecke der Rudower und Jahnstraße auf dem Bürgersteig aufgehalten. Als er sich dann auf den Fahrbahn wagte, lief er gegen einen entgegenkommenden Straßenbahnwagen der Linie 47 und wurde unter die Räder gerissen. Das bebauerenswerte Kind wurde tot unter dem Wagen hervorgezogen. Die Leiche ist von der Polizei beschlagnahmt worden.

Jugendveranstaltungen.

Lichtenberg-Friedrichsfelde. Der Jugendausschuß veranstaltet am Freitag, den 11. März, im Lokal von Eitel, Planstr. 74, einen geselligen Abend.

Charlottenburg.

Auf eigenartige Weise schwer verunglückt ist vorgestern der 24jährige Monteur Walter Schneider aus der Kanalstr. 10. Er passierte gegen 2/8 Uhr auf einem Zweirade die Gauerstraße, um sich nach seiner Arbeitstätte zu begeben. An der Ecke der Bueridestraße stieß er mit einem auf Rollschuhen zur Schule fahrenden 13jährigen Knaben zusammen und kam mit der Maschine zu Fall. Er stürzte so unglücklich, daß er unter die Pferde eines vorbeifahrenden Wägelchens geriet, die ihn durch Fußritte im Gesicht, am Hinterkopf, an den Händen und an der Brust schwer verletzten. Der Monteur erhielt auf der Unfallstation in der Berliner Straße die erste Hilfe und wurde auf seinen Wunsch nach seiner Wohnung gebracht.

Wittenau-Vorfigwalde.

In einer gut besuchten Versammlung referierte Genosse Düwll über das Thema: „Sozialpolitik in der Gegenwart“. Der Referent schilderte in seinem 1 1/2stündigen Vortrage das mangelhafte sozialpolitische Verständnis der Regierung sowie der bürgerlichen Parteien. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. In zündenden Worten forderte Redner die Anwesenden auf, sich den Organisationen anzuschließen und die Arbeiterpresse zu abonnieren. Auch für die bevorstehende Gemeindevorsteherwahl muß eine rege Agitation entfaltet werden. Die Aufforderung des Vortragenden, die gebörten Worte zu beherzigen, waren von Erfolg, denn es wurden verschiedene Aufnahmen gemacht.

Spandau.

Arbeiter-Samariter-Kolonne. Am heutigen Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Wühle, Gavelstr. 20, ein Vortrag des Herrn Dr. Kallner statt.

Vermischtes.

Schiffszusammenstoß.

Wie eine Meldung aus Cuxhaven besagt, stieß der deutsche Gaffelkahn „Gertrud“, Kapitän Schreckhaas, mit Salzladung von Harburg nach England bestimmt, gestern nacht am zweiten Feuer schiff mit dem von New York einkommenden Dampfer „Pennsylvania“ zusammen. Der Schooner ist gesunken, der Kapitän und drei Mann der Besatzung sind ertrunken. Der Steuermann wurde vom Rettungsboot des zweiten Feuer schiffes gerettet.

Aus Hamburg (offenbar aus dem Bureau der Amerika-Linie) wird hierüber weiter gemeldet: „Der Zusammenstoß des Schoners „Gertrud“ mit dem Dampfer „Pennsylvania“ der Hamburg-Amerika-Linie erfolgte dadurch, daß die „Gertrud“ mit falschem Manöver vor den Bug der „Pennsylvania“ segelte. Obgleich die „Pennsylvania“ rechtzeitig auswich, ließ sich der Zusammenstoß infolge des Fehlers des Schoners (!) nicht mehr vermeiden. Der getretete Steuermann befindet sich an Bord der „Pennsylvania“. — Diese Darstellung soll offenbar den Führer der „Pennsylvania“ entlasten. Ob sie dazu geeignet ist, ist eine andere Frage. Nach dem internationalen Strafrecht zur See hat ein Dampfschiff jedem Segler unbedingt auszuweichen!

Liebesdröbde im Hotel. Gestern vormittag hat in einem Münchener Hotel in der Reuhauer Straße ein gewisser Friedrich Babel seine mit ihm im gleichen Zimmer wohnende, etwa 26 Jahre alte Geliebte Elise Talschuber im Bette durch Schüsse ins Herz und in den Kopf getötet. Hierauf richtete der Mörder die Waffe gegen sich selbst und verletzte sich lebensgefährlich. Das Paar wohnte seit drei Tagen in dem Hotel und hatte sich als Ehepaar aus Stuttgart ausgegeben. Babel führte allerlei konfuse Schriftstücke mit sich.

Eine Familie mit Sublimat vergiftet. Einer Meldung aus Worms zufolge hat gestern früh der Wahnvorsteher Graeber zu Offstein sich selbst, seine Frau und drei Kinder mit Sublimat zu vergiften versucht. Die Ehefrau ist tot. Graeber wird kaum mit dem Leben davonkommen; die Kinder können dagegen als gerettet betrachtet werden. Den Beweggrund zu der Tat bilden unerquidliche Familienverhältnisse.

Ermordet aufgefunden. In Schöneich, Kreis Kulm, wurde, wie aus Graudenz gemeldet wird, gestern morgen der 18jährige Müllerbursche des Müllers Wuhse mit einer Art ermordet aufgefunden. Der Tat dringend verdächtig ist ein Russe, ein Russe, der heute morgen abgerichtet ist.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich bei Humberg in der Nähe von Wien. Ein mit sieben Chauffeuren besetztes Schulautomobil der neugegründeten Wiener Lohwagen-Unternehmung überschlug sich an einer Kurve und begrub die Insassen unter sich, von denen einer getötet, drei schwer und zwei leicht verletzt wurden.

Blut eines Gymnasialisten. Aus Wilna wird vom gestrigen Tage gemeldet: Die Gattin des Kurators des Lehrbezirks Dornitz wurde heute in ihrer Wohnung von einem Gymnasialisten erschossen; seine Tochter durch einen Schuß leicht verwundet. Der Täter beging Selbstmord.

Obdachlosen-Schicksal in Rom.

Eine krasse Episode der Obdachlosigkeit in dem von Palästen und Kirchen strotzenden Rom hat, wie uns von dort berichtet wird, am 6. d. M. im Hospital von St. Spirito ihren Abschluß gefunden. Ein 74jähriger Tagelöhner, der unterarmslos war, ging abendlich auf die Loggia bei den Gloden der Peterskirche, um hier zu schlafen. In der Nacht vom 4. stürzte der Unglückliche von dieser Loggia, die durch sein Geländer abgegrenzt ist, ab und fiel auf den Kopf der Loggia. Nach zwitterartigem Leiden ist der alte Tagelöhner im Krankenhaus gestorben. Neben dem Petersdom, der Schätze für den Wert von vielen 100 Millionen birgt, neben dem endlosen nur zum geringsten Teil bewohnten Vatikan, hat so der obdachlose Arbeiter nicht einmal ein Fleckchen Erde gefunden, wo er gefahrlos sein altes Haupt niederlegen konnte. Die Kirche, die ihre ungeheuren Reichtümer so ungeniert zur Schau stellt wie die „radikale“ Stadtverwaltung, tun nichts, um das Elend für Tausende und Aber-tausende römischer Obdachloser zu mildern.